

Zivilgesellschaft und Kommunen: Lerneffekte aus dem Zuzug Geflüchteter für das Engagement in Krisen

Speth, Rudolf; Bojarra-Becker, Elke

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Speth, R., & Bojarra-Becker, E. (2017). *Zivilgesellschaft und Kommunen: Lerneffekte aus dem Zuzug Geflüchteter für das Engagement in Krisen*. (Opuscula, 107). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55140-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

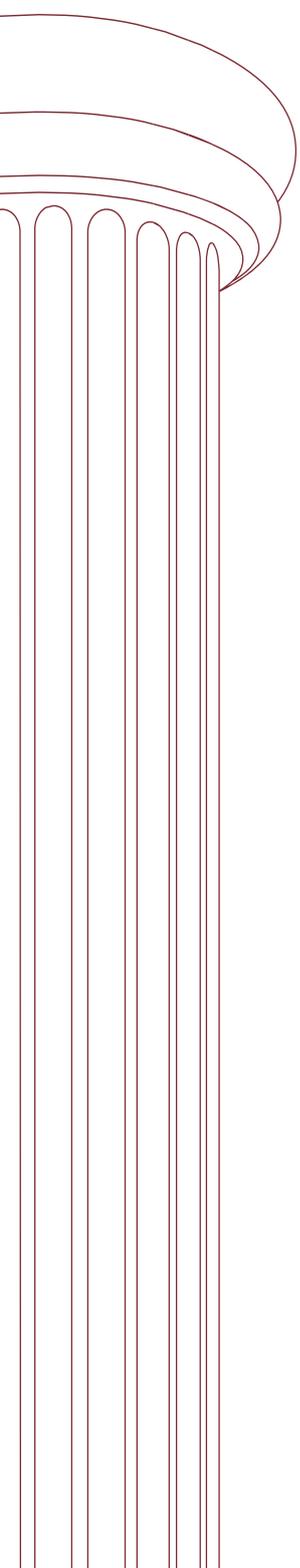
Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

MAECENATA INSTITUT

FÜR PHILANTHROPIE UND ZIVILGESELLSCHAFT



Rudolf Speth/Elke Bojarra-Becker

Zivilgesellschaft und Kommunen

Lerneffekte aus dem Zuzug Geflüchteter
für das Engagement in Krisen

Opusculum Nr. 107
Dezember 2017

Die Autoren

PD Dr. Rudolf Speth studierte in Erlangen und Berlin Germanistik, Politikwissenschaften, Geschichte und Philosophie. Sein Forschungsschwerpunkt liegt unter anderem im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Zurzeit lehrt er an der Freien Universität Berlin und am Zentrum für Nonprofit-Management & Governance der Westfälischen Wilhelms Universität Münster. Er ist assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut.

Dr. Elke Bojarra-Becker studierte an der Technischen Universität Dortmund und der Universität La Sapienza, Rom, Raumplanung. Seit vielen Jahren beschäftigt sie sich mit der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung. Sie leitet am Deutschen Institut für Urbanistik den Bereich Fortbildung. Sie ist Fellow des Maecenata Instituts.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Tina Anita Bayer, Markus Edlefsen

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-53198-1



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhalt

Executive Summary	4
1. Einleitung	7
2. Forschungsdesign	12
3. Bundesländer	15
3.1 Nordrhein-Westfalen	15
3.1.1 Gelsenkirchen	17
3.1.2 Bocholt	21
3.2 Bayern	26
3.2.1 Landkreis Starnberg	28
3.2.2 Bamberg	35
3.3 Brandenburg	41
3.3.1 Gransee	42
3.3.2 Forst	47
4. Ergebnisse	50
5. Handlungsempfehlungen.....	61
Literaturverzeichnis	69
Print	69
Internetquellen	69
Anhang.....	73

Executive Summary

1. Helfergruppen bestehen weiter

In allen untersuchten Orten zeigt sich, dass die Helfergruppen weiterbestehen bleiben. Die Anzahl der Aktiven ist zwar überall gesunken, doch an keinem Ort hat sich eine Helfergruppe aufgelöst. Bei allen Gruppen gibt es einen harten Kern von Aktiven und natürlich auch personelle Veränderungen. Für manche kommt Engagement einem Vollzeitjob gleich. Viele Initiativen haben sich bereits deutlich vor der großen Welle ab Sommer 2015 gegründet. Eine Auflösung der Strukturen scheint nicht zur Diskussion zu stehen. Tendenziell fehlen in diesen Gruppen aber junge Menschen, die gerade für die Integration junger Geflüchteter hilfreich sein könnten.

2. Die Helfergruppen transformieren sich

Bei allen Helfergruppen sind Entwicklungsprozesse zu beobachten, die zu einer Transformation der Gruppen führen. Sie passen sich an die neue Lage und den veränderten Bedürfnissen der Geflüchteten an. Gleichzeitig bleiben sich die Helfergruppen im Kern (Herkunft, Aufgabengebiete) treu. Dies ist positiv zu bewerten, da dies Ausdruck der Lernfähigkeit dieser Gruppen ist. An einigen Orten ist zu beobachten, dass diese Lernprozesse auch zu neuen sozialen Dienstleistungen führen, die allen Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden.

3. Zugänge zur Arbeitswelt werden wichtiger

Arbeit gilt neben dem Spracherwerb an allen untersuchten Orten als wesentliches Moment im Integrationsprozess. Deshalb bemühen sich alle Helfergruppen für die Geflüchteten einen Zugang zur Arbeitswelt zu erreichen. Nicht überall ist ihnen Erfolg beschieden. Die Vermittlung in die Arbeitswelt gelingt dort besser, wo es einen Fachkräftemangel gibt. Häufig geschieht dies in Zusammenarbeit mit den Job-Centern, es haben sich aber auch spezielle Strukturen bei den Helfergruppen herausgebildet, mit denen den Geflüchteten Zugänge zur Arbeitswelt ermöglicht werden. Insgesamt ist dies aber ein mühsamer Prozess, weil es viele Hindernisse gibt. Viele Helfergruppen lassen sich dadurch aber nicht abschrecken.

4. Patenschaften als Beziehungsform sind vielfach anzutreffen

Patenschaften sind für viele ein Schlüsselement im Integrationsprozess. Sie werden ganz unterschiedlich ausgestaltet und nicht immer wird dieser Begriff für diese soziale Beziehung verwendet. Das Sich-kümmern um Geflüchtete nimmt viele Formen an. Wesentliches Ele-

ment dieser Form der sozialen Beziehung sind Reflexions- und Lernprozesse auf der Seite der Paten. Ein ausschlaggebendes Kriterium sind die aufsuchenden Strukturen: viele Engagierte knüpfen die ersten Kontakte, indem sie in die Heime gehen. Häufig bleiben diese aber dem Zufall überlassen. Diese Form der Begleitung wird immer wichtiger, weil viele Geflüchtete die Unterkünfte verlassen und nun auf eigenen Beinen stehen müssen. Dazu fehlen ihnen häufig Erfahrung und Wissen, mit Alltagsproblemen umzugehen (Wohnung, Verträge, Behörden, Arbeit etc.). Zudem sind sie in dezentralen Unterbringungen schlechter erreichbar. Helferinnen und Helfer unterstützen die Geflüchteten bei diesen Dingen, doch gleichzeitig geht es auch darum, dass diese selbstständig werden.

5. Gute Zusammenarbeit mit Verwaltungen

Die Zusammenarbeit der Helfergruppen mit den Verwaltungen im lokalen Raum läuft in den untersuchten Orten erstaunlich gut. Diese Wahrnehmung wurde von beiden Seiten bestätigt. Allerdings gibt es an jedem Standort eine Art „Problemsituationen“: dies kann mal der Landrat sein, mal die Ausländerbehörde oder mal die Agentur für Arbeit. Von der Seite der Helfergruppen wird die gute Zusammenarbeit häufig mit Namen verbunden, die an der Spitze der Verwaltungseinheiten bzw. der politischen Organisationen stehen. Etwas anders sieht es auf der operativen Ebene aus, doch auch hier haben sich die kooperativen Beziehungen verbessert.

6. Das Gewicht der Verwaltungen hat zugenommen

Die zivilgesellschaftlichen Akteure haben in der ersten Phase den Verwaltungen Luft verschafft, sich neu aufzustellen und den Entwicklungen anzupassen. Entsprechend wurden neue Strukturen geschaffen, Zuständigkeiten verändert und Mittel bereitgestellt. Damit haben die Verwaltungen an Macht gewonnen und erbringen auch eine Strukturierungsleistung, die von allen Helfergruppen anerkannt wird. Lag die Handlungskompetenz in der Anfangsphase noch vielfach bei den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen, so dominieren jetzt die Verwaltungen. Insgesamt sind aber die Prozesse und Verfahren der Verwaltungen sehr komplex, nicht immer nachvollziehbar und müssen verbessert werden.

7. Der Umgang mit Abschiebung wird ein immer wichtiger werdendes Thema

In allen untersuchten Orten gibt es Geflüchtete mit unterschiedlichem Status. Damit wird Abschiebung zu einem Thema, das für alle Helfergruppen an Relevanz gewinnt. Insgesamt lässt sich ein gewisser Pragmatismus erkennen, auch wenn Helfergruppen gegen fehlerhafte Bescheide des BAMF und Verfügungen der Ausländerbehörde vorgehen. Die Helfergruppen begleiten die betroffenen Geflüchteten bei allen Kontakten mit den Behörden bis hin zur Härtefallkommission. Konflikte und Enttäuschungen gibt es insbesondere dann, wenn soziale

Bindungen aufgebaut wurden und viel in eine bleibe Perspektive investiert worden ist (zum Beispiel Ausbildungsplatz).

8. Regionale Unterschiede machen sich immer stärker bemerkbar

Die Unterschiede zwischen den Regionen werden immer deutlicher. Dafür gibt es verschiedene Gründe: in Regionen, die wirtschaftlich prosperierenden, gibt es eine Nachfrage nach Arbeitskräften und mehr finanzielle Mittel. In diesen ist es für Geflüchtete und Helfergruppen leichter, Zugänge zur Arbeitswelt zu finden. Das gesellschaftliche Klima Geflüchteten gegenüber ist ein weiterer wichtiger Faktor in der Auseinanderentwicklung von Regionen. Hinzu kommt, dass für einige Geflüchtete Großstädte attraktiver sind als ländliche Regionen, weil sie dort eher Landsleute treffen können. Großstädte sind für einige auch attraktiver, weil sie dort der Betreuung durch Helfergruppen entgehen können, die sie eher als soziale Kontrolle wahrnehmen. Regionen mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen und dem Problem der Überalterung erhoffen sich durch den Zuzug von Geflüchteten eine Umkehr dieser Entwicklungen.

9. Verständigungsprozesse innerhalb der Kommunen über die weitere Entwicklung werden wichtiger

In den untersuchten Kommunen gab es keine gewalttätigen Aktionen gegen Geflüchtete oder Proteste. Allerdings gab es auch keine Verständigung mit diesem Teil der Bevölkerung, der auch in den untersuchten Kommunen zu finden ist. Es wurde von keinen Verständigungsprozessen berichtet, wohl auch, weil sich die Gegner bzw. Skeptiker nicht in öffentlichen Runden bemerkbar machen. Notwendig wären aber zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse im kommunalen Raum, weil das Thema Geflüchtete alle betrifft und Teil des kommunalen Entwicklungsprozesses ist.

10.Reduzierung von Vorteilen gegenüber Geflüchteten ist weniger ein zufälliger Nebeneffekt, sondern für viele in den Helfergruppen eine zentrale Motivation

In vielen Gesprächen wurde berichtet, dass die Arbeit in den Helfergruppen Lernprozesse für die engagierten und die Stadtgesellschaft auslöst. Mit diesen Lernprozessen werden Vorurteile abgebaut und die negative Stimmung in der Stadtgesellschaft verbessert. Teilweise wird die Arbeit mit den Geflüchteten als eine Art Prophylaxe verstanden. Die Geflüchteten werden an westliche Werte und Gepflogenheiten herangeführt, während gleichzeitig versucht wird, die Angriffsfläche für Kritiker zu reduzieren.

1. Einleitung

Heute, rund zwei Jahre nach dem Anstieg der Zahl ankommender Geflüchteter in Deutschland im Herbst 2015, blicken wir mit gemischten Gefühlen auf diese Phase zurück. Auf der einen Seite sind wir froh, diese Herausforderungen bewältigt zu haben, vor allem durch den Einsatz einer Vielzahl von Ehrenamtlichen, die den staatlichen Behörden unter die Arme gegriffen haben. Die Vertreter des Staates und der Kommunen geben unumwunden zu, dass diese Herausforderungen ohne den Einsatz der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen nicht hätte bewältigt werden können. Auf der anderen Seite wissen alle Beteiligten, dass die Aufgabe nicht zu Ende ist. Vielmehr geht es jetzt darum, die Geflüchteten, die aus verschiedenen Gründen hierbleiben können oder müssen, in die Gesellschaft zu integrieren. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies eine lange dauernde und schwierige Aufgabe sein wird.

In dem hier vorgestellten Forschungsprojekt ging es nicht um diesen zweiten Aspekt, sondern darum, wie in der ersten Phase zivilgesellschaftliche Helfergruppen und Verwaltungen zusammengearbeitet haben, ob sie nach der Ersthilfe auch gemeinsame bzw. sich ergänzende Hilfestellung zur Integration finden und was man aus dieser Zusammenarbeit lernen kann, um bei künftigen und plötzlich auftretenden Ereignissen besser gewappnet zu sein.

Eines der Ergebnisse besteht in der Erkenntnis, dass zivilgesellschaftliche Helfergruppen mit kommunalen Verwaltungen und staatlichen Stellen erstaunlich gut zusammenarbeiten. Diese Bewertung gilt zunächst nur für den kleinen Bereich der Migrationspolitik und ist auch nicht in allen Orten, die untersucht worden, im gleichen Maße zu beobachten.

Erstaunlich ist diese Erkenntnis dennoch aus mehreren Gründen. Zum einen war das nicht immer so. Noch vor zehn oder gar 20 Jahren war das Verhältnis von zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunalen und staatlichen Stellen eher durch ein Gegeneinander geprägt; die Akteure in den Kommunen und des Staates konnten mit dem Eigensinn von Engagierten wenig anfangen – für die Akteure der Zivilgesellschaft wirkte die hierarchisch angelegte und regulierte Handlungslogik der öffentlichen Hand¹ befremdlich. Die Beobachtung der Entwicklungen in den letzten Jahren legen eine Erklärung nahe: auf beiden Seiten wurden Lernprozesse durchlaufen, die es nun möglich machen, besser zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig war die Phase zwischen September 2015 und März/April 2016 auch eine Herausforderung, die neue Lernprozesse möglich machte und sicher auch das Verständnis für einander auf beiden Seiten verbessert hat. In diesem Forschungsprojekt geht es daher auch darum, diese

¹ Der Begriff der „öffentlichen Hand“ wird hier im Sinne der Definition der Bundeszentrale für politische Bildung genutzt: „Bezeichnung für den gesamten öffentlichen Sektor, also die Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), Sozialversicherungen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts.“ (siehe bpb 2013). Explizit nicht im Fokus steht die fiskalische Konnotation des Begriffs.

Erfahrungen festzuhalten und zu systematisieren, um daraus Schlüsse für die weitere Verbesserung des Verhältnisses dieser doch unterschiedlichen Akteursgruppen zu ziehen.

Zum zweiten wurden auch die unterschiedlichen Handlungslogiken der Akteure – zivilgesellschaftliche Helfergruppen und staatliche und kommunale Verwaltungen – deutlich. Im Grunde sind es zwei Welten, die nicht ineinander überführt oder in einer gemeinsamen zusammengeführt werden können. Vielmehr – dies ist ein Ergebnis dieses Projektes – bestehen beide nebeneinander und können doch Bündnisse schließen, Lernprozesse anstoßen und, wie sich gezeigt hat, konstruktiv gemeinsam handeln. Es ist zum einen die Welt des staatlichen Handelns, basierend auf gesetzlichen Normensystemen (Grundgesetz, Genfer Flüchtlingskonvention, Asylbewerberleistungsgesetz, Aufenthaltsgesetz, SGB II und III), auf Förderprogrammen und Haushaltsordnungen der öffentlichen Hand. Prägend für das Handeln in dieser Welt sind korrekte rechtsstaatliche Verfahren. Deutlich ist aber auch – dies wurde in vielen Interviews mit den Akteuren aus den Verwaltungen angemerkt –, dass es auch in dieser Welt einen erheblichen Handlungsspielraum gibt. Teilweise sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen auch ehrenamtlich in der Hilfe für Geflüchtete tätig und bringen zum Ausdruck, dass die staatlichen und kommunalen Stellen in der fraglichen Zeit die Lage ohne die Hilfe der vielen ehrenamtlichen kaum hätten bewältigen können.

Die andere Welt besteht aus den Engagierten, die sich in vielfältigen Helfergruppen zusammengeschlossen haben. Sie haben sich selbst entschlossen zu helfen, haben diesen Entschluss in einer Situation gefasst, in der sie die Not der Geflüchteten oftmals deutlich eher und umfassender wahrnahmen und darauf reagierten als dies bei staatlichen und kommunalen Stellen der Fall war. Sie haben sich selbst organisiert und die Ziele ihrer Hilfe selbst festgelegt. Sie haben nicht gewartet, bis jemand gekommen ist, um ihnen einen Auftrag zu erteilen. Diese Selbstermächtigung ist geprägt von Eigensinn und von moralischen Gefühlen. Sie kümmert sich zunächst nicht um das rechtlich mögliche und um vorhandene oder nicht vorhandene Ressourcen der öffentlichen Hand.

Diese Welten folgen nicht nur unterschiedlichen Handlungslogik, sondern auch verschiedenen Geschwindigkeiten. Während die staatlichen Akteure viel Zeit brauchen, ihr Handeln vorzubereiten – gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die Registrierung ordentlich vorzubereiten, Unterkünfte bereitzustellen, zusätzliche Haushaltsmittel zu beantragen – organisierten sich die Helfergruppen spontan und können schnell und zielgerichtet eingreifen. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten haben in der ersten Phase die Gewichte hin zu zivilgesellschaftlichen Helfergruppen verschoben, während nun in der zweiten Phase, die etwa im Sommer 2016 begann, die Verwaltungen ihre Dominanz wiedergewinnen. Sie haben Anpassungsprozesse vollzogen, zusätzliche Ressourcen bekommen und das Handeln der Verwaltungen wird zunehmend wichtiger, weil diese Strukturierungsleistungen (Entscheidungen,

rechtstaatliche Verfahren) erbringen und Mittel (Unterhaltszahlungen, Sprachkurse) bereitstellen.

Im Ergebnis zeigt sich damit, dass auch eine künftige Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und staatlichen Verwaltungen immer auch einen Zeitstempel hat. Ein Lernergebnis könnte darin bestehen, dass in beiden Phasen unterschiedliches wichtig ist: in der ersten Phase ist der Spielraum, den zivilgesellschaftliche Akteure haben, größer und sollte auch von den Verwaltungen anerkannt werden. In der zweiten Phase übernehmen die Verwaltungen durch ihre Verfahrensmacht die Führung. Dies sollte auch von den zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt werden.

Das Forschungsprojekt baut auf einer explorativen Untersuchung zur Schnittstelle zwischen Kommunen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf, die das Maecenata Institut im Frühjahr 2016 durchgeführt hat.² Diese Schnittstelle wurde an drei Orten untersucht – Landkreis Starnberg, Mannheim, Berlin. Es wurde auch danach gefragt, wie sich die spontanen Hilfsinitiativen in den Kontext von bereits etablierten Strukturen der Hilfe für Geflüchtete einbringen.

In der Nachfolge der Ergebnisse dieses Forschungsprojektes wurde nun untersucht, ob es zu tatsächlichen Lernprozessen gekommen ist und wie diese sich gegebenenfalls auf andere Krisenkontexte übertragen können. Im Mittelpunkt stand daher die Fragestellung, was geschehen muss, damit die hohe Engagementbereitschaft in einem künftigen Fall wieder zutage tritt, wie Frust- und Abnutzungserscheinungen minimiert werden können und welche vorbereitenden Hilfsprogramme eingerichtet werden sollen.

Im Einzelnen wurden unter anderem folgende Fragen untersucht:

- Welche Defizite wurden bezüglich der Zusammenarbeit auf Seiten der Verwaltungen einerseits und auf Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure zu Beginn der Ankunft der Geflüchteten erkannt?
- Wie wurden diese Defizite erkannt und behoben?
- Inwiefern hat sich die Zusammenarbeit professionalisiert?
- Ist der Wille zu gemeinsamen Lern- und Hilfsprozessen erkennbar?

² Speth, Rudolf/ Becker, Elke(2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, Berlin

- Wie können in der Verwaltung und in zivilgesellschaftlichen Organisationen Vorkehrungen getroffen werden damit im Ernstfall eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit gewährleistet ist?
- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und Verwaltungen in der zweiten Phase, in der es vor allem um die Integration der Geflüchteten geht?
- Hat die Herausbildung von spontanen Helfergruppen beinahe überall in Deutschland Auswirkungen auf die Zusammensetzung, das Selbstverständnis und die Ausrichtung der Zivilgesellschaft?

Vorgehensweise

Um diese und weitere Fragen zu beantworten wurde folgende Vorgehensweise gewählt: Das Projekt baut auf den Ergebnissen des ersten Forschungsprojektes auf. Da seit der Hochphase in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 und ersten Hälfte des Jahres 2016 schon einige Zeit vergangen ist, liegen eine Reihe von Forschungsergebnissen vor, wo die Helfergruppen oder die Verwaltungen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht worden waren. Sie wurden mit in die Untersuchung einbezogen.

Kern der Untersuchung sind qualitative Interviews, die an verschiedenen Orten mit einer Reihe von Vertretern von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungen durchgeführt worden sind. Ausgewählt wurden Orte in drei Bundesländern – Bayern, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. In Bayern wurden der Landkreis Starnberg und die Stadt Bamberg ausgewählt, in Nordrhein-Westfalen die Städte Gelsenkirchen und Bocholt, in Brandenburg Gransee und Forst.

Zum Vorgehen gehörte auch, dass an jedem Ort die politischen, ökonomischen medialen und zivilgesellschaftlichen Gegebenheiten genauer untersucht wurden. Dazu gehörte auch der Blick auf die länderspezifischen Bedingungen und die jeweilige Bundesland-spezifische Politik im Umgang mit dem Thema Migration und Integration. Diese Untersuchungen bildeten die Basis für die Interviews, die in den ausgewählten Orten geführt worden sind. Es wurden Interviews mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen Helfergruppen auf der einen Seite und Bediensteten in den Verwaltungen auf der anderen Seite geführt. Diese Interviews waren zeitlich ausgedehnt, sie dauerten in der Regel rund 1 Stunde, und dienten dazu, Einblick in die jeweilige Handlungslogik zu bekommen und auch Informationen zum Blick auf das gegenüber, die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen oder die Verwaltungen, zu erhalten. Ziel war es, Formen und Tragweite der Kooperationen zwischen beiden Akteuren genauer zu untersuchen und auch Barrieren der Zusammenarbeit sichtbar zu machen.

In der Auswertung der Rechercheergebnisse und der Interviews ging es auch darum, zu erkunden, wie beide Akteursgruppen aus den unterschiedlichen Welten bei künftigen Ereignissen noch besser zusammenarbeiten können. Darüber hinaus sollte auch herausgefunden werden, wie beide Akteursgruppen in der länger dauernden Phase der Integration der Geflüchteten zusammenarbeiten. Denn bei der Recherche zu den Orten und den Interviews hat sich herausgestellt, dass die Helfergruppen zwar kleiner geworden sind, sich aber nicht aufgelöst haben, sondern sich transformiert haben und weiterbestehen.

An die Auswertung schließen sich Handlungsempfehlungen an. Sie wurden vor dem Hintergrund entwickelt, dass bei künftigen Ereignissen, die unvorhergesehen und plötzlich eintreten, die Zusammenarbeit spontaner Helfergruppen mit Verwaltungen auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes notwendig sein wird. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den unterschiedlichen Geschwindigkeiten des Handelns in der jeweiligen Phase des Ereignisses und sie begründet sich auch zum einen mit der Stärke des bürgerschaftlichen Engagements und zum anderen mit der damit erzielten Hilfeleistung für die jeweiligen Adressaten. Kurz: Ohne die schnelle bürgerschaftliche Hilfe wären die kommunalen und staatlichen Akteure hilflos gewesen. Es wäre absehbar zu unhaltbaren menschlichen und gesellschaftlichen Tragödien gekommen. Insoweit sollen die hier vorgestellten Ergebnisse sowohl künftigen in Not geratenen Menschen als auch künftigen Ehrenamtlichen als Hilfe dienen.

Wissensstand

Für die Bewertung der Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen mit kommunalen Verwaltungen sind die empirischen Erkenntnisse der Wissenschaft von Bedeutung. Das DIW hat durch die Analyse der SOEP – Daten errechnet, dass sich im Jahr 2016 mehr als 40 % der Bevölkerung für Geflüchtete engagierten. Ein Drittel machte dies in Form von Geld- und Sachspenden, rund 10 % durch direkte Hilfen, indem sie Geflüchtete bei Behördengängen begleiteten oder Sprachkurse gaben.³ Zum Stimmungsbild, dass das DIW für das Jahr 2016 zeichnete, gehört auch die scharfe Unterscheidung in der Bevölkerung zwischen Skepsis in Bezug auf die Zuwanderung und Zuversicht: Das DIW ermittelte für den Jahresverlauf 2016 eindeutig zuversichtliche Antworten auf die Frage nach der Einschätzung der kurz- und langfristigen Folgen der Zuwanderung Geflüchteter (14 bis 21 %). Entschiedene Skepsis zeigten hingegen 40-57 % der Befragten (DIW 17/2017: 352). Dies bedeutet, dass die Engagierten in einer Minderheitsposition sind. Durch ihr tatkräftiges Engagement ist diese kleinere Gruppe aber besser wahrnehmbar und kann auch das gesellschaftliche Klima trotz der Minderheitenposition prägen.

³ Der Wochenbericht des DIW verschweigt aber auch nicht, dass sich rund 50 % der Bevölkerung große Sorgen über die Zuwanderung nach Deutschland machen (DIW 17/2017:348). Dieser Wert lag z. B. im Jahr 2012 bei rund 20 % und ist seit dieser Zeit kontinuierlich auf 50 % gestiegen.

Die Auswertungen des DIW zur Stimmungslage im Jahr 2016 erbrachten noch weitere interessante Ergebnisse: Je höher der Bildungsabschluss, desto optimistischer waren die Befragten (ebd.: 353). Die Forscher stellten einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Parteipräferenz und der Arbeit mit Geflüchteten vor Ort fest. Es waren vor allem die Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, die Geflüchtete vor Ort unterstützten.

Für die hier verfolgte Fragestellung nach der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Gruppen mit kommunalen Verwaltungen erbrachte der Wochenbericht des DIW eine weitere wichtige Erkenntnis: „Die organisierte Zivilgesellschaft stellt eine bedeutsame Ressource dar, um Engpässe in der staatlichen Versorgung auszugleichen und Geflüchtete in Deutschland zu integrieren“, resümiert das DIW (ebd.: 357). Die Forscher des DIW stellten einen deutlichen Zusammenhang zwischen einer positiven Haltung den Geflüchteten gegenüber und einem Engagement, das auch schon länger zurückliegen konnte, fest. Deutlich positiv beeinflusste auch ein früheres Engagement die gegenwärtige Hilfe für Geflüchtete.

Im Fazit stellt das DIW fest: „Erfolge können umso leichter erzielt werden, wenn neben der Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel vor allem die öffentliche Verwaltung und die Zivilgesellschaft effektiv zusammenarbeiten“ (ebd.: 358).

2. Forschungsdesign

Das Projekt hat explorativen Charakter und dient dazu, sowohl weitere Forschungsbedarfe zu generieren als auch umfassendere und tiefergehende Untersuchungen auf den Weg zu bringen. Die Ergebnisse stehen jedoch auch für sich und bilden die Grundlage für Handlungsempfehlungen.

Für das Projekt Design und das konkrete Vorgehen zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine qualitative Methode gewählt. Die Wahl der qualitativen Methode erfolgte aus mehreren Gründen: Im Rahmen eines explorativen Projekts bestanden keine Möglichkeiten der quantitativen Datenerhebung. Zudem war es mit einer qualitativen Methode besser möglich, den Gegenstand – das Handeln der Akteure im kommunalen Raum und ihre Zusammenarbeit – eingehender zu erfassen und neue Erkenntnisse für weitere Forschungsprojekte zu gewinnen.

Im ersten Schritt wurden drei Bundesländer ausgewählt, in denen jeweils zwei Orte untersucht werden sollten. Die Ebene der Bundesländer wenigstens ansatzweise mit einzubeziehen erfolgte aus folgenden Überlegungen: In der ersten Studie war zu beobachten, dass das Handeln der Akteure im kommunalen Raum sehr stark geprägt war von länderspezifischen

Vorgaben oder auch regionalen Prägungen oder „Kulturen“. Die Untersuchung sollte auch zeigen, ob sich diese Hypothese erhärten lassen kann. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen wurden drei Bundesländer ausgewählt: Bayern, weil dort die meisten Geflüchteten angekommen sind, Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland und weil dort das Thema Integration mit den Integrationszentren in verschiedenen Kommunen seit längerem eine bedeutende Rolle spielt. Brandenburg wurde ausgewählt, weil es zwingend notwendig schien, auch ein neues Bundesland mit in den Blick zu nehmen.

Im nächsten Schritt wurden jeweils zwei zu untersuchende Orte in jedem Bundesland ausgewählt. Die Auswahl der Fallstudien sollte unterschiedliche Charakteristika, wie Größe administrative Strukturen⁴ sowie Rolle in der aktuellen sog. *Flüchtlingskrise* berücksichtigen, ohne einen Anspruch auf Vollerhebung zu haben. Die Auswahl richtete sich auch danach, charakteristische Orte für das jeweilige Bundesland zu finden.

Für das Bundesland Bayern wurden der Landkreis Starnberg (mit dem Ort Starnberg) und die Stadt Bamberg ausgewählt. Der Landkreis Starnberg war bereits in der ersten Untersuchung von 2016 Gegenstand sodass hier die Möglichkeit bestand, die Entwicklung der Strukturen vor Ort genauer in den Blick zu nehmen. Der Landkreis Starnberg wurde auch deshalb herangezogen, weil er eine für die Fläche typische Verwaltungsstruktur aufweist und von der Struktur der Bevölkerung her gesehen günstige Voraussetzungen für das Engagement bietet: es weist ein breites Mittelschichtmilieu und eine Siedlungsstruktur auf, die sich in der empirischen Engagementforschung als förderlich für bürgerschaftliches Engagement herausgestellt hat. Die Stadt Bamberg wurde ausgewählt, weil sie als mittelgroße Stadt im Norden Bayerns liegt und eine Wirtschaftsstruktur hat, die für den prosperierenden Süden der Bundesrepublik prägend ist. Mit der Stadt Bamberg wurde aber auch die Struktur einer mittelgroßen Stadt mit Blick auf das Engagement für Geflüchtete ins Auge gefasst.

Für Nordrhein-Westfalen wurden die Orte Gelsenkirchen und Bocholt untersucht. Leitend für diese Auswahl war die Überlegung, unterschiedliche geographische Räume und Siedlungsstrukturen in diesem Bundesland in den Blick nehmen zu können. Während für Gelsenkirchen städtische Strukturen des Ruhrgebiets prägend sind, sind es für Bocholt ökonomisch günstige Bedingungen einer mittelstädtischen Struktur nahe der holländischen Grenze. Beide Orte unterscheiden sich fundamental hinsichtlich der ökonomischen Bedingungen und den politisch-kulturellen Gegebenheiten.

Für das Bundesland Brandenburg wurden die Orte Gransee und Forst ausgewählt. Leitende Überlegungen dieser Auswahl war es, typische, für das Bundesland prägende Siedlungs-

⁴ Im Folgenden werden ausschließlich die in den untersuchten Orten gültige Verwaltungsstrukturen benannt. Den Autoren ist bewusst, dass diese Strukturen an anderen Orten andere Bezeichnungen tragen und einzelne Ebenen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen können.

strukturen zu finden. Im Ergebnis führte dies zur Auswahl dieser beiden kleineren bis mittelgroßen Städte, die teilweise noch landstädtische Strukturen aufweisen. Darüber hinaus ging es bei den beiden ausgewählten Orten im Land Brandenburg auch um die Frage, wie Orte in den neuen Bundesländern mit dem Zuzug von Geflüchteten umgehen und wie sich insgesamt Engagementsstrukturen auch im Austausch mit der öffentlichen Hand entwickelt haben.

Im dritten Schritt, nach der Auswahl der Bundesländer und der Orte ging es darum, die Veränderungen, die sich seit der ersten Untersuchung, deren Feldphase im Januar und Februar 2016 war, ergeben hatten, zu sammeln und auszuwerten. Seit dieser Zeit ist eine Reihe von Publikationen entstanden, die sich mit dem Gegenstand befassen. Diese galt es ausfindig zu machen und für die vorliegende Fragestellung auszuwerten.

Viele Publikationen kamen zu dem Ergebnis, dass nun die Phase der Nothilfe vorüber sei und es nun darum gehen würde, die ersten Schritte in Richtung Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft zu machen.⁵ Diese Phaseneinteilung bestimmte auch die Richtung der weiteren Recherche: es ging darum, in den jeweiligen Orten herauszufinden, ob bzw. inwieweit das Thema Integration Gegenstand des Handelns ist und welche Anstrengungen in Richtung Integration unternommen worden sind.

In einem vierten Schritt wurden für den jeweiligen Ort die Ansprechpartner für Interviews identifiziert und Informationen in kurzen Steckbriefen zusammengefasst. In der Regel wurden in jedem Ort vier Interviews geführt, zwei auf der Seite der zivilgesellschaftlichen Akteure und zwei auf der Seite der Verwaltungen. Eine Hauptaufgabe dieses Schrittes bestand darin, die relevanten Akteure auf der jeweiligen Seite zu identifizieren und zu ihrer Charakterisierung Informationen zu sammeln. Ganz wichtig war es, die für den jeweiligen Ort entscheidenden zivilgesellschaftlichen Akteure zu identifizieren. Dies erforderte eine umfangreichere Recherche, da die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Akteure vielfach durch informelle Strukturen geprägt ist und der jeweilige Aktivitätsstand sich erst aus der realen Analyse vor Ort ergeben hat. Etwas weniger aufwendig war dies für die kommunalen und staatlichen Akteure, da es hier eindeutige und nach außen hin sichtbare Zuständigkeiten Verwaltungsstrukturen gibt.

In dem darauffolgenden fünften Schritt wurde ein Interviewleitfaden erstellt. Mit diesem Leitfaden wurden dann Gespräche mit Vertretern der jeweiligen Akteure vor Ort geführt. Diese Gespräche dauerten in der Regel 60 Minuten. Die Gespräche vor Ort dienten auch dazu, zu einzelnen Aspekten weiter zu recherchieren und intensiver nachzufragen. Mit den Besuchen vor Ort war häufig auch eine Erkundung der örtlichen Strukturen verbunden, da viele zivilgesellschaftliche Akteure inzwischen Geschäftsstellen, Anlaufpunkte und andere Einrichtungen

⁵ Dies war auch eine der Thesen der ersten Publikation (Speth/Becker 2016).

hatten, in denen sie sich versammelten und in denen auch die Geflüchteten beraten und betreut werden konnten. Vielfach wurden zur Vertiefung und Orientierung Hintergrundgespräche geführt. (siehe Anlage)

Im sechsten Schritt wurde das Material gesichtet und ausgewertet. Die Interviews wurden noch einmal abgehört und entlang der Fragestellung strukturiert. Darüber hinaus wurden die Recherchen vorab, die Recherchen vor Ort, die bislang erschienenen Publikationen zur Fragestellung und zum Themengebiet ausgewertet. Ein wichtiger Aspekt dabei war es, die organisationalen und institutionellen Gegebenheiten in den jeweiligen Orten zu untersuchen und sie mit den Erträgen der Interviews zu verbinden. Die neuen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen wurden in mehreren Workshops diskutiert und die Argumentationsweise erprobt.

Für die Verschriftlichung der Ergebnisse gab es daher eine breite Materialbasis. Wichtig war es dabei, neben den Fall Besprechungen auch zu Handlungsempfehlungen zu kommen.

Im Folgenden werden nach einer ersten Beschreibung der erzielten Erkenntnisse die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer mit den jeweiligen Standorten dargestellt. An diesen drei Kapiteln schließt sich ein Abschnitt an, in dem übergreifend die Erkenntnisse der Untersuchung zusammengefasst und Thesen entwickelt werden. Diese bilden die Grundlage für die abschließenden Handlungsempfehlungen in Richtung Politik und für die Formulierung des Weiteren wissenschaftlichen Forschungsbedarfs.

3. Bundesländer

3.1 Nordrhein-Westfalen

Als größtes Bundesland (17,8 Mio. Einwohner) muss Nordrhein-Westfalen (NRW) die meisten Geflüchteten aufnehmen. Im Jahr 2015 wurden NRW mehr als 230.000 Asylsuchende über das EASY-System zugewiesen, 2016 waren es 71.000 Menschen und in den ersten zehn Monaten des Jahres 2017 waren es 70.706 registrierte Geflüchtete⁶ Das Land NRW verfügte im März 2017 über zehn Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE), 34 zentrale Unterbringungseinrichtungen und 13 Notunterkünfte.⁷ In Bochum soll die zentrale Landeserstaufnahmeeinrichtung eröffnet werden. Dort sollen die Geflüchteten registriert und dann auf die Kommunen verteilt werden.

⁶ <http://www.fluechtlingskrise.net/fluechtlinge/nordrhein-westfalen/index.php>, 25.10.2017

⁷ <http://www.hebammenhilfe-fuer-fluechtlinge.de/daten-fakten/daten-und-fakten-fuer-nordrhein-westfalen/>, 12.12.2017

Die Arbeitslosigkeit betrug im Juni 2017 7,3 %, und das Pro-Kopf-Einkommen lag für das Jahr 2015 bei 21.336 Euro⁸. Die ökonomischen Bedingungen sind damit nicht günstig, weil der Zugang zum Arbeitsmarkt, den viele Geflüchtete anstreben, sehr schwierig ist. Dies hängt aber auch von den regionalen Bedingungen ab.

Das Bundesland NRW hat bereits im Jahr 2012 mit dem „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration“ die Grundlagen für eine gelingende Integrationspolitik gelegt. Mit dem Gesetz werden Kommunale Integrationszentren in Kreisen und kreisfreien Städten gefördert. Die Arbeit der Integrationszentren richtet sich an Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, aber auch an die Geflüchteten, die neu hinzugekommen sind. Integrationspolitik wird als Querschnittsaufgabe verstanden und soll die kommunalen Aktivitäten im Bereich der Bildung ergänzen. Dort geht es vor allem um frühkindliche Bildung und um die Qualifizierung von Fachkräften und Multiplikatoren. Integration als Querschnittsaufgabe betrifft vor allem die interkulturelle Ausrichtung von Verwaltungen und Kultureinrichtungen. Erforderlich ist allerdings ein kommunales Integrationskonzept.

Inzwischen gibt es 53 Kommunale Integrationszentren (KI). Gefördert werden jeweils bis zu 3,5 Personalstellen für unterschiedliche Aufgaben der Integration. Zu diesen gehört auch die Unterstützung der Ehrenamtlichen in der Geflüchtetenhilfe mit dem Aktionsprogramm KOMM-AN. Die Landesregierung hat für das Jahr 2016 und 2017 Mittel in Höhe von 13,4 Mio. Euro für alle 54 Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung gestellt.“⁹

Unterschieden wird von der Integrationspolitik, die mit den Kommunalen Integrationszentren seit mehreren Jahren in Nordrhein-Westfalen betrieben wird, der Umgang mit den Geflüchteten, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, auch wenn sich an vielen Orten die Bereiche nicht klar abgrenzen lassen. Denn vielfach gibt es eine kontinuierliche Zuwanderung aus unterschiedlichen Herkunftsländern.

Die beiden Orte, die in diesem Projekt näher untersucht wurden, unterscheiden sich sehr stark voneinander. Gelsenkirchen liegt im Herzen des Ruhrgebiets und ist eng mit dem Niedergang der Industrieregion verbunden. Bocholt liegt an der Grenze zu den Niederlanden und musste keinen dramatischen Strukturwandel bewältigen.

⁸ <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017113> (26.07.2017). An der Spitze liegt bei den Flächenländern Bayern mit 23.658 Euro, gefolgt von Baden-Württemberg mit 23.540 Euro (jeweils für das Jahr 2015).

⁹ http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/komm_an_nrw, 27.07.2017

3.1.1 Gelsenkirchen

Die Stadt Gelsenkirchen, im Ruhrgebiet nördlich von Essen gelegen, ist in mehreren Hinsichten bemerkenswert. Sie hat jetzt rund 260.000 Einwohner. Seit dem Höchststand von 1959 mit 391.000 ist die Zahl der Einwohner kontinuierlich geschrumpft. Gelsenkirchen gehört damit zur Gruppe der schrumpfenden Städte, die in den letzten Jahrzehnten die Aufmerksamkeit von Stadtplanerinnen und Stadtplanern und Soziologinnen und Soziologen auf sich gezogen haben.¹⁰ Als Folge davon stehen heute 14.000 Wohnungen leer. Dies ist auf der einen Seite vorteilhaft für die Geflüchteten, weil genügend günstiger Wohnraum zur Verfügung steht, ein Umstand der nicht an vielen Orten anzutreffen ist. Auf der anderen Seite ist dies ein großes Problem für die Stadt, weil der Leerstand Ausdruck der nicht nur ökonomischen Probleme der Stadt ist. Die Arbeitslosenquote ist mit 14 Prozent eine der höchsten in den alten Bundesländern. Für Geflüchtete besteht daher kaum eine Chance, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

In Gelsenkirchen gab es im Juli 2017 6.600 Geflüchtete, eine Gesamtzahl, die sich aus Gruppen mit unterschiedlichem Status zusammensetzt. Gelsenkirchen war schon immer ein Ort mit einem großen Zuzug von Migrantinnen und Migranten, denn weitere 6.000 Zuwanderer kamen in den letzten 20 Jahren aus Osteuropa und Russland. Unter diesen finden sich viele Roma, für die es bemerkenswert wenig ehrenamtliche Hilfsbereitschaft gibt. Dies ist für die Stadtverwaltung ein großes Problem, weil sie bei der Betreuung dieser Gruppe allein steht und diese Gruppe vielfach auch nicht die besten Voraussetzungen mitbringt, um schnell in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

Insgesamt ist die Wirtschaftsstruktur für die Integration der Geflüchteten, bei der es letztlich auch um die Integration in den Arbeitsmarkt geht, nicht sehr günstig. Gelsenkirchen gilt als „arme Stadt“, Ausdruck davon sind die 60.000 Transfergeldempfänger, die in der Stadt leben. Beklagt wird die Armutszuwanderung, d.h. Armut zieht Armut an, so dass sich die Probleme verschärfen. Jedes zweite Kind wird in einem Hartz IV-Kontext hineingeboren. Für die Geflüchteten und andere Zuwanderer herrschen damit in Gelsenkirchen keine günstigen Bedingungen für ihre Integration in die Gesellschaft.

Bemerkenswert ist, wie sich die verschiedenen Akteure des Themas Integration annehmen. Bei allen ist die Einsicht präsent, vor der länger andauernden Phase der Integration zu stehen, nachdem die erste Phase der Nothilfe erfolgreich bewältigt wurde.

¹⁰ Die Beobachtung von städtischen Schrumpfungsprozessen wurde häufig am Beispiel ostdeutscher Städte nach dem Fall der Mauer gemacht. Das Beispiel Gelsenkirchen zeigt aber, dass es auch im Westen Schrumpfungsprozesse gibt und diese bereits seit den 1960er Jahren. Siehe dazu: Glock 2006

Auf der Seite der Stadt und der Stadtverwaltung steht das KI, das eine koordinierende und unterstützende Funktion einnimmt. Das KI verfügt auch über die neuesten und wichtigsten Informationen und Zahlen, und alle Akteure wenden sich auch immer wieder dorthin, wenn Aufgaben erledigt werden sollen. Zu Beginn der steigenden Zahlen an Geflüchteten hat die Stadt eine Stabsstelle gegründet, mit der die Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure koordiniert worden sind. Von allen Interviewpartnern wird bestätigt, dass der Oberbürgermeister eine wichtige Rolle spielt: Er hat das Thema Integration ganz oben auf der Prioritätenliste eingeordnet und hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Beteiligten. Damit ist er ein Akteur, der die Prozesse beschleunigt und die Kommunikation zwischen der kommunalen Verwaltung und den zivilgesellschaftlichen Gruppen erleichtert und verbessert hat.

Heute findet sich hier eine Struktur, die vor 20 Jahren nicht selbstverständlich gewesen wäre: Es gibt einen Runden Tisch, an dem sich die Stadtverwaltung, die Ausländerbehörde, das Job-Center, die Wohlfahrtsverbände und die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen der Geflüchtetenhilfe austauschen und ihre Aktionen koordinieren. Damit wird die Zusammenarbeit organisiert. Zudem war es lange Zeit nicht selbstverständlich, dass sich Organisationen wie die Ausländerbehörde mit zivilgesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch setzen um über ihre Arbeitspraxis zu sprechen. Insofern kann von einem Lernfortschritt gesprochen werden. In der Stadtverwaltung wird anerkannt, dass ohne das Engagement der Freiwilligen, die Situation in der zweiten Hälfte 2015 und danach nicht hätte bewältigt werden können.

Geflüchtetenhilfe im Quartier

Mit den Wohlfahrtsverbänden wurde das Stadtgebiet Gelsenkirchens in Zonen aufgeteilt, in denen der jeweilige Verband Integrationsarbeit ohne Konkurrenz betreiben kann. Die Geflüchtetenhilfe im Quartier versteht sich als wohnortnahe und aufsuchende Unterstützung.

Alle Akteure in Gelsenkirchen haben begriffen, dass die Nähe für den Erfolg des Integrationsprozesses sehr wichtig ist. Die Aufteilung des Stadtgebiets ist keine Strategie, um Konkurrenz zu vermeiden, sondern soll die Nähe zu den Geflüchteten ermöglichen. Es soll nicht gewartet werden, bis die Geflüchteten zu den Behörden kommen. Vielmehr geht es darum soziale Nähe herzustellen und Integration vor allem auch als Integration in den Alltag möglich zu machen. Dies bedeutet auch, dass die Wohlfahrtsverbände in „ihren Quartieren“ zu den Geflüchteten gehen und sie fragen, was sie benötigen.

Ein weiterer Aspekt dieser Nähe ist das Patenschaftsprogramm, das von allen Akteuren in Gelsenkirchen betrieben wird. Dieses Programm wird vor allem von den Wohlfahrtsverbänden und der Ehrenamtsagentur getragen. Integration wird damit als Integration in den Alltag

verstanden. Die Wohlfahrtsverbände und die Stadtverwaltung betreiben damit eine Strategie von Nachbarschaften und Nachbarschaftshilfen, wie sie von zivilgesellschaftlichen Gruppen bekannt ist.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure

An-ge-kommen

Mit *An-ge-kommen* und der *Task Force Flüchtlingshilfe* (s.u.) gibt es in Gelsenkirchen zwei große zivilgesellschaftliche Organisation in der Hilfe für Geflüchtete. *An-ge-kommen* hat sich im September 2015 gebildet und versammelt gegenwärtig ca. 100 Ehrenamtliche, die regelmäßig Angebote machen. Zu Beginn waren es 160, doch heute hat sich ein stabiles Niveau gebildet. In die Zählung aufgenommen wird, wer mindestens alle zwei Wochen ein Angebot für Geflüchtete macht, dass jedoch ganz unterschiedlich sein kann: eine Begleitung zu einem Amt, die Organisation einer Sportveranstaltung oder ein Sprachkurs. Ein polizeiliches Führungszeugnis ist seit Anbeginn Voraussetzung für eine ehrenamtliche Tätigkeit. Die Organisation ist an bestehende Einrichtungen der Falken, der Stadtteilinitiativen und der anderen Jugendorganisationen angegliedert, denn es geht auch darum, bestehende Strukturen zu stärken. Inzwischen kommen die Ehrenamtlichen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Stadt und ihre Aktivitäten haben sich mit den Bedürfnissen der Geflüchteten weiterentwickelt. *An-ge-kommen* kümmert sich auch viel stärker als andere Gruppen um rechtliche Aspekte und hilft den Geflüchteten bei der Klärung von Aufenthalts- und Statusfragen. Ein wichtiger Bereich ist die Beratung im Asylverfahren. Bei *An-ge-kommen* hat sich auch eine Gruppe von Ehrenamtlichen gebildet, die ausschließlich Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete und den Kontakt zum Job-Center organisiert- eine schwierige Angelegenheit in der Stadt, da die Arbeitslosenrate sehr hoch ist.

Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen bei *An-ge-kommen* hat sich zwar etwas verringert, doch viel wichtiger ist, dass die Organisation weiterbesteht und sich den neuen Bedürfnissen der Geflüchteten angepasst hat. Die Ehrenamtlichen haben sich weiterentwickelt, weil die Geflüchteten heute andere Unterstützungsformen nachfragen: es geht nicht mehr um Kleidung, Spielzeug, Essen und andere Dinge für die erste Orientierung, sondern um Unterstützung beim Umgang mit den Ämtern, Zugänge zum Arbeitsmarkt und Kontakte in die Gesellschaft. Diese Transformation der Initiative beruht im Wesentlichen darauf, dass sie sich den Veränderungen in ihrer Umwelt anpasst: die Geflüchteten entwickeln neue Bedürfnisse und die Kommunikation mit den Verwaltungen und den anderen städtischen Akteuren intensiviert sich.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wird von *An-ge-kommen* inzwischen als sehr gut beurteilt. Zu Beginn, in der Phase, in der sich die Initiative konstituierte, gab es kaum Kontakte mit den Verwaltungen. Verbindungen wurden via Facebook hergestellt, d. h. über die Öffentlichkeit, während sich erst allmählich direkte Kommunikationsbeziehungen entwickelten. Heute gibt es regelmäßige Treffen, Gesprächskreise und wenn es einmal haken sollte, gibt es einen schnellen Draht zur oberen Ebene. Diese guten Verbindungen betreffen sowohl die städtischen Strukturen als auch das Jobcenter. Wenn es Klagen gibt, beziehen sich diese häufig auf die mittlere Ebene der Sachbearbeiter. Insgesamt ist aber deutlich, dass die Initiative sich sehr positiv gegenüber den Verwaltungen äußert und die Gesprächsbeziehungen gewürdigt.

Die Initiative *An-ge-kommen* nutzt die Möglichkeiten von Smartphones und Social-Media-Kanälen für die eigene Kommunikation und eine effektive Zusammenarbeit mit den Geflüchteten. Die Initiative ist bereits mit ihrer Gründung als Facebook-Gruppe entstanden. Jeder und jede kann sich dort an den Entscheidungsprozessen beteiligen. Während diese eine geschlossene Gruppe bildet, verläuft die Kommunikation mit den Geflüchteten offen und ist für alle zugänglich. Es wird betont, dass ohne diese Kommunikationstools die eigene Arbeit kaum möglich wäre. Ältere, denen diese Kommunikationsform - über Facebook und WhatsApp - nicht so geläufig ist, werden angeleitet und integriert. Vielen Geflüchteten kommt diese internetbasierte Kommunikation entgegen, weil vieles nur mit einem Smartphone zu bewältigen ist. Bedeutsam ist an diesem Fall, dass sich gegensätzliche Positionen durchaus verbinden können: die Kritik an der Datensammelwut von Facebook kommt aus der gleichen Ecke, in der die Kommunikationstools des Konzerns für die eigene politische Arbeit genutzt werden, ja, die eigenen Aktivitäten ohne diese Möglichkeiten überhaupt nicht möglich wären.

Task Force Flüchtlingshilfe

Die *Task Force Flüchtlingshilfe* hat sich in Gelsenkirchen zur selben Zeit gegründet wie *An-ge-kommen*. Bei ihr zeigt sich ein nachlassendes Interesse der Freiwilligen und auch eine Weiterentwicklung der Organisationen. Es gibt nach wie vor eine starke Hilfsbereitschaft. Schnelle, zielgerichtete und unbürokratische Hilfe ist ihr Markenzeichen. Wichtig ist aber auch der Wandel der Organisation: Die Ehrenamtlichen leisten Integrationsarbeit, und die Task Force verbindet erfolgreich das Ehrenamt mit dem Hauptamt. Sie ergänzt die Wohlfahrtsverbände und füllt die Lücken, die von den Wohlfahrtsverbänden nicht mehr gefüllt werden können. Die Help-Läden, die sich gegründet haben, verstehen sich als Anlaufstellen für Lebenshilfen, nicht nur für Geflüchtete. Möglich wird dies durch eine Professionalisierung des Ehrenamtes und die Möglichkeit der Verbindung der Angebote dieser jungen Initiativen mit den etablierten Organisationen. Die Task Force positioniert sich aber auch als Hilfsinitia-

tive für das Alltägliche und überlässt komplexe und schwierige Themen - wie die Beratung in den Asylverfahren und Arbeitsmarktzugänge anderen.

Im Prinzip bietet die Task Force Sozialarbeit an, wichtig ist aber der Wandel des Aufgabenspektrums, der auch bei *An-ge-kommen* zu beobachten ist. Für diese Weiterentwicklung hat die Task Force (zusammen mit *An-ge-kommen*) bereits eine Auszeichnung bekommen.¹¹

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen verstehen sich nicht als Konkurrenz zu den etablierten Wohlfahrtsverbänden, sondern als Ergänzung, weil sie Leistungen anbieten, die von den Wohlfahrtsverbänden nicht angeboten werden können. Hinzu kommt, dass sie sich schon seit Jahrzehnten mit dem Thema Hilfe für Geflüchtete befassen eine umfassende Expertise aufgebaut haben. Hinzu haben sie verlässliche und dauerhafte Beziehungen zur Stadtverwaltung aufgebaut. Für die Stadtverwaltung besteht ein besonderer Vorteil darin, dass mit den Wohlfahrtsverbänden Verträge abgeschlossen wurden und Leistungen verlässlich bereitgestellt werden können. Gegenüber den Initiativen haben die Wohlfahrtsverbände damit eine besondere Stellung, weil sie näher an der staatlich organisierten Form der sozialstaatlichen Leistungserbringung angebunden sind. Mit den Wohlfahrtsverbänden können Hauptamtliche und Ehrenamtliche zusammenarbeiten und sie bieten auch Patenschaften für Geflüchtete an. Die Stadt Gelsenkirchen ist ein spannender Ort, um diese Entwicklung der Integration zu beobachten und mit verschiedenen Organisationsformen zu unterstützen.

3.1.2 Bocholt

Die Stadt Bocholt, in Nordrhein-Westfalen, an der niederländischen Grenze gelegen, ist mit seinen rund 71.000 Einwohnern eine mittlere Stadt. Sie liegt im Kreis Borken und gehört dem Regierungsbezirk Münster an. Die Arbeitslosenquote beträgt 4,5 %.¹² Bocholt liegt damit bei Rankings in Regionen, die sonst von Orten Bayerns und Baden-Württembergs besetzt werden. Dies bedeutet, dass es der Stadt ökonomisch gut geht und eine Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist. Das Primäreinkommen betrug 2011 23.024 €¹³, im Vergleich zum Ruhrgebiet, das nur wenige Kilometer entfernt beginnt, sind der Landkreis Borken und vor allem die Stadt Bocholt eine vergleichsweise prosperierende Region.

Die Differenz zeigt sich auch in der Integrationspolitik und im Umgang mit Geflüchteten. Bocholt hat gegenwärtig 500 anerkannte Geflüchtete, während sich noch 200 in verschiedenen Verfahren befinden. Dazu gibt es 630 Plätze in drei Notunterkünften, von denen aktuell

¹¹ https://www.gelsenkirchen.de/de/_meta/aktuelles/artikel/26392-auszeichnung-fuer-ehrenamtliche-unter-dem-motto-deutschland-2016-integration-gemeinsam-leben, 30.07.2017

¹² <https://www.bocholt.de/rathaus/stadtentwicklung-statistik/arbeitsmarktdaten/>, 12.12.2017

¹³ https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2017/pdf/210_17.pdf, 12.12.2017

60 belegt sind.¹⁴ Insgesamt sind es gegenwärtig 800 bis 1000 Geflüchtete, die in der Stadt leben. Diese Notunterkünfte werden als Erstaufnahmeeinrichtungen vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben und das Land finanziert auch die Unterbringung von Geflüchteten mit 866 € pro Monat für diejenigen, die eine Anerkennung haben bzw. geduldet werden.

Die Akteure der Stadt sprechen von einem Bocholter Modell, das für die Integration und den Umgang mit Geflüchteten vor ein paar Jahren entwickelt wurde. Dieses Modell besteht im Kern darin, dass die Stadt alle nicht hoheitlichen Aufgaben in einem eigenen Unternehmen, der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft mbH (EWIBO) gebündelt hat. Mit diesem Unternehmen, das von der Stadt strategisch gesteuert wird, betreibt die Stadt neben vielen anderen Aufgaben auch die Versorgung und Integration der Geflüchteten. Im Selbstverständnis des Unternehmens heißt es: „Die EWIBO ist als einhundertprozentige Tochter der Stadt Bocholt selbstlos tätig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und/oder mildtätige Ziele, die dem Nutzen und Wohlergehen der Gesellschaft sowie dem öffentlichen Auftrag entsprechen. Gesellschaftlich und sozialverantwortliches Handeln ist mithin maßgebliches Kriterium unserer Unternehmensphilosophie und verpflichtend für die Qualität unseres internen und externen Managements.“¹⁵ Die EWIBO ist damit ein Instrument der Stadtverwaltung für sozialpolitische Ziele, mit dem sie auch die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren organisiert.

In der Stadtverwaltung selbst sind nur noch die hoheitlichen Aufgaben wie die Ausländerbehörde verblieben. Die EWIBO betreibt Flüchtlingsunterkünfte, kümmert sich um Wohnungen für Geflüchtete, unterhält das Haus der Integration und das Integrationszentrum. Die EWIBO ist auch zuständig für die soziale Betreuung der Geflüchteten und für ihren Zugang zum Arbeitsmarkt. Damit ist die EWIBO für alle Belange der geflüchteten Menschen zuständig. Sie ist damit ein Anbieter für die Geflüchteten, dessen Leistungen aus einer Hand erfolgt. Dies hat in den Augen der Verantwortlichen eine Reihe von Vorteilen: die Geflüchteten können besser betreut werden, es gibt einen Betreuungsschlüssel von 50:1, d. h., auf 50 Geflüchtete kommt ein Sozialarbeiter. Darüber hinaus wird für jeden Geflüchteten eine Analyse seiner sozialen Lage, psychischen Konstitution, seiner Bildungsbiografie, seiner kognitiven Fähigkeiten und seiner Wünsche und Ziele vorgenommen. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen und Bewertungen werden dann Strategien der Integration für die jeweilige Person entworfen. Dieses Screening ist eine moderne Form der Sozialbetreuung und der Professionalisierung Umgang mit Geflüchteten. Es hat auch den Vorteil, dass präziser auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der jeweiligen Personen eingegangen werden kann. Diese Vorgehensweise bringt es aber auch mit sich, dass Ehrenamtliche, die als Paten Geflüchtete be-

¹⁴ <https://www.bocholt.de/fluechtlinge-in-bocholt/>, 12.12.2017

¹⁵ <http://www.ewibo.de/index.php/home-2/unser-selbstverstaendnis>, 04.09.2017

treuen, zu mehr Distanz gegenüber ihren Schützlingen angehalten werden, weil vielfach die Erfahrung gemacht wurde, dass eine zu emotionale Bindung zu Fehlschlüssen, falschen Erwartungen Enttäuschungen führten.

Das Konzept, das mit der EWIBO verbunden ist, führt daher auch zu einem professionalisierten Umgang der hauptamtlichen Strukturen mit den Ehrenamtlichen. Dies bedeutet auch, dass die EWIBO vielfach der wichtigste Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist.

Nicht ohne Grund sind die Mitarbeiter der Stadtverwaltung stolz auf dieses Unternehmen, weil sie damit ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Kommunen haben und eine Zwitterorganisation geschaffen haben, mit der sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Ziele erreicht werden sollen.

Der Arbeitskreis Asyl

Der Arbeitskreis Asyl ist Bocholt die wichtigste zivilgesellschaftliche Organisation zum Thema Migration und Geflüchtete. Ihn gibt es seit Mitte der 1990er Jahre, als es damals darum ging, die Geflüchteten aus Osteuropa zu versorgen. Heute ist der AK Asyl eine wichtige Institution in Bocholt und Ansprechpartner für die Verwaltung und die EWIBO. Die Betreuung der Geflüchteten hat sich auch in Bocholt längst weiterentwickelt: der AK Asyl hat ein Integrationspatenmodell entwickelt, bei dem Privatpersonen Geflüchtete beim Kontakt mit Ärzten Krankenhäusern, Verwaltungen, bei der Suche nach Wohnungen und Arbeitsplätzen zur Seite stehen. Wichtig dabei ist, dass der AK Asyl die Integrationspaten ausbildet und vor allem für Geflüchtete einsetzt, die eine gute Bleibeperspektive haben. Inzwischen sind mehr als 100 Integrationspaten mit Kursen in sieben Modulen ausgebildet worden. Unterstützt wird diese Patenausbildung durch die Verwaltung und durch die EWIBO: mit Schulungen zum Asylrecht, zu Arbeitsmarktzugängen und zum emotional fordernden Umgang mit Menschen.

Für die hier im Vordergrund stehende Fragestellung nach der Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und kommunalen Verwaltungen sind der wechselseitige Blick und die Bewertung von besonderem Interesse. Der Arbeitskreis Asyl beurteilt das Verhältnis zur Verwaltung in Bocholt als sehr gut. Dies war nicht immer so, denn früher war ein stärkeres Gegeneinander an der Tagesordnung. Vertreter des AK Asyl stellen heute fest, dass die Verwaltung einen intensiven Lernprozess durchgemacht hat. Während früher die Meinung vorherrschte, Geflüchtete sollten nicht integriert werden, gibt es heute eine ausgeprägte Willkommenskultur in Bocholt, an der die Verwaltung mitwirkt. Diesen Wechsel von „bloß keine Integration“ zu „Integration so früh wie möglich“ trägt inzwischen die gesamte Stadt.

Die Patenschaften sind für den AK Asyl eines der wichtigsten Instrumente bei der Hilfe für Geflüchtete. Das Modell wurde bereits Anfang 2015, als die Ankunftszahlen von Geflüchteten noch niedrig waren, ins Leben gerufen. Heute sind es mehr als 100 Paten, die Geflüchtete betreuen. Die Paten erhalten eine Schulung für die wichtigsten Bereiche ihrer Tätigkeit, zum Beispiel zum Asylrecht, aber auch zu ihrer Tätigkeit selbst, damit sie in der Lage sind, die nötige Distanz aufzubringen und sich auch schützen zu können vor einer allzu großen emotionalen Nähe. Das Patenschaftsmodell beruht auf persönlichen Beziehungen zwischen den Paten und den Geflüchteten, d. h. die Paten kümmern sich um viele Dinge: um Wohnungen und den Zugang zum Arbeitsmarkt; sie unterstützen beim Kontakt mit den Behörden und begleitende Geflüchtete zu Arztbesuchen, beraten sie bei Fragen der Einschulung und der Betreuung von Kindern. Insgesamt verstehen sich die Paten als Brückenbauer für die Geflüchteten. Sie helfen nicht nur bei einzelnen Problemen, sondern unterstützen die Geflüchteten auch beim Erlernen der deutschen Sprache und verschaffen den Geflüchteten soziale Kontakte, die für ihren weiteren Weg die Gesellschaft von Bedeutung sind.

Weil eine Patenschaft große soziale Nähe und intensive Beziehungen mit sich bringt, ist es notwendig, dass die Paten sich der dabei auftretenden Gefahren bewusst sind. Der AK Asyl vermittelt daher nur Patenschaften zu Geflüchteten mit einer Bleibeperspektive. Er will damit Situationen verhindern, in denen es zu emotionalen Spannungen kommt, weil die „Schützlinge“ abgeschoben werden und die Paten aufgrund der inzwischen aufgebauten persönlichen Beziehungen die Abschiebung zu verhindern versuchen.

Regelmäßige Treffen der Paten, um die eigenen Tätigkeiten zu reflektieren, sind wichtige Instrumente. Die Integrationspaten treffen sich alle vier Wochen, um sich auszutauschen und eigene Erfahrungen zu besprechen. Bei diesen Treffen geht es auch immer darum, emotionale Bindungen zu thematisieren und voneinander zu lernen.

Inzwischen wird das neue Modell der Integrationspaten für Jugendliche erprobt: Hier geht es darum, speziell Jugendliche zu unterstützen, beispielsweise beim Umgang mit Geld, dem Abschließen von (Handy-)Verträgen und Allgemeinen Fragen des Konsumverhaltens.

Ein bereicherndes Moment für die Paten ist die Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Diese unterstützt den Reflexionsprozess durch Gespräche, Coaching und Schulungen. Durch die Verwaltung wird auch sichergestellt, dass jeder Geflüchtete einen Sozialarbeiter als Ansprechpartner hat. Dieses Wissen gibt es auch beim AK Asyl, sodass bei auftauchenden Problemen schnell der Kontakt zur Verwaltung hergestellt werden kann. Allerdings ist auch aus der Verwaltung zu hören, dass eine Integration, die nur über Patenschaften erfolgen würde, zum Scheitern verurteilt ist. Notwendig sei neben dem Engagement auch eine fachliche Betreuung durch die Behörden.

Auch aus der Perspektive der Verwaltung wird die Kooperation mit dem AK Asyl als sehr gut bezeichnet. Als Beleg für diese gute Zusammenarbeit wird der Bürgerkongress von 2016 herangezogen, dessen runde Tische zu verschiedenen Themen heute immer noch existieren. Die Verwaltung betont, dass sie das Modell der Integrationspaten mit Schulungen unterstützt. Allerdings wird in der Verwaltung auch festgestellt, dass das ehrenamtliche Engagement der Unterstützung und Leitung bedarf. Wohlwissend, dass Ehrenamtliche kaum zu steuern sind, herrscht dennoch in der Verwaltung die Überzeugung, dass ohne eine hauptamtliche Lenkung die Ehrenamtlichen drohen, in die falsche Richtung zu gehen oder sich in emotional belastende Situationen zu bringen, aus denen sie sich ohne Schaden nicht mehr befreien können.

Insgesamt zeigt sich in der Verwaltung ein starkes Bewusstsein für die notwendige Kooperation von Haupt- und Ehrenamt und die Einsicht, dass Ehrenamt ohne eine hauptamtliche Struktur kaum sinnvoll ist. Allerdings wird von Seiten der Stadtverwaltung auch deutlich gemacht, dass es Grenzen für das Engagement bei der Hilfe für Geflüchtete gibt. Durch Engagement kann nicht alles geleistet werden, vielmehr wird es darum gehen, eine sinnvolle Teilung der Aufgaben hinzubekommen. Teilweise geht die Verwaltung sogar so weit, zu sagen, dass die Integration eine Aufgabe der Verwaltung sei und man das Ehrenamt nicht steuern könne. Wichtig dagegen sei, die hauptamtlichen Strukturen zu mit ehrenamtlichen Aktivitäten zu verbinden, dass die gemeinsam vereinbarten Ziele erreicht werden können.

Einer der wichtigsten Aspekte der Integration betrifft auch in Bocholt den Zugang zum Arbeitsmarkt. Auch hier es ist wichtig, dass die Akteure in den hauptamtlichen Strukturen der EWIBO und die ehrenamtlich tätigen Paten zusammenarbeiten. Aufgabe der Mitarbeiter im Job-Center und in der Verwaltung ist es, durch eine Sozialanamnese und ein Profiling herauszufinden, welche Bedürfnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten der jeweilige Geflüchtete hat. Denn erst dann kann eine Vermittlung erfolgen.

Auf der Seite der Wirtschaft, der Unternehmen, gibt es in Bocholt eine große Nachfrage nach Arbeitskräften. Zeitarbeitsfirmen sind bereit, auch Personen einzustellen, die über keine bzw. ganz schlechte Deutschkenntnisse verfügen. Es gibt genügend Ausbildungsplätze, im Jahr 2017 wurden bereits 14 Jugendliche in Ausbildung gebracht. Auf der Seite der Kreishandwerkerschaft und der Unternehmen gibt es eine große Bereitschaft, Geflüchtete einzustellen. Doch gerade bei Jugendlichen geht es darum, zu bewerten, ob sie kognitiv in der Lage sind, eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren und ob sie dabei bereit sind, auf ein höheres Einkommen zugunsten einer Ausbildung, deren Erträge erst im späteren Jahren wirksam werden, zu verzichten. Dazu ist eine Zusammenarbeit zwischen den Paten und den Beratungsstrukturen von Jobcenter und EWIBO notwendig. Diese Zusammenarbeit ist in kritischen Situationen nicht ganz einfach, weil von beiden Seiten Vertrauen erforderlich ist. Von

der Seite der Verwaltung wird argumentiert, dass es wenig bringt, bei einer drohenden Abschiebung eine Berufsausbildung zu organisieren. Vielfach ist diese Berufsausbildung dann zum Scheitern verurteilt, weil sie unter höchst ungünstigen Voraussetzungen begonnen wurde. Besser wäre es gewesen, wenn Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Gruppen vertrauensvoll zusammengearbeitet hätten.

Der Integrationsrat

Bocholt hat eine weitere Institution für den Umgang mit Zuwanderern: den Integrationsrat. Ihm gehören 18 Mitglieder an, zwölf werden gewählt, während sechs durch den Rat der Stadt benannt werden. Der Integrationsrat repräsentiert die Migrantinnen und Migranten, die schon länger in der Stadt sind. Der Integrationsrat kümmert sich mit seinem Büro auch um die zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Vereine, Initiativen und Gruppen der Migrantinnen und Migranten in der Stadt. Ein wichtiger Bereich sind die Kontakte zu den Moscheen und Moscheevereinen, weil Religion ein zentrales Thema für die Präsenz von Migrantinnen und Migranten in der Stadt ist. Allerdings wird von der Seite des AK Asyl darauf verwiesen, dass der Integrationsrat für das Thema Geflüchtete nicht so zugänglich sei.

Bocholt hat auch ein Integrationszentrum, Teil einer für Nordrhein-Westfalen seit 2013 typischen institutionellen Struktur in den Kommunen. Es wird vom Landkreis betrieben und ist aus der Perspektive der Verwaltung der Stadt Bocholt keine Konkurrenz zur operativen Arbeit der EWIBO und der Arbeit mit den Geflüchteten.

Offensichtlich ist bei beiden – Integrationsrat und Integrationszentrum – ihr zusätzlicher Charakter. Beide haben nicht direkt mit der Gruppe der Geflüchteten zu tun, sondern zielen mit ihren Aktivitäten auf die größere Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.

3.2 Bayern

Das Bundesland Bayern ist in mehrfacher Hinsicht ein wichtiger Ort bei der politischen und gesellschaftlichen Bearbeitung der steigenden Geflüchtetenzahlen seit 2015. Bezogen auf Bevölkerungszahl (12,84 Mio.) und Wirtschaftsleistung (488 Mrd. Euro) steht Bayern an zweiter Stelle der 16 Bundesländer und die Wirtschaftsleistung pro Kopf berechnet steht Bayern direkt hinter den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die ökonomische Basis für Zuwanderer ist daher sehr günstig. Seit dem Fall der Mauer verzeichnete Bayern eine Zuwanderung aus den neuen Bundesländern von rund einer Million Einwohnern.

Als die Balkanroute noch offen war, war Bayern der erste Anlaufpunkt für Geflüchtete. Von der Bayern-Kaserne in München wurden sie dann auf die anderen Bundesländer verteilt.

Inzwischen ist die Kaserne geschlossen und Bayern betreibt in Bamberg und Manching zwei Erstaufnahmeeinrichtungen. In den letzten Monaten kamen rund 600 Geflüchtete pro Tag nach Deutschland.¹⁶ Nur diejenigen mit einer guten Bleibeperspektive¹⁷ werden dann in Bayern auf die Landkreise verteilt.

Die bayerische Staatsregierung hat am 9. Oktober 2015 das Integrationskonzept „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ beschlossen. Versehen ist dieses Programm mit einem Volumen von 489 Mio. Euro und beinhaltet die Schaffung von 3.772 zusätzlichen Stellen. Mit dieser Summe wurden unterschiedliche Maßnahmen und Programme gefördert. Angesiedelt sind die Projekte in folgenden Bereichen, in denen auch die zusätzlichen Stellen geschaffen wurden: Rechtsstaat, Verwaltung, Sicherheit (1), Wohnen (2), Sprache (3), Bildung (4), Arbeit (5) Gesundheit (6), Wertebildung und Leitkultur (7). Am meisten wurde für den Bereich Wohnen (240 Mio. Euro) und Rechtsstaat, Verwaltung, Sicherheit (146 Mio. Euro) ausgegeben. In einer konservativen Perspektive ist sich die bayerische Staatsregierung des Wertes bürgerschaftlichen Engagements bei der Hilfe für Geflüchtete bewusst: „Entscheidend für eine gelungene Integration auf der Basis unseres Wertefundaments ist der Kontakt vor Ort. Wir stärken deshalb vorhandene Strukturen und helfen beim Aufbau neuer Strukturen. Ein Beispiel sind die (geplanten) ehrenamtlichen Integrationslotsen, die künftig Migrantinnen und Migranten helfen sollen, sich im Alltag zurechtzufinden und dabei unsere Werte vermitteln. Mit einem Info-Paket werden wir zudem kleinere Gemeinden bei der Beantwortung wesentlicher Fragen helfen, wenn bei ihnen eine Erstaufnahmeeinrichtung oder eine Gemeinschaftsunterkunft errichtet wird.“¹⁸(<http://www.stmas.bayern.de/integration/konzept/>).

Zu weiteren Bekräftigung, aber auch schon in einer deutlichen Verschiebung in Richtung von Ansprüchen an die Geflüchteten hat die Staatsregierung das Bayerische Integrationsgesetz geschlossen, das am 1. Januar 2017 in Kraft trat. In den Eckpunkten wurden vor allem Erwartungen an die Zuwanderer formuliert: Sie sollen sich an die Leitkultur und die Werte halten, schnell die Sprache erlernen, Arbeit und Ausbildung aufnehmen um auf eigenen Beinen zu stehen, die Angebote des Wohnungsmarktes annehmen und sich ehrenamtlich engagieren. Begründet wird das erwünschte Engagement mit einer verbesserten Integration in die Nachbarschaft. Generell wird von den Geflüchteten eine Integrationsbereitschaft erwartet.

¹⁶ Das BAMF verzeichnete im ersten Halbjahr 2017 rund 111.000 Asylanträge. (<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/hkl-antrags-entscheidungsbestandsstatistik-kumuliert-2017.html?nn=9271904>, 20.07.2017)

¹⁷ Die „gute Bleibeperspektive“ definiert sich durch die Anerkennungsquoten des jeweiligen Landes. Das BAMF definiert so wie folgt: „Menschen, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von über 50 Prozent kommen, haben eine gute Bleibeperspektive“. (<http://www.bamf.de/DE/Infothek/FragenAntworten/IntegrationskurseAsylbewerber/integrationskurse-asylbewerber-node.html>, 20.07.2017).

¹⁸ <http://www.stmas.bayern.de/integration/konzept/>, 12.12.2017

Schon im letzten Jahr, am 30. August 2016, trat in Bayern die Wohnsitzzuweisung für anerkannte Asylbewerber in Kraft. Anerkannten Asylbewerbern mit Bleibeperspektive konnte ein Wohnsitz für drei Jahre zugewiesen werden. Ausgenommen davon waren Geflüchtete in Ausbildung oder mit einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Am 5. April verkündete die Staatsregierung, dass sie ein Modellprojekt für Integrationslotsen auflegt. Landkreise und kreisfreie Städte können sich um finanzielle dotierten Lotsenstellen bewerben. Die Lotsen sollen Netzwerkarbeit leisten und sind im kommunalen Raum tätig.

Die Vermittlung von sogenannten leitkulturellen Werten ist für die bayerische Staatsregierung ein wichtiges Anliegen. Dazu wird die Wertevermittlung z.B. durch die Brochier Stiftung gefördert.¹⁹

Auf der Ebene der bayerischen Staatsregierung und der sie stellenden CSU wird seit dem Anstieg der Zahl der Geflüchteten eine Begrenzung gefordert. Insgesamt pflegt die CSU eine entschieden konservative Rhetorik, die sich auch in den Begründungen und in der Ausrichtung ihrer Programmatik niederschlägt. Es wird aber auch deutlich, dass die bayerische Staatsregierung Programme aufgelegt und mit substanziellen Mitteln versehen hat. Deutlich wird auch, dass sie dem ehrenamtlichen Engagement einen wichtigen Platz einräumt und letztlich bekräftigt, dass Integration keine alleinige staatliche Aufgabe ist.

Eine Frage wird sein, wie vor Ort mit den Vorgaben und den finanziellen Anreizen durch die Regierungszentrale umgegangen wird und wie vor allem die freiwilligen Helfergruppen der Zivilgesellschaft sich gegenüber der konservativen Rhetorik verhalten.

3.2.1 Landkreis Starnberg

Der Landkreis Starnberg ist einer von 71 Kreisen des Freistaates Bayern und liegt im „Speckgürtel“ Münchens westlich von München zwischen dem Starnberger See und dem Ammersee. Er hat von allen Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland das höchste Pro-Kopf-Einkommen; der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit einem Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Der Landkreis Starnberg gilt als „reicher“ und attraktiver Landkreis.

Wie überall in Deutschland, so hat sich auch die Lage im Landkreis Starnberg entspannt. Es kommen aber noch Geflüchtete, doch deren Zahl ist, verglichen mit der in der Hochzeit 2015, sehr niedrig. Während zur Charakterisierung der damaligen Zeit von einem Ausnahmezustand gesprochen wurde, so kann man heute von einem Normalzustand sprechen. Die Ver-

¹⁹ www.werteraum.org

waltungen - auch in Starnberg, haben es geschafft, mit ihren Prozessen und ihrer Organisationsmacht die Gesamtlage zu strukturieren. Doch die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen sind nicht verschwunden. Vielmehr sind sie nach wie vor an allen Orten präsent, haben Lernprozesse durchgemacht und arbeiten mit den Verwaltungen - Landratsamt, Job-Center, Arbeitsagentur - gut zusammen, auch wenn es gelegentlich zu Spannungen kommt.

Im Landkreis Starnberg mit ca. 131.000 Einwohnern leben ca. 1.900 Geflüchtete.²⁰ Von diesen haben ca. 400 den Status eines anerkannten Asylbewerbers bzw. -bewerberin. D.h. eine große Anzahl hat entweder schon eine Ablehnung des Asylantrags oder wartet noch auf den Bescheid des BAMF. Von den 1.900 leben 1.400 in Wohncontaineranlagen, die im letzten Jahr errichtet wurden. Das Landratsamt hat zügig die Turnhallen und die provisorischen Unterkünfte, die vielfach ungeeignet waren, geräumt. Die Wohncontaineranlagen sind im Stile von Wohnungen (Küche, Bad, weitere Räume) organisiert. Sie wurden vom Landkreis errichtet und an die Regierung des Bezirks Oberbayern vermietet, die diese Anlagen betreibt.

Charakteristisch für den Landkreis ist das Miteinander der Akteure – auch wenn es immer wieder auch Interessensgegensätze gibt. Zu diesen Akteuren zählt nach wie vor das Landratsamt mit seinem aktiven und kooperativen Landrat, die Bürgermeister der Kommunen, die Helferkreise, die sich schon sehr früh in allen Kommunen des Landkreises gebildet haben, das Job-Center, die Arbeitsagentur, die Unternehmen und auch die Wohlfahrtsverbände, vor allem die Caritas.

Das Landratsamt ist mit seinen ca. 500 Stellen - im letzten Jahr wurden im wegen der steigenden Zahl von Geflüchteten 30 bis 40 neue Stellen geschaffen – ein zentraler Akteur in der Betreuung der Geflüchteten. Im Landratsamt findet sich nicht nur die Ausländerbehörde, die immer wieder bei den Helferkreisen für Empörung gesorgt hat. Das Landratsamt ist auch für die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zuständig und es ist inzwischen ein wichtiger sozialpolitischer Akteur, weil viele Dienstleistungen des Sozialstaates im Landkreis von ihm erbracht werden. Mit Bezug auf die Betreuung der Geflüchteten ist das Landratsamt – der Landrat und seine Mitarbeiter – als Ansprechpartner ein wichtiger Knoten für die Kommunikationsbeziehungen im Landkreis. Es gibt kaum größere Treffen der Akteure, an denen das Landratsamt nicht beteiligt ist. Es befindet sich in einer vermittelnden Position zwischen den gesamtstaatlichen Ansprüchen, die vor allem darin bestehen, geltendes Recht durchzusetzen und den Wünschen der Helfergruppen, die die Bedingungen für die Geflüchteten verbessern wollen. Seitens des Landratsamtes wird auch betont, dass die besondere Betreuung der Geflüchteten nur gewährleistet werden kann, wenn ihre Zahl auf einem bestimmten Niveau bleibt. Damit wird deutlich: es gibt einen Zusammenhang von Betreuung und Anzahl.

²⁰ <http://www.lk-starnberg.de/index.php?NavID=613.2885.1>, 12.12.2017

Das Landratsamt ist bemüht, Chancen zu eröffnen und den Geflüchteten den Weg in die Gesellschaft zu eröffnen. Als Behörde ist es aber auch gezwungen, das Recht durchzusetzen und bei Rückführungen unterstützend tätig zu werden.

Die Helferkreise

Im Landkreis Starnberg gibt es in allem 16 Kommunen Helferkreise. Diese haben sich schon sehr früh, teilweise schon vor dem Eintreffen von Geflüchteten gebildet. Sie bilden neben dem Landratsamt, das u.a. für die Einhaltung des rechtlichen Rahmens zuständig ist, das Rückgrat für die konkrete Aufgabe der Integration. Erfreulich ist, dass sich kein Helferkreis aufgelöst hat, doch es ist schwerer geworden, neue Freiwillige zu finden. Teilweise haben sich die Helferinnen und Helfer auch zurückgezogen, wohl auch weil die Aufgaben komplexer geworden sind, und der Weg in die Gesellschaft doch länger dauert als dies in der Euphorie der ersten Tage den Anschein hatte.

Ein wichtiges Motiv für die Helferinnen und Helfer war es, die Bevölkerung für die Geflüchteten zu interessieren und ihr zu zeigen, dass auch diese Menschen wertvoll sind. Zunehmend merken die Helferinnen und Helfer, dass auch andere Menschen Hilfe benötigen. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass Geflüchtete eine Vorzugsbehandlung bekommen, denn der Mangel an Wohnraum betrifft viele Menschen, nicht nur Geflüchtete. Für viele Helferinnen und Helfer drängt sich der Eindruck auf, dass sie Sozialarbeit leisten, für die der Staat kaum die Ressourcen aufbringen kann, doch sie weisen eine mögliche Interpretation von sich, wonach sie Aufgaben wahrnehmen würden, für die eigentlich der Staat zuständig sei.

Im Landkreis Starnberg wurde ein Interview mit der Koordinatorin des Helferkreises in Feldafing, einer Gemeinde südlich von Starnberg, geführt. Weitere Interviews wurden mit der Freiwilligenkoordinatorin, die für die Helfergruppen im gesamten Landkreis zuständig ist, und mit zwei Mitgliedern der landkreisweiten Gruppe, die Zugänge zum Arbeitsmarkt organisieren, geführt. Darüber hinaus gab es ein Gespräch mit dem Landrat und der Leiterin des Fachbereichs Asyl im Landratsamt.

Die Aufgabenstruktur der Helferkreise hat sich verändert. Jetzt geht es vor allem darum Wohnraum zu finden, die Geflüchteten bei der Antragstellung und der Kommunikation mit den Behörden zu unterstützen, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit den psychosozialen Belastungen der Geflüchteten (geschätzt wird dies auf rund 30 Prozent) angemessen umzugehen.²¹ Erst allmählich hat sich in Feldafing das Modell der Patenschaften durchgesetzt. Jetzt ist es so, dass über diese persönlichen Beziehungen vieles geregelt und erreicht werden kann. Die Paten kümmern sich um „ihre“ Geflüchteten, gehen mit auf die

²¹ Diese bedeutet, dass die Helfer dies nicht selbst machen können, sondern Therapiemöglichkeiten organisieren.

Ämter, suchen Arbeitsplätze, unterstützen sie beim Umgang mit Behördenschreiben und dem Ausfüllen von Formularen. In einigen Fällen kamen die Paten auch mit zu den Anhörungen beim BAMF in Regensburg.

Das Patenschaftsmodell beruht auf persönlichen Beziehungen und diese Form der Interaktion nutzen die Helferinnen und Helfer nicht nur für den Kontakt mit den Geflüchteten, sondern auch für die Kommunikation mit den Ämtern. Dies ist in einem Landkreis wie Starnberg leichter, weil die persönlichen Beziehungen noch ein anderes Gewicht haben und produktiv zur Lösung sozialer und politischer Probleme eingesetzt werden.²²

Auch in Starnberg zeigt sich die wachsende Nachfrage nach speziellen Angeboten und Helferinnen und Helfern mit Expertenwissen. In der Helfergruppe in Feldafing, einer kleinen Gemeinde südlich von Starnberg, sind zwei Anwältinnen aktiv. Sie sind Ausdruck der zunehmenden Spezialisierung und der Nachfrage nach rechtlicher Expertise, weil viele Geflüchtete mit den Bescheiden des BAMF und anderen Vorgängen von staatlichen Behörden zu tun haben.

Zur veränderten Aufgabenstruktur gehört es auch, mit der komplexen Zuständigkeit-, Rechts- und Entscheidungsstrukturen zurechtzukommen. Die Helferkreise des Landkreises berichten, dass sie vielfach mit Entscheidungen des BAMF zu tun haben, die auch für Laien offensichtlich fehlerhaft sind.²³ Dies ist aber auch ein Problem für die Helfergruppen, denn es geht darum, sich gegen diese Bescheide des BAMF zu wehren und dafür zu sorgen, dass die Geflüchteten im Land bleiben können. Dies hängt aber auch damit zusammen, dass die Helferinnen und Helfer persönliche Beziehungen zu den Geflüchteten aufgebaut haben, ihnen teilweise Versprechungen gemacht haben, die sie nun nicht einhalten können, weil das BAMF einen weiteren Aufenthalt abgelehnt hat.

Ein weiteres wichtiges Themengebiet der Helfergruppe in Feldafing ist der Umgang mit den Geflüchteten, ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer Herkunft und einer Abschiebeverfügung. Da die Arbeitsmarktlage gut ist, konnte für viele junge Männer ein Ausbildungsplatz, dem eine einjährige Einstiegsqualifizierung vorausging, gefunden werden. Allerdings kam bei einigen ein Ablehnungsbescheid durch das BAMF, d. h. sie mussten das Land verlassen. Dies führte in

²² Es ist aber nicht so, dass damit sich der Weg in Richtung Nepotismus und Korruption öffnen würde, vielmehr ist es auch die Leistung aller beteiligten Akteure, diese Gefahren zu vermeiden.

²³ Dies ist offensichtlich kein Einzelfall, sondern eine weitverbreitete Klage. Die Zahl der Entscheidungen durch das BAMF hat zwar zugenommen, doch gleichzeitig ist die Zahl an „formal fehlerhaften Bescheiden“ (Bogumil, Hafner, Kastilan 2017: 31) deutlich angestiegen. Diese Formfehler durch das BAMF haben eine Flut von Klagen gegen diese Bescheide vor den Verwaltungsgerichten zur Folge. Allein im ersten Quartal 2017 soll es zu 97.000 Klagen vor Verwaltungsgerichten gekommen sein. Zwei von drei Ablehnungsbescheiden des BAMF landen als Klage vor einem Verwaltungsgericht (siehe auch: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168734670/Zwei-von-drei-Ablehnungsbescheiden-des-BAMF-landen-vor-Gericht.html>, 18.10.2017). Nach Bogumil, Hafner, Kastilan verliert das AMF 80 % der Fälle (Bogumil, Hafner, Kastilan 2017: 35).

der Helfergruppe zu großer Aufregung, weil bei den Afghanen, die große Anstrengungen bei der Integration gezeigt hatten, eine Rückführung schnell verfügt werden konnte, weil auf der politischen Ebene ein Abkommen vorhanden war. Bei den jungen Männern aus Pakistan, die weniger Integrationsbereitschaft gezeigt haben, war dies anders: Sie konnten nicht abgeschoben werden, weil kein Abkommen zwischen Deutschland und Pakistan bestand. Dies führte dann in der Helfergruppe zu Frustration. Hinzu kam, dass immer stärker zwischen Herkunftsländern differenziert wurde, auch weil beispielsweise die jungen Männer aus Pakistan Paten ablehnten, weil sie sich dadurch kontrolliert gefühlt haben.

Insgesamt zeigt dies, dass die Interessenspositionen sich ausdifferenzieren, die unterschiedlichen Perspektiven sich deutlicher abzeichnen und die Helfergruppen das eigene Handeln auch reflektieren. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Geflüchteten ihre Interessen erkennen und auch wahrnehmen. In einigen Fällen führt dies dazu, dass größere Differenzen zwischen Helfergruppen und Geflüchteten auftreten. In den Gesprächen mit den Helferinnen und Helfern aus dem Landkreis Starnberg wird deutlich, dass diese ihre Interessen und ihre Vorstellungen von Integration und die damit verbundenen Erwartungen an die Geflüchteten klarer artikulieren.

Das Themengebiet Abschiebung oder Rückführung ist für die Helfergruppen mit einer besonderen Herausforderung verbunden. Über Patenschaften wurden persönliche Beziehungen aufgebaut, es wurden Ausbildungsmöglichkeiten organisiert, Zusagen von Arbeitgebern eingeholt und den geflüchteten jungen Männern gegenüber Versprechungen gemacht. Vielfach wurde noch Verständnis aufgebracht für die Abschiebung von straffällig gewordenen Geflüchteten, doch dass auch andere, die in Arbeitsverhältnissen waren und sich integriert hatten, von diesen Maßnahmen erfasst wurden, erzeugte Empörung und Frustration. Denn da die Politik Erfolge brauchte, wurde eine Abschiebung gerade bei denjenigen vollzogen, die einer regelmäßigen Arbeit nachgingen, während die anderen untertauchten und nicht auffindbar waren.

Arbeitskreis Arbeitsmarktzugänge

Die Helferkreise haben sich der Ausdifferenzierung und Spezialisierung angepasst und Arbeitskreise zu den verschiedenen Themen gebildet. Dem Thema Arbeitsmarktzugänge widmet sich ein Arbeitskreis, der sich schon sehr früh, in der zweiten Hälfte des Jahres 2015, gebildet hat.

Der Arbeitskreis, der sich mit dem Thema Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete beschäftigt, hat sich als landkreisweite Organisation schon sehr früh aus den 16 Helferkreisen des Landkreises gebildet. Die Gründung dieses Arbeitskreises war getragen

durch die Einsicht, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete, aber auch für alle Akteure im Landkreis elementar notwendig ist. Darüber hinaus war die Gründung einer überörtlichen Organisation angeleitet von der Idee, dass auf der Kreisebene auf Augenhöhe mit dem Job-Center, dem Landratsamt und der Arbeitsagentur verhandelt werden kann. Der Arbeitskreis versteht sich daher auch als „Kreisverband“ und trifft sich regelmäßig mit den Leitern dieser Behörden.

Der Arbeitskreis, der sich aus den 16 Helferkreisen des Landkreises gebildet hat, nutzt die Regelungen mit denen der Zugang zum Arbeitsmarkt in den Jahren 2015 und 2016 für Geflüchtete erleichtert worden. Generell gilt immer noch, dass in den ersten drei Monaten des Aufenthalts in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt grundsätzlich nicht gestattet ist. Mit der Veränderung der Beschäftigungsverordnung wurde Anfang 2016 der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert, in dem die Vorrangprüfung in 133 der insgesamt 156 Agenturbezirke der BA ausgesetzt wurde. Auch in den restlichen Bezirken kann die Vorrangprüfung unter bestimmten Bedingungen entfallen.²⁴

Die Gründung dieses Arbeitskreises ist getragen von der Überzeugung, dass die Zeit des Wartens besser genutzt werden kann, gerade in einer Region, in der es einen Bedarf für Arbeitskräfte gibt. Hinzu kommt die Überzeugung der Helferinnen und Helfer, dass es ein Recht gibt zu arbeiten und es insgesamt besser ist, wenn die Geflüchteten die Möglichkeit haben am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Dies wird damit begründet, dass es Vorteile auf beiden Seiten gibt, auf der Seite der Geflüchteten, weil sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, und auf der Seite der Region und der Bevölkerung, weil damit möglichen sozialen Problemen besser vorgebeugt werden kann.

Es wird jedoch auch berichtet, dass ein Teil (bis zu zwei Drittel) der Geflüchteten gar nicht arbeiten wollen, weil die Tätigkeiten, zu denen sie potentiell Zugang haben, meist am unteren Ende der Lohnskala liegen. Damit gerät der Ertrag durch eine normale Arbeit sehr stark in Konkurrenz zu den Sozialleistungen, die ihnen qua Asylbewerberleistungsgesetz zustehen. In den Helferkreisen wird von einem weiteren Problem berichtet: einige Geflüchtete machen sich jeden Morgen mit der S-Bahn nach München auf, um dort Schwarzarbeit zu leisten. München liegt etwa eine halbe Stunde entfernt und das Arbeitseinkommen über Schwarzarbeit ist in der Regel höher als bei einer Tätigkeit, die über die Vermittlung der Helferkreise erzielt werden kann.

Der Arbeitskreis, der eine überregionale Arbeitsvermittlung betreibt, begreift sich als Netzwerkknoten und agiert auf dieser politischen Ebene, weil die Zugänge zum Arbeitsmarkt

²⁴ <http://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/erleichterter-arbeitsmarktzugang-fluechtlinge.html>, 12.12.2017

nicht lokal vermittelt werden. Die Tätigkeit dieses Arbeitskreises umfasst drei Aspekte: zum einen sind es Informationen zum gesamten Arbeitsmarkt in der Region, zu den Bedarfen und den für die Geflüchteten nötigen Informationen; zum zweiten geht es um die Verbesserung der Prozesse der Arbeitsvermittlung und zum dritten geht es um das Management der Kontakte mit den verschiedenen Akteuren, die für den Arbeitsmarkt in der Region zuständig sind. Darüber hinaus geht es beständig um den Erfahrungsaustausch mit Behörden und allen Helferkreisen. Dazu zählen regelmäßige Treffen (alle vier Wochen) mit den Leitern des Jobcenters der Ausländerbehörde und der Arbeitsagentur.

Der Erfolg des Arbeitskreises zur Arbeitsvermittlung für Geflüchtete zeigt wie sich ehrenamtliche in die Leistungsprozesse einer Behörde wieder Arbeitsagentur eingliedern und diese helfen, die neue Aufgabe zu bewältigen. Im Prinzip geht es darum, die Leistungsprozesse einer Behörde mit zivilgesellschaftliche Hilfe zu optimieren. Dies konnte im Starnberger Fall allerdings nur dann gelingen, wenn die ehrenamtlichen spezielles Wissen und Kontakte anbieten konnten und die Behörde mit seinem Leiter an der Spitze auch bereit war, diese Hilfe anzunehmen um die Prozesse zu optimieren. Im Grunde genommen kann diese Zusammenarbeit im Starnberger Fall als eine Delegation staatlicher Aufgaben an Private verstanden werden wie es in der Geschichte der Bundesrepublik häufig der Fall war. Zivilgesellschaftliche Akteure übernahmen staatliche Aufgaben, optimierten Prozesse und brachten spezielles Know-how ein.

Das Entscheidende aber ist: der Arbeitskreis kann Erfolge vorweisen: insgesamt wurden nach Angaben von beteiligten Akteuren rund 300 Arbeitsplätze eingerichtet. Der Arbeitskreis übernimmt faktisch Aufgaben der Arbeitsagentur, indem er nach Arbeitsplätzen sucht, Unternehmen anspricht und mit dem Jobcenter, der Arbeitsagentur, dem Landratsamt und den Unternehmensverbänden sich regelmäßig trifft und die Strategie der Beschäftigungsförderung bespricht.

Der Arbeitskreis versteht sich sowohl als Dienstleister (Arbeitsvermittler) als auch als Lobbyorganisation. Denn es geht ihm auch darum, den Arbeitsmarkt auch für diejenigen zu öffnen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die weiterhin geduldet werden, weil aus verschiedenen Gründen die Ausreise nicht möglich ist. Möglich ist dies aber nur, weil der Arbeitsmarkt im Landkreis Starnberg und wohl insgesamt im Münchener Umland aufnahmebereit ist. Vielfach sind mangelnde Sprachkenntnisse keine Hürden. Ein wichtiger Aspekt ist aber auch die Betreuung durch den Arbeitskreis, denn dieser ist gegenüber Arbeitgebern aktiv und hilft den Geflüchteten sich bei den neuen Arbeitsgelegenheiten zurechtzufinden.

Allerdings gibt es auch unerfreuliche Aspekte, denn immer wieder kommt es vor, dass Ausbildungsplätze organisiert wurden, die Ausbildungen nicht angetreten werden können, weil

das BAMF den Asylantrag abgelehnt hat. Bei vielen Helferinnen und Helfern staut sich Frust auf, weil damit letztlich auch ihre Glaubwürdigkeit beschädigt wird. Dies kann auch den Rückgang der Helferinnen und Helfern und die Ernüchterung erklären, die sich bei ihnen vielfach breitgemacht hat.

Das alles ist aber nur möglich, weil die Hilfen für Geflüchtete nach dem Patenschaftsmodell organisiert sind. Die Paten kümmern sich um die Geflüchteten, haben vielfach die Arbeitsplätze gefunden und vielfach wird zum Ausdruck gebracht, dass kaum ein Geflüchteter ohne Helferinnen und Helfer auskommt. Der Briefverkehr der Behörden – mit der Ausnahme des Bescheides durch das BAMF – erfolgt nur in deutscher Sprache. Damit sind immer Übersetzer und Erklärer erforderlich, um sich in der komplexen Behördenumwelt zurecht zu finden.

Der Umgang mit Behörden

Die Entwicklung brachte es mit sich, dass mit fortschreitender Zeit die Kontakte mit Behörden intensiver wurden. Es ist auffällig, dass es kaum eine umfassende Klage über Behörden, deren Mitarbeiter und deren Verfahren gibt. Beklagt wird lediglich das Agieren der Ausländerbehörde des Landratsamtes. Mit den anderen Behörden ist der Kontakt und die Kommunikation sehr gut. Dieses Urteil bezieht sich auf das Landratsamt, die Arbeitsagentur, das Jobcenter und auch – mit einigen Vorbehalten – das BAMF. Hier helfen auch wieder die persönlichen Beziehungen, die offensichtlich für viele Lebensbereiche prägend sind. Es sind aber offensichtlich nicht nur diese *face to face*-Beziehungen, sondern auch ein Vertrauen in die Arbeit von Behörden und Verwaltungen, dass aber nicht mehr überall in Deutschland diesem Maße vorhanden ist wie im Landkreis Starnberg.

3.2.2 Bamberg

Der Ort Bamberg besteht aus dem Landkreis Bamberg und der kreisfreien Stadt Bamberg. Der Landkreis, nördlich von Nürnberg im Regierungsbezirk Oberfranken gelegen, besteht aus 36 Gemeinden und hat rund 145.000 Einwohner. Die Stadt Bamberg selbst hat rund 73.000 Einwohner und hat als kreisfreie Stadt eine eigene Verwaltungsstruktur. Das Landratsamt als die Verwaltung des Kreises ist in der Stadt Bamberg angesiedelt, so dass immer auch Überschneidungen und Gemeinsamkeiten gibt. Landkreis und Stadt gehören wie viele Regionen in Bayern zu den prosperierenden. In der Stadt Bamberg hat sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Richtung Vollbeschäftigung bewegt. Der Landkreis Bamberg gehört zu den zehn bayerischen Landkreisen mit den höchsten Zuwächsen beim verfügbaren Einkommen. Beim verfügbaren Einkommen pro Einwohner liegen Stadt und Landkreis Bamberg im Mittelfeld.

In der Stadt Bamberg gibt es noch drei Gemeinschaftsunterkünfte, die von der Stadt betrieben werden. Auch wenn die Wohnungssituation sehr schwierig ist, werden diese nach und nach aufgelöst. In der Stadt Bamberg gibt es etwa 1.000 Geflüchtete mit einer guten Bleibeperspektive.

Auch in Bamberg zeigen sich die Auswirkungen des Programms der bayerischen Staatsregierung: In der Stadt Bamberg wurde eine Freiwilligenkoordinatorenstelle eingerichtet, ein Viertel dieser Stelle ging an den Verein *Freund statt Fremd*, ein Viertel bekam die AWO und die Stadtverwaltung selbst hat die andere Hälfte besetzt. Das mag auf den ersten Blick wenig sein, doch in der Summe dienen diese Stellen dem bürgerschaftlichen Engagement und stärken die zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Freund statt fremd

Der Verein *Freund statt fremd* hat sich als studentische Initiative schon sehr früh 2011 gegründet, zu einer Zeit als kaum auf der politische und gesellschaftlichen Ebene über das Thema Flucht und Migration diskutiert und gestritten wurde. Diese frühe Gründung zeigt aber, dass auf der Ebene der Zivilgesellschaft schon sehr früh dieser Themenkomplex aufgegriffen wurde. Diese frühe Gründung zahlt sich heute aus, weil der Verein inzwischen für dieses Thema der maßgebliche Akteur in Bamberg geworden ist. Die positive Stimmung gegenüber Geflüchteten und die große Aufnahmebereitschaft in Bamberg kann als Verdienst des Vereins *Freund statt fremd* angesehen werden. Der Verein sieht sich nicht nur als Dienstleister, d.h. er organisiert nicht nur die Hilfen für Geflüchtete und koordiniert Ehrenamtliche; er begreift sich auch als politischer Akteur und erhebt seine Stimme zu drängenden Themen. So wird vom Arbeitskreis Politik jeden Montag eine Mahnwache an der Erstaufnahmeeinrichtung organisiert. Dieser Arbeitskreis formuliert auch politische Positionen, die als Empfehlungen an den Verein verstanden werden.

Der Verein hat sich klug in Arbeitskreisen strukturiert. Die Mitglieder des Vereins tragen die basisdemokratische Meinungsbildung in den Arbeitskreisen mit. Hinzu kommt aber ein weiterer wichtiger Aspekt: die Erarbeitung politischer Positionen muss so gestaltet werden, dass die Ergebnisse auch von allen mitgetragen werden können. Einmal im Monat treffen sich die Sprecher der Arbeitskreise und tauschen sich über die anstehenden Aufgaben aus, formulieren gemeinsame Positionen und legen die Aktionsrichtung des Vereins fest. Der Verein hat etwa seit einem Jahr eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle. Das erleichtert die Kommunikation und erhöht die Präsenz.

Der Verein merkt inzwischen auch, dass das Engagement für Geflüchtete zwar etwas erlahmt, aber nach wie vor lebendig ist. Der Verein hat 600 Mitglieder, regelmäßiges Engagement

davon üben 200 bis 300 aus. Es wird aufwändiger, neue Engagierte zu gewinnen. Im Verein habe sich 15 Arbeitskreise (Schule, Sport, Fahrräder, Gesundheit, Bildung, Kommunikation, Patenschaften etc.) gebildet. Es gibt auch einen Arbeitskreis AEO (Aufnahmeeinrichtung Oberfranken). Der Verein betreibt mit diesem Arbeitskreis dort ein Café, ein Spielzimmer für Kinder und bietet Deutschkurse als erste Orientierung an. Hinzu kommt das Angebot an ersten Informationen für Geflüchtete.

Auch für den Verein *Freund statt fremd* wurde deutlich, dass sich die Anforderungen an die Ehrenamtlichen gewandelt haben. Zunehmend werden spezielle Vorkenntnisse nachgefragt: Neben der Unterstützung im Umgang mit Behörden ist es die Wohnungssuche, die Ressourcen bindet. Denn, wie dargestellt, gerade in Bamberg und Umgebung ist der Wohnungsmarkt sehr angespannt, was auch Einheimischen zu schaffen macht.

Neben der Ehrenamtskoordination, der Betreuung neuer Ehrenamtlicher und der Assistenz der Arbeitskreise ist es vor allem das Patenschaftsprogramm, das für die Geflüchtetenhilfe besonders wertvoll ist. Diese Form der Betreuung über Patenschaften hat sich offensichtlich bundesweit durchgesetzt. Der Verein *Freund statt fremd* betreut die Paten, organisiert für sie psychosoziale Betreuung und unterstützt sie mit Informationen. Die Patenschaftskoordination, die von der Aktion Mensch finanziell unterstützt wird, ist eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder des Vereins. Denn mit den Paten werden Kontakte in die Mehrheitsgesellschaft organisiert; die Paten stehen mit dem Job-Center in Kontakt und sie sind beim Umgang mit den Behörden behilflich.

Landratsamt und Stadtverwaltung

Auf der Seite der beiden Behörden, finden sich Mitarbeiter, die deutlich machen, dass die Ehrenamtlichen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine unersetzliche Ressource sind, die besonders gepflegt werden muss. Die beiden Organisationen – Landratsamt und Stadtverwaltung – sind jeweils für die Förderung der Zivilgesellschaft in ihrem Gebiet, Landkreis und Stadt, von entscheidender Bedeutung. Diese Stellen wurden teilweise mit dem Stellenpool der bayerischen Staatsregierung geschaffen. Von der Seite der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Stadt bekommt man die Auskunft, dass die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ausgezeichnet sei und es überhaupt kein Problem sei, sich auf eine gemeinsame Sicht der zu regelnden Dinge zu einigen.

Auch im Landratsamt erkennt man ein starkes Bemühen, die zivilgesellschaftlichen Akteure im Landkreis zu unterstützen. Damit sind nicht nur die Helferkreise, die sich in Folge der steigenden Geflüchtetenzahlen in den Gemeinden des Landkreises gebildet haben, gemeint. Zu diesen zählen auch die Vereine des Sports, der Kultur, die Nachbarschaftsinitiativen und

die weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die Ehrenamtsbeauftragte des Landkreises versteht sich als Bindeglied zwischen dem Landratsamt und den Helferkreisen. Diese sind meistens nachbarschaftlich strukturiert und dies passt auch zur ländlichen Struktur des Landkreises. Ein zentrales Element bei der Funktion des Bindegliedes ist der persönliche Kontakt mit den Helferinnen und Helfern. Über diese persönlichen Beziehungen wird auch „Kälte“, die von administrativen Verfahren ausgeht, abgemildert und ausgeglichen.

Entscheidend ist die Haltung mit der das Landratsamt diesen Akteuren gegenübertritt. Die Ehrenamtsbeauftragte verschanzt sich nicht in der Verwaltung des Landratsamtes und wartet bis die zivilgesellschaftlichen Gruppen mit ihren Anliegen zu ihr kommen. Vielmehr fährt sie zu den Akteuren, besucht ihre Treffen und nimmt an ihren Veranstaltungen teil. Vielfach sind diese am Abend oder an den Wochenenden, weil in der Regel die Ehrenamtlichen wochentags arbeiten und keine Möglichkeiten haben, Sprechstundentermine wahrzunehmen. Ein weiterer, wichtiger psychologischer Aspekt kommt hinzu: mit dieser Strategie wird eine Hierarchiebildung, bei der die zivilgesellschaftlichen Akteure in die Rolle des Bittstellers gedrängt werden, vermieden. Andere warten zu lassen, bedeutet soziale Distanz und eine Hierarchie aufzubauen.

Ein Problem ist hier wie auch an anderen Orten die Unverträglichkeit unterschiedlicher Logiken. Die Helferinnen und Helfer bauen persönliche Bindungen durch ihre Betreuung in Form von Patenschaften und anderen Hilfen auf. Sie besorgen Arbeitsplätze und organisieren Zugänge zum Arbeitsmarkt. Durch die Entscheidungen des BAMF und der Ausländerbehörde werden Enttäuschungen geschaffen, weil eine Abschiebung droht oder eine Arbeitsgelegenheit nicht angetreten werden kann.

Eine Ehrenamtskoordinatorenstelle gibt es auch bei der Stadtverwaltung Bamberg. Der Stelleninhaber ist neben den Ehrenamtlichen auch für Familien und das breite Thema der Integration zuständig. Daneben gibt es auch eine eigene Stelle für die Asylsozialberatung, die in den Gemeinschaftsunterkünften teilweise von der Caritas betrieben wird. Mit der Stelle für die Ehrenamtskoordination wird die Zusammenarbeit mit den Initiativen zur Hilfe für Geflüchtete, vor allem mit *Freund statt fremd* organisiert. Sie dient aber auch der Koordination nach innen, mit den anderen Abteilungen der kommunalen Verwaltung.

Insgesamt beeinflussen die verschiedenen Initiativen das politische Meinungsklima positiv in Richtung einer nach wie vor bestehenden Freundlichkeit gegenüber Geflüchteten in Bamberg. Neben den konkreten Hilfen ist es vor allem die Präsenz in der Stadt und im öffentlichen Meinungsklima, was den politischen Mehrwert der Geflüchteteninitiativen im Bamberg ausmacht. Dazu trägt sicher auch die *Carithek* bei, eine Freiwilligenagentur, die von der Caritas getragen wird. Sie findet sich in zentraler Lage, fußläufig vom Bahnhof und erinnert die

Bewohner Bambergs an die Möglichkeit des ehrenamtlichen Engagements. Die *Carithek* betreibt ein Projekt mit der bayerischen Landesehrenamtsagentur (Lafga)²⁵. Die *Carithek* vermittelt auch Freiwillige sowohl an *Freund statt fremd* als auch an die Wohngruppen für unbegleitete Minderjährige, die von der Caritas in Bamberg betrieben werden. Eine weitere Adresse für die Vermittlung von Freiwilligen ist die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die die Projekte Integrationslotsen und Lesefreunde betreibt. Die *Carithek* versteht sich auch als „Werkstatt für soziale Aktion“ und ist damit ein wichtiger Baustein der zivilgesellschaftlichen Struktur. Sie wird von beiden, dem Landkreis und von der Stadt Bamberg finanziell unterstützt. Die *Carithek* ist daher Bindeglied zwischen Stadt und Landkreis.

Das „Abschiebezentrum“

Bamberg, sowohl die Stadt als auch der Landkreis, weisen eine Besonderheit auf. Es gibt im Bamberg in der ehemaligen US-Kaserne in Osten der Stadt eine Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete. Auf dem Gelände der Kaserne gibt es auch das „Abschiebezentrum“ (offiziell: Ankunfts- und Rückführungseinrichtung oder Aufnahmeeinrichtung Oberfranken, AEO). Gegenwärtig leben dort ca. 1.200 Geflüchtete. In den vergangenen Monaten gab es immer wieder Diskussionen, die Einrichtung zu vergrößern, auf 3.000 bis 4.500 Plätze²⁶. Für viele Helferinnen und Helfer belastend ist das Abschiebezentrum, weil dort die Geflüchteten auf ihre Abschiebung warten. Der Freistaat Bayern verzichtet auf weitere Zuweisung von Geflüchteten an die Stadt, weil dort bereits die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete auf dem Gebiet der Stadt gibt.

Die AEO liegt etwas außerhalb der Stadt und wird von ihren Bewohnerinnen und Bewohnern nicht so richtig wahrgenommen, gleichzeitig gibt es immer wieder Befürchtungen und Halbwahrheiten, die dann als Vermutungen und Gerüchte zirkulieren. Vielfach wird diese Einrichtung als eine Parallelwelt beschrieben, die nahe der Stadt Bamberg existiert, die für ihre liberale und weltoffene Haltung bekannt ist. Im Sommer 2017 gab es regelmäßig am Montag eine Mahnwache gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Der Verein *Freund statt fremd* betreibt dort zwei Wohnungen, in denen Geflüchtete betreut werden. In einer Wohnung wird ein Café betrieben, in der anderen gibt es ein Spielzimmer für die Kinder. Da das Gelände eingezäunt ist, kann niemand ohne Ausweis hinein, auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nicht. Sie können sich auf dem Gelände auch nicht frei bewegen, sondern nur in den Räumen, die sie für ihre Unterstützung der Geflüchteten bekommen haben.

²⁵ <http://www.lagfa-bayern.de/projekte-der-lagfa/iteinander-leben-ehrenamt-verbindet/>, 12.12.2017

²⁶ Der Ausbau auf diese Zahl ist inzwischen nahezu abgeschlossen:
<http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/inhalt/ausbau-aufnahmeeinrichtung-fuer-fluechtlige-bamberg-100.html>, 27. 07.2017

Die AEO ist auch immer wieder Quelle von Konflikten, weil dort vor allem Geflüchtete aus Bayern zusammengezogen werden, die abgeschoben werden sollen.²⁷ Es kommt zu einer höheren Kriminalitätsbelastung und entsprechenden Berichten in den Medien.

Die AEO bleibt weiter in der Diskussion, weil sich die beiden Unionsparteien (CDU und CSU) darauf geeinigt haben, mit solchen Einrichtungen das Thema Geflüchtete zu bearbeiten: alle Geflüchtete sollen in einer solchen Einrichtung untergebracht werden, dort auf die Entscheidung des BAMF warten und dann, je nach Ausgang, entweder auf die Kommunen verteilt oder abgeschoben werden.

Für zivilgesellschaftliche Akteure sind solche Einrichtungen aus mehreren Gründen problematisch. Der Zugang zu den Geflüchteten wird durch den Staat kontrolliert, die Einrichtungen haben Kasernencharakter und mit den Geflüchteten ist kaum ein normaler Kontakt möglich, weil immer auch die Abschiebung drohen kann.

Themen

Die großen und vordringlichen Themen in Bamberg sind Arbeitsmarktzugänge, das Abschiebezentrum und der angespannte Wohnungsmarkt. Für viele Bamberger, sowohl in der Stadt als auch in den stadtnahen Gemeinden gibt es einen zentralen Mangel: es gibt zu wenig bezahlbare Wohnungen. Mit den Geflüchteten hat sich die Konkurrenz um das knappe Gut Wohnraum noch einmal verschärft.

Ein weiterer Gegenstand von Kontroversen und Befürchtungen ist Aufnahmeeinrichtung oder Abschiebezentrum in den ehemaligen US-Kasernen. Einerseits ist der Ort relativ von der alltäglichen Wahrnehmung der Stadtbewohner abgetrennt (die Durchschnittsbürger bekommen wenig davon mit) andererseits wird der Ort über die mediale Berichterstattung - meist zum Thema Kriminalität doch wahrgenommen.

Etwas entspannter geht es beim Thema Arbeitsmarkt zu: viele berichten von guten Möglichkeiten für die Geflüchteten in Arbeit zu kommen oder einen Ausbildungsplatz antreten zu können. Die Bedingungen auf der ökonomischen Seite sind günstig, weil in der Region Bamberg nahezu Vollbeschäftigung herrscht und Arbeitskräfte nachgefragt werden. Etwas anders sieht es auf der Seite der Geflüchteten aus: bei vielen bestehen Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Teil sind es die mangelnden Sprachkenntnisse, es sind aber auch Arbeitsverbote, weil der Aufenthalt nicht gestattet wurde oder der Mitwirkungspflicht bei einer Ausreise nicht nachgekommen wurde. Generell wurde aber das Beschäftigungsverbot auf drei Monate reduziert.

²⁷ In Manching bei Ingolstadt gibt es eine vergleichbare Einrichtung.

3.3 Brandenburg

Im Land Brandenburg lebten zum Stichtag 31. Dezember 2015 2.484.826 Menschen auf einer Fläche von 29.654,4 km²²⁸. Dies führt zu einer Bevölkerungsdichte von knapp 84 Einwohnern pro km²²⁹. Im Vergleich: in Berlin lebten zum gleichen Stichtag gut 3,5 Mio. Einwohner auf knapp 892 km², was zu einer Bevölkerungsdichte von über 3.900 Einwohner / km² führt. Brandenburg gehört zu den neuen Bundesländern, die seit der Wiedervereinigung Bevölkerung verloren haben – dies gilt im Besonderen für die Regionen, die nicht dem Speckgürtel Berlins zuzurechnen sind. Hinzu kommen im Zuge des demografischen Wandels Tendenzen der Überalterung.

Das Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 68,5 Mrd. EUR und die Arbeitslosenquote bei 7,1 %²⁹. An vielen Orten ist dabei von einem zunehmend spürbaren Fachkräftemangel die Rede.

Gemäß dem Königsteiner Schlüssel muss Brandenburg 3,06 % der Asylsuchenden aufnehmen. In Personenzahlen bedeutet dies für das Jahr 2015 über 28.000 Menschen, die in Brandenburg aufgenommen wurden³⁰. Mit Stand September 2016 waren es rund 23.300 Asylsuchende, die in den Kommunen Brandenburgs zu verzeichnen waren, von denen knapp 11.800 in Gemeinschaftsunterkünften und über 5.300 in Wohnungsverbänden untergebracht waren. Weitere gut 5.600 Menschen waren in Übergangswohnungen untergebracht. Bis zum August 2016 wurden 7.575 Asylsuchende in den Kommunen Brandenburgs aufgenommen³¹.

Seitens des Landes Brandenburg wurden unterschiedliche Schritte unternommen, um die Ankunft der Geflüchteten menschenwürdig zu gestalten und die Landkreise und Kommunen zu entlasten. Im Jahr 2015 wurde durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (MASGF) eine „Koordinierungsstelle zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchender und Flüchtlingen“ eingerichtet. Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden können sich in allen geflüchtetenpolitischen Fragen an diese Stelle ebenso wenden, wie auch Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Spitzenverbände, Wohlfahrtsverbände und Initiativen. Zusätzlich wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe „Integration“, etabliert, u.a., um die Kommunikationswege zu optimieren³². Zusätzlich wurde im Mai 2017 der Landesintegrationsrat mit 34 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und der Zivilgesellschaft neu konstituiert³³.

²⁸ vgl. Amt für Statistik Berlin Brandenburg

²⁹ vgl. Fachkräfteportal Brandenburg

³⁰ vgl. MASGF 2016: 5

³¹ vgl. MASGF 2016: 9f

³² vgl. MASGF 2017b

³³ vgl. MASGF 2017a

Das neue Landesaufnahmegesetz vom 1. April 2016 regelt dabei die finanzielle Unterstützung der Kommunen³⁴. Im Jahr 2015 hat das Land Brandenburg 128,7 Mio. EUR für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden aufgebracht³⁵.

Zum Teil werden Förderprogrammatiken an die aktuellen Herausforderungen angepasst. So werden Mittel aus „Stadtumbau Ost“³⁶ genutzt, um Wohnungen zu sanieren³⁷. Dies hat sich in den Interviews widerspiegelt.

Auch in Brandenburg wird das Erlernen der deutschen Sprache als Schlüssel zur Integration gesehen. Entsprechend wird landesweit für die Menschen ein Angebot geschaffen, die deutsche Sprache zu erlernen, insbesondere für die diejenigen, die nach dem Aufenthaltsgesetz, nicht von der Förderung des Bundes an Integrationskursen teilnehmen dürfen. Mit diesem freiwilligen Angebot gilt Brandenburg als Vorreiter. Die Mittel hierfür werden aus dem Europäischen Sozialfonds gespeist³⁸.

Um die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer zu unterstützen, wurde im September 2016 durch das MASGF u.a. die Broschüre „Unterstützung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“ bereitgestellt. In den Interviews zeigt sich, dass sich die Ehrenamtlichen aber gerade von der Landesebene sehr weit entfernt sehen. Mehrfach wird davon berichtet, dass insbesondere im Innenministerium Entscheidungen getroffen werden, die für die lokalen Akteure nicht nachvollziehbar sind. So ist es u.a. vorgekommen, dass eine Abschiebung gegen die einstimmige Entscheidung der Härtefallkommission vorgenommen wurde.

3.3.1 Gransee

Das Amt Gransee³⁹ liegt etwa 70 km nördlich von Berlin und gehört zu dem Landkreis Oberhavel. Die Hauptstadt ist mit einer direkten Verbindung innerhalb von 45 Minuten erreichbar. Der Kern Gransees verfügt über eine historische Altstadt und dort leben gut 4.000 Menschen. In Gransee und seinen Ortsteilen leben knapp 6.000 Menschen.⁴⁰

³⁴ vgl. MASGF 2016: 11

³⁵ vgl. MASGF 2016: 12

³⁶ Das Programm Stadtumbau war ursprünglich ein Programm der Städtebauförderung, durch das neben Aufwertungsaufnahmen auch der Abriss von Gebäuden gefördert wurde und / oder wird.

³⁷ vgl. MASGF 2016: 13

³⁸ vgl. MASGF 2016: 15

³⁹ Mit dem Begriff Amt wird eine kommunale Körperschaft des öffentlichen Rechts in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bezeichnet. Ein Amt besteht aus mehreren Gemeinden, die eine gemeinsame Verwaltung haben. In Brandenburg ist normalerweise ein hauptamtlicher Amtsdirektor Leiter des Amtes.

⁴⁰ Vgl.: <https://www.gransee.de/seite/1176/statistiken.html>, 16.09.2017

Dabei ist es eine Besonderheit, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausfüllen, zumal es in Brandenburg Städte dieser Größenordnung mit hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gibt. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Konstellation im Zuge einer nächsten Gemeindereform auflöst. Der Bürgermeister von Gransee und sein Stellvertreter sind auch in der Geflüchtetenhilfe aktiv. Das wird als positives und hilfreiches Signal empfunden, weil sich dies auch durch eine Unterstützung aus der Verwaltung widerspiegelt. So wird die Unterstützung der Geflüchteten auch als Lernprozess für die Menschen vor Ort beschrieben: Die Menschen machen den Eindruck, als ob sie gelernt hätten: wenn sie etwas verändern oder bewirken wollen, dann müssen sie ihren Beitrag dazu leisten. Viele haben erkannt, dass nicht die Politik allein Ideen zu äußern hat. Viele mussten erst lernen, dass Gemeinschaft nicht durch den Staat initiiert wird, sondern dass man das auch selber in die Hand nehmen kann. Es wird auf Orte hingewiesen, in denen der Kern des Engagements von denen getragen wird, die aus den alten Bundesländern zugezogen sind.

Wie viele Städte Brandenburgs war die Stadt in den letzten Jahren eher durch Abwanderung und Überalterung geprägt. In der Zuwanderung von Geflüchteten wird eine realistische Chance gesehen, diese Entwicklungen umzudrehen. In dem Übergangwohnheim gibt es gut 100 Plätze. Das Heim war zwischenzeitlich überfüllt. Aktuell sind ungefähr 160 Geflüchtete in der Stadt, darunter sind recht viele Familien. Das Gros der Geflüchteten ist anerkannt. Es gibt aber auch Fälle, die unklar sind, bzw. die noch im Verfahren sind.

Das kommunale Wohnungsunternehmen wird als guter Partner bezeichnet, so dass inzwischen, insbesondere die Familien, dezentral untergebracht werden konnten. Dafür gibt es im kommunalen Bestand kaum noch Leerstand. Etwa 120 Personen wohnen in Wohnungen und etwa 45 in der Gemeinschaftsunterkunft. Anfangs kamen viele Geflüchtete auf dem Balkan und Albanien, die aber bereits wieder abgeschoben wurden. Eine Gruppe afrikanischer Männer ist bereits seit 2015 vor Ort. Ansonsten bilden Syrer und Pakistani die Hauptgruppe.

Wie auch an anderen Orten, ist die Zahl der neu ankommenden deutlich zurückgegangen, allerdings kommen wohl immer wieder Menschen aus anderen Unterkunftsorten, die sich wegen Freunden oder der Familie für Gransee entscheiden. Zwar haben auch einige der Geflüchteten Gransee wieder verlassen, aber insgesamt ist aktuell eher von einem Zuzug als von einer Abwanderung die Rede.

Die Größe Gransees wird für das Miteinander als sehr konstruktiv beschrieben. Zwar gibt es keine gesamtstädtischen Strukturen zur Integration Geflüchteter, aber natürlich findet ein Austausch zwischen den Aktiven – wie der Kirche und der Initiative *Willkommen in Gransee* – statt.

Willkommen in Gransee

Im Oktober 2013 wurde durch den Landrat informiert, dass in Gransee ein Heim zur Unterbringung von Geflüchteten entstehen soll. Bei der Informationsveranstaltung waren auch Abwehr und Befürchtungen aller Art durch die anwesenden Bürgerinnen und Bürger spürbar, bis hin zu einer Bürgerinitiative, die anfangs sich gegen den Standort stark zu machen. Daraufhin hat eine Gruppe von – primär – Bürgerinnen überlegt, dass es auch Leute geben muss, die die Geflüchteten willkommen heißen. Hierzu hat man sich zunächst informiert, wie dies anderswo läuft und schließlich im Januar 2014 gezielt Vertreter der Stadt, Schulen, Kindergärten etc. eingeladen. Der Einladung sind etwa 70 Personen gefolgt und diese haben viele gute Ideen zusammengetragen. Die Initiatoren waren der Meinung, dass man reagieren muss, zumal zusehends Gerüchte im Raum standen (Sicherheit, Wertverlust etc.). Letztendlich war diese Zusammenkunft der Startschuss für die Willkommensinitiative.

Neben der Initiative *Willkommen in Gransee* werden auch durch die Kirchengemeinde Geflüchtete begleitet und in die Gemeinde integriert. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur, für diejenigen, die Kirchenasyl erbeten haben. Eine größere Gruppe kommt hier aus dem Iran. Man tauscht sich zwar aus, aber es gibt keine strukturelle Verknüpfung zwischen der Gemeinde und der Initiative. So ist Kirche vor Ort eine von mehreren Initiativen – aber sie wird nicht dominierend wahrgenommen. Dies ist sicher auch der speziellen Situation in Ostdeutschland geschuldet – tradierte Verbandstrukturen gibt es nicht. Eine Träger wie das Deutsche Rote Kreuz ist mit Kleider- und Möbelkammern oder Tafeln fast präsenter. Die Kirche ist Ansprechpartner oder kann Räume und Infrastruktur zur Verfügung stellen. Beispielsweise werden die Gelder der Initiative von der Kirche (nicht der Gemeinde) verwaltet, da die Initiative keinen rechtlichen Status hat.

Inzwischen gibt es bei *Willkommen in Gransee* eine Sprechergruppe, bestehend aus etwa zehn Leuten, die sich aktuell alle 14 Tage trifft. Zu Beginn war die Gruppe der Teilnehmenden größer, aber die Struktur mit der Sprechergruppe hat sich bewährt. Wie groß die Gruppe der Engagierten insgesamt ist, lässt sich nicht genau sagen. Die Aktiven variieren etwas, aber die eigentliche Anzahl hat sich nicht verändert. Bedauert wird allerdings, dass sich tendenziell eher ältere Menschen engagieren, dabei ist es ja gerade auch für die jungen Geflüchteten interessanter, die neu erworbenen Sprachkenntnisse mit Gleichaltrigen zu vertiefen. Kontakte zum Jugendclub und zum Sportvereine wurden aufgenommen, allerdings nicht mit dem erhofften Erfolg.

Die Aspekte der Ersthilfe, wie Essen und Kleidung, waren bereits zu Beginn nicht der Kern des Engagements der Willkommensinitiative. Zwar wurden bei ihnen auch Kleiderspenden

abgegeben, sie sind aber schnell dazu übergegangen, diese an die Kleiderkammer des Deutschen Roten Kreuzes zu übergeben.

Zunächst einmal war es der Gruppe wichtig „einen Ort“ zu haben (s.u.) und diesen auch mit Leben zu füllen. Die Initiative hat sich von Anfang an u.a. darum gekümmert, dass rund 2/3 der Menschen inzwischen dezentral in Gransee untergebracht sind, zumal viele signalisiert haben, dass sie in Gransee bleiben wollen. Zwar sind auch einige noch in einer unsicheren Situation, aber auch diese haben in Zusammenarbeit mit der Granseer Wohnungsbaugesellschaft eine Wohnung bekommen. Dabei haben die Aktiven von *Willkommen in Gransee* versucht, einen Überblick zu behalten, wer wo wohnt und diese, so gut es geht, mit Paten zu versorgen, so dass es zu fast allen einen mehr oder weniger guten Kontakt gibt, auch wenn die Informations-Weitergabe schwieriger geworden ist. Zu Beginn bestand der Anspruch, jeden Geflüchteten einzeln zu begrüßen und mit einer Patenschaft zu unterstützen. Im Moment gibt es ungefähr 20 Paten, die aber z.T. mehr als eine Familie betreuen, so wird der Patenschaftsansatz auch als das „Herz der Arbeit“ beschrieben. Zunächst ging es eher um die Begleitung bei Behördengänge, inzwischen findet hier richtige Integration statt, wobei der Spracherwerb immer wieder als Kern der Integration verstanden wird.

Unter den Geflüchteten vor Ort gibt es viele Familien mit Kindern. So bemüht sich die Initiative sehr um Angebote für Frauen, wie Sprachkurse, zu denen parallel eine Kinderbetreuung angeboten wird. Allgemein wird die Spendenbereitschaft, gerade auch für Spielzeug, als groß beschrieben. So gibt es beispielsweise für jedes Kind immer ein entsprechendes Weihnachtsgeschenk.

Vor dem Hintergrund, dass mit dem Bezug einer Wohnung auch Möbel gebraucht werden, verfügt die Initiative inzwischen über ein eigenes Möbellager. Hierfür ist eine Person fast täglich ehrenamtlich aktiv, indem er Möbel sichtet und sie mit seinem Privatauto auch transportiert. Damit haben sich die Aktivitäten im Vergleich zur Anfangszeit durchaus verlagert.

Doch dieses Tätigkeits-Verständnis musste sich auch erst entwickeln. Anfangs hat man noch bei der Kreisverwaltung bzw. dem Landkreis angefragt, wie man denn helfen könne. Dort wurde ihnen vermittelt, man müsse sich nicht kümmern, das würde schon seitens der Verwaltung übernommen.

Diese Meinung wird heute nicht mehr unbedingt von den Engagierten geteilt. So scheint z.B. die Integration in den Arbeitsmarkt grundsätzlich schwierig, ohne patenschaftliche Begleitung aber fast unmöglich, obwohl etliche Betriebe vor Ort Personal suchen. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass freie Stellen und Personen auch nicht immer zusammenpassen. Die langen Wartezeiten (Asylverfahren, Teilnahme an einem Sprachkurs, Arbeitssuche etc.) führen ins-

besondere bei den jungen Männern zu Zukunftsangst und Frust und damit zu zusätzlichen psychischen Problemen. Die Initiative hat entsprechend auch schon geholfen, einen Zugang zu Psychiatern, einschließlich eines entsprechenden Dolmetschers, zu organisieren. Damit sind die Aktivitäten in der Tat anspruchsvoll und vielschichtig. Indem die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative einen Schlüssel zu erfolgreicher Willkommenskultur und zur Integration darin sehen, dass sie in die Heime gehen, richten die Geflüchteten ihre Fragen zu Schreiben oder Anträgen auch mittelfristig an die Initiativen, obwohl in den einzelnen Einrichtungen Sozialarbeiter sitzen.

Das Image der Initiative ist gut. In ihr sind unterschiedliche Menschen aktiv, z.T. auch aus der Verwaltung und Politik. Sie hat sich ein entsprechendes Netzwerk aufgebaut. So werden auch Kommunikation und Austausch mit der lokalen Verwaltung als sehr positiv dargestellt. Die Verwaltung unterstützt u.a. mit der wohlwollenden Bearbeitung und Abwicklung von Förderanträgen, die die Initiative *Willkommen in Gransee* unterstützen.

Ein Ort vor Ort

Als wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Initiative seit drei Jahren so stabil ist, wird der vorhandene Ort der Begegnung gesehen. Das ehemalige leerstehende Spital wurde der Initiative bereits im März 2015 zur Verfügung gestellt und im Kern von der Stadt hergerichtet. Das war für die kleine Stadt mit angespanntem Haushalt nicht ganz einfach, aber die Idee der Initiative ist schnell auf großes Entgegenkommen gestoßen. Es haben aber auch 70-80 Ehrenamtliche bei der Sanierung des Gebäudes mitgewirkt. Ein italienisches Restaurant und ein Bäcker haben sich um das leibliche Wohl gekümmert. Auch die Möbel und Inneneinrichtung wurden mit viel Engagement bereitgestellt. Der Aufruf zum Mitmachen erfolgte auch über das Amt Gransee. Hier konnten vorhandene Verteiler genutzt werden.

Zu Anfang gab es jede Woche ein Treffen in dem Haus. Gemeinsames Kochen und Essen ist bis heute eine attraktive Gelegenheit für das Zusammentreffen von Geflüchteten und Engagierten. Bei den so genannten bunten Abenden ist immer ein Land „verantwortlich“, aber auch immer ein Deutscher dabei. Inzwischen finden diese Runden monatlich statt und in der Regel kommen rund 50 Leute Personen, darunter viele Einwohner des Ortes Gransee. Allerdings war der Kreis zu Beginn etwas größer.

Heute wird das Haus auch für private Feiern der Geflüchteten genutzt. Auch die Sprachkurse und andere Angebote finden dort statt.

3.3.2 Forst

Die Stadt Forst ist Kreisstadt des Landkreises Spree-Neiße. Im Süd-Osten des Landes Brandenburg grenzt die Stadt unmittelbar an Polen. Aktuell leben knapp 19.000 Menschen in der Stadt.⁴¹ 25 Jahre vorher waren es noch etwa 25.000 Einwohner⁴². Die Stadtgröße und Überschaubarkeit wird mehrfach als Vorteil benannt.

Durch die Funktion als Kreisstadt ist auch das Landratsamt in der Stadt angesiedelt. Das machte die Wege und Ansprechbarkeit kürzer. Die Ausländerbehörde wurde hingegen im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit in der (noch) kreisfreie Stadt Cottbus angesiedelt. Auch wenn es eine Außenstelle in Forst gibt, ist sie damit nicht dem Landratsamt zugeordnet.

Nachdem im Landratsamt – gerade zu Beginn – immer wieder gefragt wurde, wie viele Geflüchtete denn nun tatsächlich vor Ort sind, werden die aktuellen Zahlen inzwischen regelmäßig im Amtsblatt veröffentlicht. Dort lässt sich nachlesen, dass sich zum Zeitpunkt der Gespräche im Juni 2017 267 Menschen im Asylverfahren befanden und 92 einen Aufenthaltstitel hatten. Dabei handelte es sich vielfach um afghanische und syrische Familien.

Früher hatte Forst als einzige Stadt im Landkreis eine Geflüchtetenunterkunft. Wenn die Leute von der Erstaufnahme in den Landkreis zugewiesen wurden, sind sie dort in Forst auch erst einmal geblieben. Eine Umverteilung auf andere Gemeinden des Landkreises findet erst seit etwa 2 Jahren statt. Damit haben Guben und Spremberg – zwei andere Orte im Landkreis – inzwischen mehr Familien dezentral untergebracht, weil die kommunalen Wohnungsunternehmen entsprechende Bestände hatten. Vor dem Hintergrund, dass Forst traditionell als recht „linke“ Stadt beschrieben wird, in der eine vergleichsweise hohe Akzeptanz gegenüber Geflüchteten spürbar ist, werden damit aber auch Probleme deutlich: auch wenn Spremberg und Guben ebenfalls aktive und rege Helfergruppen haben, wird dort die Stimmung weniger erfreulich wahrgenommen.

Somit hat Forst das einzige Geflüchtetenetzwerk im Landkreis das nur durch ehrenamtliches Engagement getragen wird. An anderen Orten gibt es immer jemanden aus der Verwaltung, der das Netzwerk begleitet. In Forst ist ganz viel nur über das Ehrenamt gelaufen, auch dies sei traditionell so, heißt es in den Gesprächen.

Allerdings gibt es Forst eine Stadtteilmanagerin. Sie war bereits vor den steigenden Geflüchtetenzahlen im Rahmen unterschiedlicher Förderprogramme für die Stadt tätig. Dabei ist sie bei der DSK⁴³, einer Gesellschaft, die lange Erfahrung u.a. in der Beratung von Kommunen

⁴¹ http://www.forst-lausitz.de/sixcms/list.php?page=seite_zahlen_allg, 16.09.2017

⁴² vgl. ebd.

⁴³ Weitere Informationen sind auf der Website der DSK zu finden: <https://dsk-gmbh.de/>

bei stadtentwicklungsrelevanten Fragestellungen hat, angestellt. Von vielen wird sie als Bindeglied zu den unterschiedlichen Akteursgruppen (Stadt, Zivilgesellschaft und Wirtschaft) wahrgenommen. In ihrer Funktion bringt sie auch eine gewisse „Neutralität“ mit sich, da sie keiner der drei Gruppen eindeutig zuzuordnen ist.

Eine weitere personelle Besonderheit mag in Forst die Integrationsbeauftragte im Landratsamt sein. Erst vor wenigen Jahren ist sie von einem kirchlichen Träger in diese Stelle gewechselt, sie kennt Engpässe, Nöte, aber auch Möglichkeiten der Träger und des Ehrenamtes sehr gut und kann hier eine vermittelnde und aufsuchende Rolle einnehmen.

Diese Konstellation relativiert womöglich, dass seitens der kommunalen Verwaltungsspitze krankheitsbedingt aktuell keine treibende Kraft vorhanden ist.

Die Forster Brücke

Die *Forster Brücke* gibt es bereits seit 2013. Der konkrete Anlass war der jährlich stattfindende ökumenische Weltgebetstag der Frauen. Damals war das Thema „Leben mit Migrantinnen“ nach dem Bibelzitat „Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen.“ aus dem Matthäusevangelium. Ein Kreis von Frauen wollte daraus mehr machen als einen Gottesdienst und das auch in die Tat umsetzen. Anfangs hat sich ein Kreis von fünf bis sechs Frauen in einem „Kreis zur Unterstützung der Flüchtlingsberatung“ zusammengetan, und haben in Geflüchtetenunterkünften einen Nachmittag pro Woche ihre Hilfe angeboten. Trotz der kirchlichen Unterstützung (Räume, Flyer die gedruckt worden, Kontoführung, geistliche Unterstützung), bestand zu Beginn der Aktivitäten keinerlei Erfahrungen mit der rechtlichen Lage und geltenden Vorschriften. Heute sieht dies anders aus. Der harte Kern von 15-20 Engagierten – oft Akademiker im Ruhestand – trifft sich ca. alle vier Wochen und tauscht Erfahrungen und Informationen aus. 2015 kamen klar und sichtbar mehr Geflüchtete. Für die *Forster Brücke* hat sich aber von der Struktur her dadurch nicht viel geändert. Die Gruppe ist heute recht konstant, trifft sich aber etwas seltener als in der Anfangszeit. Patenschaften – vor allem für Familien in dezentraler Unterbringung – sind ein zentraler Baustein, der auch viel Zeit bindet, da es weitaus schwieriger scheint, die Menschen dezentral abzuholen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei auch den Kindern. Die Schul- oder Hortanmeldung, Klärung von Essen oder auch Essensgeld, Hausaufgabenhilfe, erste Arztbesuche etc. brauchen eine intensive Begleitung. Gerade im Bildungssystem werden vor Ort große Lücken gesehen, zumal durch einen Lehrermangel ohnehin schon Probleme und Engpässe in den Schulen spürbar sind.

In dem Heim in Forst leben fast nur noch junge Männer. Die Zustände werden für Familien und alleinstehende Frauen als schwierig beschrieben. Weil es Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort gibt, fühlt sich die Forster Brücke hier nicht mehr so sehr in der Verantwortung. Neben den Patenschaften bietet sie beispielsweise Sprachkurse – gerade auch für

Frauen mit kleinen Kindern – an. Sprache wird auch hier als Schlüssel zur Integration verstanden und die vielen Analphabeten werden als großes Problem wahrgenommen. Ähnlich wie in Gransee verstehen sich die Akteure eher als Vermittler: Anstatt in der akuten Phase 2015 Kleidersäcke zu sammeln, haben sie den Geflüchteten vermittelt, wo sie Kleider bekommen. Statt einer Kinderferien-Betreuung vermitteln sie die Kinder in das Ferienprogramm. Statt jedes Mal bei Krankenhaus-Besuchen dabei zu sein, verteilen sie ein Piktogramm-Leitfaden der darüber informiert, was zu beachten ist. Damit ist es trotzdem vor allem die Nähe zu den Menschen, die die *Forster Brücke* ausmacht.

Dabei gibt es durchaus „Spezialisierungen“: Einzelne Personen kümmern sich besonders um die Geflüchteten, die auf das Land oder in die umliegenden Kleinstädte gezogen sind. Andere um bestimmte Nationalitäten. Wieder andere setzen ihr berufliches Wissen ein – so sind auch Mitarbeiter aus dem Landratsamt ehrenamtlich engagiert. Oder aber es erfolgt eine besondere Betreuung der Personen, die Kirchasyl beantragt haben. Schließlich sind Traumata und deren Behandlung ein großes, schwieriges und zeitaufwändiges Thema.

Dabei fühlen sich die Aktiven vom Landrat und Landratsamt ernst genommen. Auch wenn es in der Stadt krankheitsbedingt keinen Ansprechpartner in der Stadtspitze gibt, sind die Kontakte z.B. zum Schulamt gut. Durch die Integrationsbeauftragte beim Landkreis sowie die Stadtteilmanagerin, gibt es aber kompetente Ansprechpartner. Sicherlich wäre mehr Hilfe von oben immer wünschenswert, den Aktiven ist aber auch bewusst, dass es für ihre Arbeit an der Basis „ganz normale Menschen“ braucht.

Das Flüchtlingsnetzwerk

Auf den ersten Blick könnte man meinen, es gäbe in Forst durch das *Flüchtlingsnetzwerk* eine Art „Parallel-Struktur“. So gab es zum Beginn auch kurz Abgrenzungsprobleme, die sich aber schnell klären ließen, zumal letztlich alle in eine Richtung arbeiten. So hat sich die *Forster Brücke* deutlich vor dem Netzwerk gebildet. Die Arbeit zeichnet sich – wie dargestellt – dadurch aus, dass die *Forster Brücke* in den Heimen, aber auch in den Wohnungen aktiv ist, Patenschaften eingeht und dazu sehr auf Frauen und Kinder ausgerichtet ist.

Das *Flüchtlingsnetzwerk* hingegen ist eine Art Plattform bei der sich alle vor Ort, die mit Geflüchteten zu tun haben, austauschen können. Entsprechend sind in dem Netzwerk recht konstant über 40 Partnerinnen und Partner, wie ein pensionierter Polizist, die Integrationsbeauftragte oder der Beauftragte für Schule, Bildung und Kultur, aktiv. Auch die VHS ist vertreten, freikirchliche Gemeinden, Streetworker, die Jugendsozialarbeit machen, aber z.B. auch das DRK, die Stadtwerke und Unternehmen. Manche wollen informiert sein, andere sich auch einbringen. Trotz der kleinstädtischen Überschaubarkeit ergeben sich hier auch neue

Kontakte und Partnerschaften. Damit wird die Tätigkeit nicht nur als Arbeit mit den Geflüchteten verstanden, sondern auch als positiv für die Vernetzung der Stadtgesellschaft wahrgenommen. Außerdem lässt sich die Tätigkeit so positiv platzieren und kommunizieren: es geht nicht nur um die Geflüchteten, sondern um Menschen, die sich im Interesse ihrer Stadt engagieren wollen. Neben diesem positiven Nebeneffekt geht es vor allem um Erfahrungsaustausch und fachliche Informationen. Die Arbeit mit den Menschen wird hingegen eher bei der *Forster Brücke* gesehen.

Anfangs haben die Treffen in großen Runden mit 30-40 Personen stattgefunden. Das war sehr zeitintensiv, weil jeder „kurz“ berichtet hat. Dann wurde eine Zeitlang mit Tagesordnung gearbeitet und Geflüchtete wurden einbezogen, diese Runden wurden dann z.T. dreisprachig durchgeführt – auch das hat viel Zeit gekostet. Inzwischen gibt es ein Gremium, bestehend aus acht Personen, die sich etwa alle zwei Monate treffen und Vorabsprachen treffen und die größeren Netzwerktreffen (etwa dreimal im Jahr) vorbereiten.

Das Netzwerk hat seine Tätigkeit begonnen, nachdem die Stadtteilmanagerin für den Bereich der Stadtentwicklung alle Aktivitäten zusammengetragen hatte, die sich im Bereich der Arbeit mit Geflüchteten bewegen. Anstoß war u.a., dass durch die Schulen signalisiert wurde, dass es Probleme gibt. Die Akteure haben sich 2014 erstmals getroffen und es zeigte sich, dass Austauschbedarf besteht. Hilfreich sind in der Tat die Kontakte, die über das Netzwerk aktiviert werden können, wie zu den Sportvereinen, zu den Schulen oder auch zu Unternehmen und zur Verwaltung. Dabei lässt sich auch auf den Netzwerk-Strukturen aufbauen, die im Zuge unterschiedlicher Förderprogramme entstanden sind.

Seitens des *Flüchtlingsnetzwerkes* wird zwar von einer guten Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und IHK sowie dem Jobcenter gesprochen, aber auch von vielen Problemen in diesem Bereich. Durch unterschiedliche Qualifikationen und die unsichere Situation einiger Geflüchteter hinsichtlich ihrer Bleibeperspektive gibt es Enttäuschungen auf beiden Seiten, die zusehends zur Resignation führen können.

Durch eine Ansprechpartnerin wird die Situation und Stimmung so zusammengefasst: „Man muss manches akzeptieren, auch wenn man es nicht versteht.“

4. Ergebnisse

1. Kontinuität der Gruppen

An keinem Ort hat sich eine zivilgesellschaftliche Helfergruppe aufgelöst oder ihr Engagement eingestellt. An allen Orten ist eine bemerkenswerte Kontinuität anzutreffen. Die Grup-

pengrößen haben sich etwas verringert, einige Personen sind abgesprungen. Es ist nicht leicht, neue Engagierte zu gewinnen, doch der große Teil der zivilgesellschaftlichen Gruppen bleiben aktiv und dies nun seit vielfach 2 Jahren – und länger.

Aus der Engagementforschung ist das Thema der Engagementzyklen bekannt: nach einer Phase des Engagements, der intensiven Auseinandersetzung mit öffentlichen Angelegenheiten erfolgt oft der Rückzug ins Private und der individuellen Wohlfahrt wird mehr Bedeutung zugemessen⁴⁴. Dieser Zyklus von Engagement und Enttäuschung ist bei den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen nicht zu beobachten⁴⁵. Ein leichter Rückzug ist festzustellen, begründet wird er u.a. durch die Belastung der Engagierten, zum einen in der Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Geflüchteten, zum anderen durch die Enttäuschung und die Trauer um Menschen, wenn diese dann doch abgeschoben werden. Es gibt zwar kein Wachstum mehr, doch nach wie vor sind die Gruppen vorhanden. Einige klagen, dass sie keine weiteren Engagierten mehr finden. Offensichtlich ist das Reservoir an Engagementbereiten ausgeschöpft.

Die wichtige Erkenntnis ist aber die Stabilität der Gruppen. Dies bedeutet auch, dass das Engagement für Geflüchtete nicht mit dem Muster der Katastrophenhilfe erklärt werden kann. Vielmehr ist von einem dauerhaften Engagement auszugehen und nicht von einer punktuellen Hilfe, bei der sich die Gruppe dann wieder zerstreut. Diese Dauerhaftigkeit zeigt, dass inzwischen eine stabile Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Gruppen überall in der Bundesrepublik entstanden ist. Die Zivilgesellschaft ist kein Phänomen von Städten, vielmehr finden sich diese Gruppen auch auf dem Land, in kleinen Gemeinden und Ortsteilen. Allerdings gestaltet sich das Engagement in ländlichen Räumen etwas anders, bedingt auch durch eine größere Nähe, kurze Weg und die Bedeutung von Nachbarschaft.

2. Wandel und Transformation der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen

Die Stabilität der Gruppen bedeutet aber nicht, dass sie einfach präsent geblieben sind. Sie konnten diese Stabilität nur erreichen, weil sie sich verändert und transformiert haben. Fast alle Gruppen haben sich den neuen Anforderungen angepasst, mussten Lernprozesse durchlaufen, haben sich neu und besser organisiert sowie qualifiziert und sind aus dem fluiden Anfangsstadium herausgetreten, indem sie sich dauerhaftere Organisationsstrukturen, jenseits institutioneller Formierungen, gegeben haben.

⁴⁴ Dathe 2011:53

⁴⁵ Vgl. Hirschmann 1984

Dies bedeutet, dass die Transformationsprozesse vielfältig sind und es keine Blaupause für diese Prozesse gibt. Vielmehr hat jede Gruppe für sich einen solchen Prozess angestoßen, indem sie individuell auf die Veränderungen in der Umwelt und bei den eigenen Mitgliedern reagierte. Dies macht gleichzeitig die Stärke, aber auch die Schwäche der Gruppen aus.

Trotzdem lassen sich einige Elemente der Transformation erkennen. Vielfach - in Bamberg, Bocholt und Gransee, - haben die zivilgesellschaftlichen Gruppen einen Ort gefunden, an dem sie sich regelmäßig treffen können. Zum Teil ist dies verbunden - wie in Bamberg – mit einer Stelle, die vom Land finanziert wird. Ein solcher Ort hat Vorteile für die Kommunikation, aber auch für die Stabilität der Gruppe selbst: regelmäßige Treffen können schneller organisiert werden und diese Orte bieten für die Geflüchteten auch Anlaufstellen ohne vorher einen Termin zu vereinbaren.

Teil der Transformationsprozesse ist es auch, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen ihre Dienstleistungsangebote an die Nachfrage anpassten. War es in der ersten Phase oft Nothilfe (Kleidung, Essen, Unterkunft, erste Orientierung) so ist es jetzt Spracherwerb, Umgang mit Behörden, Arbeitsmarktzugänge, soziale Kontakte etc., die die Arbeit der Helfergruppen prägen. Teilweise wird dies auch über Patenstrukturen geleistet, wobei es spezielle Programme und Trainings für Paten gibt.

Diese Transformationsprozesse werden nicht selten unterstützt von den Verwaltungen der Kommunen, weil diese wissen, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen wertvolle Arbeit leisten, die sie selbst so nicht erbringen könnten. Die Unterstützungsformen sind vielfältiger Natur: teilweise werden Räume zur Verfügung gestellt; es werden Stellen bewilligt, die in der Gestalt von Freiwilligenmanagern Supervision, Coaching, Beratung und Austauschgelegenheiten organisieren; die Helfergruppen werden bei finanziellen bzw. fördertechischen Fragen unterstützt; es sind aber auch regelmäßige Zugänge zu den Verwaltungsspitzen, womit Koordinationsleistungen erbracht werden.

Insgesamt ist damit ein evolutionärer und pluraler Prozess der Veränderung der zivilgesellschaftlichen Gruppen – auch im Zusammenwirken mit der öffentlichen Hand – im Gang. Hinzu kommt eine flächendeckende Präsenz dieser Gruppen, weil mit dem Königsteiner Schlüssel die Geflüchteten in der gesamten Republik verteilt wurden. Es ist daher eine nachhaltige Prägung der Zivilgesellschaft in Deutschland zu erwarten, gerade auch unter dem weiteren Zuzug von Migrantinnen und Migranten.

3. Politischer Realismus

Die Veränderungsprozesse haben nicht nur Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen und die Ziele der Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Gruppen. Sie wirken sich auch auf ihre politischen Inhalte und auf ihre politische Grundhaltung aus.

Insgesamt zeigt sich ein neuer politischer Realismus bei den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen. „Die waren früher immer gegen uns und jetzt arbeiten wir wunderbar mit ihnen zusammen“, so beschreibt ein Akteur aus der Verwaltung den Wandel der zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Mit dem Begriff „politischer Realismus“ wird die veränderte politische Grundhaltung beschrieben: die zivilgesellschaftlichen Gruppen sind sich weitgehend mit den politischen Akteuren über die Inhalte und Ausrichtung des Integrationsprozesses einig. Es gibt zwar auch politischen Protest von den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen, doch sind sie insgesamt mehr im Mainstream der Gesellschaft verortet. Mit dem Begriff ist auch gemeint, dass viele Gruppen die Asylpolitik der Bundesregierung mittragen, auch wenn sie nicht mit allen Entscheidungen und Gesetzesänderungen einverstanden sind. Abschiebung ist nach wie vor ein wichtiges und kontroverses Thema, doch es gibt kaum Gruppen, die grundsätzlich gegen Abschiebungen sind. Generell werden die Entscheidungen des BAMF anerkannt, auch wenn vielfach auf Fehler hingewiesen wird.

Dieser neue politische Realismus der zivilgesellschaftlichen Gruppen hat mehrere Gründe. In den Gruppen finden sich mehr Engagierte, die vorher nicht engagiert waren. Da die Geflüchteten über das ganze Land verteilt werden, entstehen Helfergruppen auch in ländlichen Gebieten und aus Milieus, in denen die soziale Nähe und die nachbarschaftliche Verbundenheit größeres Gewicht hat. Es sind auch viele ältere Personen unter den Helferinnen und Helfern. Sie handeln vielfach aus moralischen Motiven und bekennen sich die den Grundstrukturen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

4. Zusammenarbeit mit der Verwaltung

In allen untersuchten Orten ist eine Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen mit den Verwaltungen der Kommune und des Landkreises festzustellen. Da eine Kooperation mindestens immer zwei Seiten hat, ist es zunächst sinnvoll die beiden Akteursgruppen gesondert zu betrachten.

Die Verwaltungen in den Städten und Landkreisen haben dazugelernt und sind (fast überall) offener und kooperationsbereiter gegenüber den zivilgesellschaftlichen Gruppen geworden.

Teilweise liegt dies daran, dass neues Personal eingestellt wurde, das als Freiwilligenkoordinatoren aus den Wohlfahrtsverbänden kommt oder als Sozialarbeiter die andere Seite aus eigener Erfahrung kennt. Teilweise liegt dies auch daran, dass Bürgermeister und Verantwortliche offen sind für die Anliegen der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen. Vielfach - aber nicht immer - ist auch eine andere Haltung anzutreffen: die Sachbearbeiter warten nicht bis die Freiwilligen zu ihnen ins Amt kommen, sondern fahren zu ihren Treffen und erfragen Bedürfnisse.

Einen ganz besonderen Schritt in Richtung Professionalisierung hat die Stadtverwaltung Bocholt mit dem Haus der Integration unter der Federführung der EWIBO gemacht. Die Stadt hat in diesem gemeinnützigen Unternehmen, das ursprünglich unabhängig von der Flüchtlingszunahme bereits vor vielen Jahren gegründet wurde, alle Aktivitäten gebündelt die mit Geflüchteten, Langzeitarbeitslosen und weiteren Gruppen zu tun haben. Die EWIBO ist heute auch Ansprechpartnerin für die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und die Patinnen und Paten. Mit dem Haus der Integration hat die Stadtverwaltung Bocholt ein Instrument geschaffen, mit dem die Kommunikation und die Erbringung von Leistungen verbessert werden.

Allerdings gibt es vielfach – aber nicht überall – Klagen über die Ausländerbehörden, die entweder im Landratsamt oder der Stadtverwaltung angesiedelt sind. Manchmal ist es die hohe Fluktuation, manchmal die unterschiedlichen Logiken, die zu Irritationen und Unzufriedenheit führen. Ausschlaggebend für ein gutes oder schlechtes Miteinander ist in aller Regel die jeweilige Hausspitze.

Auf der Seite der zivilgesellschaftlichen Helfergruppen ist es der tägliche Umgang mit den Verwaltungen, der eine Vertrautheit mit den Routinen und Abläufen der Verwaltungen erbringt. Es sind auch die immer zahlreicher werdenden Patenschaften, zu deren Kern auch Hilfen bei Kontakten mit der Verwaltung gehört.

Häufig sind es persönliche Beziehungen, die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und Verwaltungen erleichtern. Dies ist in kleinräumigen Strukturen leichter und die Kooperationsbeziehungen verbessern sich, wenn es Rückendeckung auf der politischen Ebene gibt.

5. Probleme bei der Zusammenarbeit

Trotz der vielfach guten Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und Verwaltungen gibt es eine Reihe von Problemen. Diese hängen häufig damit zusammen, dass es auf der Seite der Verwaltungen unterschiedliche Ebenen der Zuständigkeit und ver-

schiedene Rechtskreise gibt. Dies macht es zivilgesellschaftlichen Helfergruppen vielfach schwer, zum einen den richtigen Ansprechpartner zu finden und zum anderen dann zu Verabredungen bzw. Vereinbarungen zu kommen, die für alle Ebenen verbindlich sind. Denn während die Kommunen für den Bereich der Unterbringung und vielfach für Arbeitsmarktzugänge verantwortlich sind, ist es der Bund, der über das BAMF über den Aufenthalt (Asyl, Duldung, Abschiebung) und die Integrationskurse entscheidet. Hinzu kommt die Ebene der Länder, die über Mittelzuweisungen an die Kommunen steuernd eingreifen und die mit einer eigenen Note in der Geflüchtetenpolitik präsent sein wollen. Für die Helfergruppen ist es vielfach sehr schwierig, da sie in der Regel ein Interesse haben, dass ihre „Schützlinge“ vor Ort bleiben können und möglichst schnell integriert werden. In der Regel bewerkstelligen die Helfergruppen Aufgaben, die auf der lokalen Ebene erfüllt werden können. Schwieriger wird es schon, wenn es um Sprachkurse geht. In der Anfangsphase haben zwar viele Helfergruppen auch Deutschunterricht organisiert, doch die Überprüfung der Deutschkenntnisse und die Zertifizierung bleibt allein staatlich lizenzierten Organisationen vorbehalten. Das soll die Qualität des Angebotes nicht schmälern, da es oftmals auch integrierenden Charakter hatte, wie beispielsweise Kurse für Frauen, während deren Kinder betreut werden.

Gerade Abschiebungen, die von der Ebene des Bundes und der Länder administriert werden, sind für zivilgesellschaftliche Helfergruppen ein ungelöstes Problem. Denn in der Regel gibt es starke emotionale Bindungen zwischen Helfern und Geflüchteten, eine Abschiebung führt häufig dann zu einem emotionalen Ausnahmezustand. Viele, aber nicht alle, Helfergruppen haben daher ein Patenschaftsmodell so gestaltet, dass nur Geflüchtete mit einer guten Bleibeperspektive für eine Patenschaft infrage kommen. Damit wird versucht, das Problem einer möglichen Abschiebung auszuklammern. Andere entscheiden sich bewusst gegen eine Patenschaft, weil sie sich das emotional nicht zutrauen. Abschiebungen und Rückführungszentren, wie in Bamberg, sind ein generelles Problem für zivilgesellschaftliche Akteure. Ein konstruktives Verhältnis zu diesem Themengebiet scheint kaum möglich zu sein. Zivilgesellschaftliche Helfergruppen sind auf das Gelingen von Integration ausgerichtet, staatliche Akteure haben eine übergreifende Aufgabe, zu der auch Rückführungen gehören. Doch bislang kommen bei diesem Thema beide nicht zusammen. Zu beobachten ist eher eine stille Hinnahme, gemischt mit Protest und anderen Aktivitäten durch zivilgesellschaftliche Akteure.

6. Unterschiede zwischen den Orten

Es gibt beträchtliche Unterschiede zwischen den untersuchten Orten, obwohl die Rechtslage in Deutschland in allen Orten gleich ist. Diese Differenzen haben an erster Stelle mit ökonomischen

mischen Gegebenheiten und nicht mit politischen Richtungen, wenngleich aber mit einzelnen „Köpfen“ zu tun. Da ein Meilenstein der Integration in Deutschland vor allem über die Teilnahme am Arbeitsmarkt erfolgt, kommt es sehr darauf an, ob es Arbeits- und Ausbildungsgelegenheiten gibt. Dies ist zum Beispiel im Landkreis Starnberg und in Bocholt der Fall: dort gibt es eine rege Nachfrage nach Arbeitskräften. In Gelsenkirchen hingegen ist die Arbeitslosigkeit relativ hoch und die Chance, eine Arbeitsgelegenheit zu finden, ist sehr gering. Die Stadt Gelsenkirchen kämpft mit Armutszuwanderung, mit der sich die Zahl der Transferleistungsempfänger erhöht. In den brandenburgischen Kommunen ist die Rede von einer Überalterung und einem drohenden, wenn nicht gar faktischen Fachkräftemangel, allerdings bleibt es schwierig die jeweiligen passenden Qualifikationen der Geflüchteten nachzuweisen. Ein weiterer Aspekt der großen Unterschiede betrifft den Wohnungsmarkt: in vielen Kommunen (Landkreis Starnberg, Bamberg, Bocholt) besteht Wohnknappheit und durch den Zuzug von Geflüchteten hat sich die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt noch verschärft. Wohnungen gibt es zum Beispiel in Brandenburg in Forst, hier sind es in Teilen andere infrastrukturelle Defizite, wie Lehrer- oder Ärztemangel, die spürbar sind. Dennoch – womöglich auch wegen der peripheren Lage – sind es eher die Familien, die ein Interesse haben dort zu bleiben.

Die ökonomischen Bedingungen, die Situation der Wirtschaft und damit zusammenhängend, die Steuerkraft sind die wesentlichen Determinanten für den Erfolg der Integrationspolitik. Hinzu kommen aber – und dies sollte nicht vernachlässigt oder kleingeredet werden – Unterschiede in der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und Verwaltungen. Hier ist zu erkennen wie die Kommunen unterschiedliche Strategien in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen erproben. Dies gilt in ähnlicher Weise für den Bildungsbereich. Das aktuelle Konzept der Integrationsklassen wird den unterschiedlichen Schicksalen und Persönlichkeiten nicht gerecht. Hinzu kommen ständig wechselnde Schülerkreise durch Zuzüge, Wegzüge oder auch Abschiebung. Dies ist durch die Lehrkörper nicht leistbar. Dabei gilt es auf den Kreis der jungen Geflüchteten ein besonderes Augenmerk zu richten, weil sie auch Multiplikatoren für die Integration der Elterngeneration sein können. Zusätzlich ist hier zwischen den Jungen und Mädchen zu differenzieren, da sie auf unterschiedliche Weise von dem westlichen Wertesystem betroffen sind. Natürlich gibt es auch Unterschiede in der Zusammensetzung der Geflüchteten, ihrer Herkunft, ihren Qualifikationen und ihren Fähigkeiten, Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft zu generieren. Alle diese Aspekte werden über den Erfolg der Integrationspolitik entscheiden. Es ist daher zu erwarten, dass es große Differenzen im Erfolg der kommunalen Integrationspolitiken geben wird.

7. Gewichte haben sich verschoben

Die Recherchen und die Interviews, die im Rahmen dieses Projektes im Laufe des Jahres 2017 geführt worden sind, zeigen, dass sich die Gewichte zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und Verwaltungen verschoben haben. Die Verwaltungen, auf der Ebene der Kommunen und des Bundes, haben an Gewicht gewonnen. Dies war früher, in der zweiten Hälfte des Jahres 2015, anders. Hier zeigte sich, und dies bestätigen die Forschungen zu unserem Projekt im Jahre 2016⁴⁶, dass ohne die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen der Staat die Aufgabe, die große Anzahl von Geflüchteten angemessen zu versorgen, nicht hätte bewältigen können. Diesen Befund bestätigen auch viele Politiker, die sich bei den zivilgesellschaftlichen Gruppen für die tatkräftige Hilfe bedanken.

In dieser Phase, die etwa die zweite Hälfte des Jahres 2015 und die erste Hälfte des Jahres 2016 umfasste, waren die zivilgesellschaftlichen Akteure schneller und präsenter. Zusätzlich fällt auf, dass manche Initiativen, wie in Gransee, Forst und Bocholt bereits sehr früh entstanden sind, bevor die stark steigenden Ankunftszahlen im Sommer 2015 die Medien, die Politik und Verwaltungen und die breite Masse in der Wahrnehmung erreichte. Sie haben in dieser ersten Phase der Nothilfe Leistungen erbracht, die die staatlichen und kommunalen Akteure in der kurzen Zeit nicht hätten erbringen können. Denn diese sind an Recht und Gesetz gebunden, müssen für die notwendigen Ressourcen erst Haushaltsmittel beantragen, Personal einstellen und Verfahrensabläufe organisieren. Vielfach wurden die Prozesse von den Akteuren aus den Verwaltungen als träge beschrieben. Dagegen agierten die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen schnell und flexibel. Sie mussten keine Mittel beantragen und die Engagierten meldeten sich spontan. Häufig wurde auf die Koordination verzichtet bzw. sie kam überhaupt nicht zustande, doch die Helfergruppen erbrachten erstaunliche Leistungen und halfen damit den staatlichen Akteuren aus der misslichen Lage. Dabei bewegten sie sich nach eigenen Angaben oftmals am Rande der Legalität – auch hierfür ist diesen Menschen zu danken.

Etwa ein Jahr später ist zu beobachten, wie sich die Gewichte verschoben haben. Die Verwaltungen verfügen nun über die beantragten Ressourcen und es wurden Planstellen geschaffen. Jetzt geht es nicht mehr vordringlich um die Versorgung mit Essen, Kleidung und Unterkunft. Jetzt geht es um die Gewährung von Aufenthaltstiteln, Sprachkursen, Unterhalt, Arbeitsmarktzugängen. Zertifikaten und auch Rückführungen: alles Themen, die auf die Zuständigkeit der Verwaltungen verweisen. Hinzu kommt das weniger Geflüchtete nach Deutschland kommen.

⁴⁶ siehe Speth/Becker 2016

Auch hat sich die Zahl der Engagierten in den Helfergruppen etwas reduziert, sodass diese auch weniger leisten können. Wichtiger ist aber, dass die Helfergruppen diese Arbeitsteilung akzeptieren, die Geflüchteten im Umgang mit den Behörden unterstützen, aber gleichzeitig den Rechtsrahmen und die damit verbundenen Verfahren als geltende Rahmenbedingungen ansehen.

8. Spracherwerb

Es hat sich in der Tat ein Wandel vollzogen. Diese Veränderung drückt sich auch im Bedeutungszuwachs des Spracherwerbs aus. Zivilgesellschaftliche Helfergruppen und Verwaltungen sind sich einig, dass deutsche Sprachkenntnisse ein wichtiges Mittel sind, um sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Dies bedeutet konkret, dass alle daran interessiert sind, dass die Geflüchteten so schnell wie möglich die deutsche Sprache aktiv und passiv beherrschen. Diese Hintergrundüberzeugung leitet viele Aktivitäten an: Patenschaftsprogramme, Sprachkurse, soziale Kontakte und Engagementgelegenheiten für Geflüchtete. Überall ist das Bewusstsein zu erkennen, dass Sprache – aktiv wie passiv – eine wichtige Voraussetzung für funktionierende gesellschaftliche Teilhabe ist. Dies war vor 20-30 Jahren noch anders, als viele davon ausgingen, dass der Erwerb der deutschen Sprache nicht weiter forciert und unterstützt werden muss, bzw. sich von selbst ergibt. Heute sind sich zivilgesellschaftliche Akteure in der Bewertung des Spracherwerbs einig: vielfach organisieren zivilgesellschaftliche Helfergruppen eigene Sprachkurse bzw. unterstützen Geflüchtete in den offiziellen Sprachkursen deren Ende eine Prüfung des erreichten Sprachniveaus steht. Vielfach wird von den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen gefordert, dass auch diejenigen an einem Sprachkurs teilnehmen können, die keine gesicherte Bleibeperspektive haben. Wesentlicher Antrieb für viele zivilgesellschaftliche Hilfstätigkeiten sind der Spracherwerb und die sozialen Kontakte. An einigen Orten wurde zu Beginn der steigenden Zahlen von geflüchteten privat Sprachunterricht erteilt, weil gesehen wurde, dass fehlende Sprachkenntnisse Hindernisse beim Zugang in die Gesellschaft mit sich bringen.

9. Arbeitsmarktzugänge

In allen untersuchten Orten wurde deutlich, dass Integration vor allem über die Beteiligung am Arbeitsmarkt läuft. Dies kann insgesamt als Spezifikum des deutschen Integrationsverständnisses gesehen werden (siehe dazu: Bude 2017, FAZ, 21. August, Anerkennung durch Differenz). Die Vorrangigkeit des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der Arbeitsmarktteilnahme von Geflüchteten wird von allen Akteuren, sowohl auf der Seite der Zivilgesellschaft als auch

auf der Seite der Verwaltungen betont. Die große Herausforderung besteht daher darin, solche Zugänge zu organisieren und den Geflüchteten realistische Informationen über die Erfordernisse der Berufswelt zu vermitteln. Dies ist nicht ganz einfach, da es neben den Wünschen der Geflüchteten (die nicht unbedingt alle in Richtung Arbeitsmarkt streben) auch um ihre Fähigkeiten geht, sowie um die Nachfrage durch die Arbeitgeber. Allerdings kann Integration nicht allein über die Teilnahme an der Arbeitswelt erfolgen, sondern ist ein mehrdimensionaler Prozess.

Es gibt sehr große regionale Unterschiede: in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besteht für die Geflüchteten kaum eine Chance für einen Zugang zum Arbeitsmarkt, während wiederum in den Orten wie Starnberg und Bocholt händeringend nach Arbeitskräften gesucht wird. Dort gibt es auch Chancen für Geflüchtete, die die deutsche Sprache noch kaum beherrschen.

Zu beobachten ist, dass in allen untersuchten Orten die zivilgesellschaftlichen Helfergruppen wie auch die Verwaltungen bemüht waren, Zugänge zum Arbeitsmarkt für die Geflüchteten zu organisieren. Dies nahm unterschiedliche Formen an: im Landkreis Starnberg hatte sich bereits zu Beginn des Jahres 2016 eine Gruppe gegründet, die auf der Ebene des Landkreises mit dem Jobcenter Kontakt aufnahm und eigenständig nach Arbeitsgelegenheiten für die Geflüchteten suchte. Während in einer Problemregion wie Gelsenkirchen es für Geflüchtete kaum Möglichkeiten gibt, erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, gibt es dagegen in Bocholt sehr günstige Voraussetzungen für den Arbeitsmarktzugang. Die Herausforderung besteht allerdings hier darin, dass sich die Patinnen und Paten, unterstützt durch den AK Asyl, mit dem Jobcenter und der EWIBO verständigen, um einen nachhaltigen Zugang zum Arbeitsmarkt für die Geflüchteten zu finden. Dies bedeutet, dass gerade auf diesem Feld die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verwaltungen intensiver denn je ist.

10. Der zivilgesellschaftliche Anspruch kann nur bedingt eingelöst werden

Den Helfergruppen ging es immer darum, die Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Geflüchteten zu interessieren, zu vermitteln, auszugleichen und den anderen zu zeigen, dass diese Menschen wertvoll sind. Doch in keinem der untersuchten Orte war es den zivilgesellschaftlichen Helfergruppen gelungen, mit den Gegnern der Politik von Bundeskanzlerin Merkel ins Gespräch zu kommen. Dafür waren die Orte entweder zu groß oder die Gegnerschaft war zu vielgestaltig und zu diffus, sodass man mit den verschiedenen Gruppen und Personen kaum Kontakt hatte. Gleichwohl haben manchen Bewegungen, die sich pro Geflüchtete positionieren, den Initiativen, die Geflüchteten kritisch gegenüber stehen den Wind aus den Segeln

genommen. Vereinzelt wird auch von einer „Aufklärungsarbeit für die Mitbürger“ gesprochen oder auf den Effekt hingewiesen, dass gemeinschaftliche Aktivitäten zwischen Deutschen und Zugezogenen die Angriffsfläche von Kritikern reduziert. So wird ein Schwerpunkt der Arbeit auch darin gesehen für die Deutschen die Scheu vor persönlichen Kontakten zu überwinden und sie zu sensibilisieren. Entsprechend werden aufsuchende Strukturen auch als wesentlicher Baustein und Voraussetzung dafür gesehen, dass die Geflüchteten Vertrauen schöpfen. Vielfach war es auch das politikstrategische Ziel, durch die Gründung von Helfergruppen Diskurshoheit zu erreichen und Gewaltbereite von militanten Aktionen abzuhalten.

Der Anspruch einer argumentativen Verständigung mit Menschen, die sich skeptisch oder ablehnend positionieren, ließ sich nicht erreichen. Dazu gab es keine Formate. Vielmehr ging es den Helfergruppen darum, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und die eigenen Themen dort zu platzieren. Teilweise ist dies auch gelungen. Allerdings muss man auch feststellen, dass dafür nicht das zivilgesellschaftliche Modell von Öffentlichkeit, in dessen Mittelpunkt diskursive Verständigung steht, zum Ziel geführt hat, sondern die moderne, medial vermittelte Form kompetitiver Öffentlichkeit. Dies bedeutet, dass die Helfergruppen in diesem Punkt stärker als interessenpolitische Akteure aufgetreten sind und nicht so sehr als zivilgesellschaftliche. Diese Doppelstruktur hatten die Helfergruppen schon immer, weil sie sowohl direkte Hilfe leisten wollten als auch den politischen Diskurs zu beeinflussen versuchten.

11. Soziale Nähe wird nicht von allen Geflüchteten angestrebt

Die Differenzen zwischen städtischen bzw. großstädtischen und ländlichen Strukturen treten immer stärker hervor. Diese zeigt sich sowohl bei den Helfergruppen als auch bei den Geflüchteten. Bei den Helfergruppen in ländlichen Strukturen ist es die soziale Nähe, die Nachbarschaft, die zu dichteren sozialen Beziehungen führen. Das Sich-umeinander-kümmern ist in den überschaubaren kleinräumlichen Strukturen ausgeprägter als in großstädtischen Siedlungsgebieten. Es zeigt sich auch, dass Familien solche Strukturen bevorzugen, während junge Männer die Anonymität großstädtischer Strukturen vorziehen. Hinzu kommt auch, dass die Integrationsbereitschaft bei den Geflüchteten unterschiedlich ausgeprägt ist und einige soziale Nähe als eine Form Kontrolle wahrnehmen, die sie ablehnen. Der Prozess der sozialen Differenzierung schreitet auch hier voran und nicht für alle Geflüchtete sind enge soziale Beziehungen erstrebenswert.

5. Handlungsempfehlungen

Das Forschungsprojekt hat das Ziel, Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um künftigen Krisen besser entgegenzutreten zu können, aber auch, um die gegenwärtige Situation zu verbessern. Die Handlungsempfehlungen, die hier vorgelegt und zur Diskussion gestellt werden, sind das Ergebnis eines Lern- und Forschungsprozesses, der weit vor dem aktuellen Projekt begonnen hat. In diese Handlungsempfehlungen fließen daher viele Aspekte mit ein, die im Rahmen dieses Forschungsprojektes im Hintergrund bleiben mussten. Es ist die lange Beschäftigung mit dem Thema Zivilgesellschaft und der Verbindung zu staatlichen und kommunalen Strukturen. Es sind aber auch die Ergebnisse von anderen Studien, die mit in die Überlegungen und Vorschläge eingeflossen sind.

Im konkreten Projekt ging es um die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Helfergruppen und kommunalen und staatlichen Verwaltungen. Die Handlungsempfehlungen, die vor diesem Hintergrund entwickelt wurden, haben dennoch weitergehenden Anspruch. Es geht daher nicht nur um eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus den beiden Welten mit unterschiedlichen Handlungslogik im konkreten Fall der Hilfe für Geflüchtete, sondern darüber hinaus um eine generelle Verbesserung der Zusammenarbeit bei Situationen mit ähnlichem Charakter: Krisen, Naturkatastrophen, plötzlich auftretenden Ereignissen, die von staatlichen Akteuren allein nicht bewältigt werden können.

Seit der jüngeren Beschäftigung mit dem Thema Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, die man etwa mit der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages um die Jahrtausendwende beginnen lassen kann, geht es immer auch um das Verhältnis der Zivilgesellschaft zum Staat, d. h. um die Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlich Engagierten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen und kommunalen Verwaltungen.

Die folgenden Handlungsempfehlungen sind daher zum einen Ergebnis der Forschungen zum konkreten Gegenstand der Hilfe für Geflüchtete und zum anderen die Essenz eines schon länger andauernden Reflexion- und Forschungsprozesses zum Verhältnis von bürgerschaftlich Engagement und staatlichen und kommunalen Akteuren in Ausnahmesituationen.

1. Die Kultur der Kooperation verbessern

Der erste Punkt der Handlungsempfehlungen betrifft die fluide Kultur der Zusammenarbeit der Akteure aus zwei unterschiedlichen Welten. Diese Zusammenarbeit basiert auf Vertrauen, Respekt und Anerkennung der Leistungen und Eigenheiten der jeweils anderen Seite.

Sie kann und muss verbessert werden, auch wenn in den letzten Jahren schon viel getan worden ist. Wie kann nun diese kulturelle und atmosphärische Dimension der Zusammenarbeit verbessert werden? Es geht darum, Verständnis für die jeweils andere Seite aufzubringen. Dies kann durch gemeinsame Gespräche erfolgen, durch Tagungen, Workshops, Weiterbildungen, Hospitationen und ständige Gesprächskontakte, in denen die alltäglichen Probleme der jeweiligen Situation zum Gegenstand gemacht werden.

Die Kultur der Kooperation wird vor allem durch die alltäglichen Kontakte auf der lokalen und kommunalen Ebene verbessert und stabilisiert. Vielfach gibt es diese Kooperationen bereits, weil sich die Akteure persönlich kennen, weil sich auch die Bürgerinnen und Bürger, die in den Verwaltungen arbeiten, engagieren und in den Initiativen mitarbeiten. Beeinflussende Faktoren sind hier u.a. die Stadtgröße, inwieweit die Stadtspitze eine Kultur des Miteinanders vorlebt oder ein vorhandenes Förderprogramm Netzwerke und integriertes Arbeiten einfordert. Zur Verbesserung der Kooperationskultur gehört aber auch, dass Foren und Clearingstellen geschaffen werden, in denen Probleme der Zusammenarbeit besprochen und komplizierte Fälle gelöst werden können.

Eine Kultur der Kooperation hängt auch an konkreten Personen, die vermittelnd zwischen diesen beiden Welten agieren. Solche Personen treten hervor, sie können aber auch gefördert und durch günstige Bedingungen ermuntert werden. Vielfach sind dies Personen in den Leitungsstrukturen der Behörden, politische Spitzenpersonal und Kommunikatoren in den – manchmal informellen – Leitungspositionen der zivilgesellschaftlichen Strukturen. Für die Herausbildung dieser Ebene der persönlichen Kontakte und der Personen gibt es keine Blaupause, die an allen Orten anzuwenden ist. Vielmehr kommt es darauf an, dass alle Akteure an allen Orten für dieses Thema sensibilisiert werden, um bereit zu sein, solche Formen zuzulassen und auch zu fördern.

2. Der Staat versagt nicht, wenn die Zivilgesellschaft hilft

Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren aus den verschiedenen Welten wird als normaler Kooperationsprozess gedeutet, in den jeder Teil seine Stärken einbringt und die andere Seite anerkennt. Daher ist es notwendig, mit dem Begriff des Staatsversagens sparsam umzugehen und auf der Seite der Zivilgesellschaft darauf zu verzichten, die eigene Hilfe so zu deuten, dass man im Kern Aufgaben des Staates übernommen hat, zu denen dieser nicht mehr fähig war. Letztlich bedeutet dies für die Zivilgesellschaft, eine Vorstellung des Staates zu entwickeln, die nicht auf einen allmächtigen Akteur hinausläuft und letztlich dem eigenen zivilgesellschaftlichen Handeln überhaupt keinen Platz mehr einräumt. Dies kann erreicht

werden, indem das gemeinsame Handeln von zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen und kommunalen Verwaltungen als Kooperation beschrieben wird. In der konkreten Praxis kann deutlich gemacht werden, wie sich beide Akteure ergänzen und auch respektieren.

Es ist daher notwendig, eine Begründung für die Zusammenarbeit von staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu entwickeln. In solchen „Erzählungen“ sollen vor allem die positiven Aspekte der Zusammenarbeit, der Mehrwert deutlich werden. Es sollten Beispiele gelingender Kooperation, weniger gelehrte akademische Begründungen sein. Deutlich kann werden, dass die Praxis längst weiter ist.

3. Der Staat muss ein Sensorium für zivilgesellschaftliche Akteure entwickeln

Neben einer kommunikativen Sensibilisierung kann auf der Seite der kommunalen und staatlichen Verwaltungen die Verbindung zur Zivilgesellschaft verbessert werden. In vielen Bundesländern wurden – befristete – Mittel bewilligt, mit denen die Stellen von Freiwilligenkoordinatoren in den Verwaltungen und bei Helfergruppen geschaffen worden. An einigen Orten ist zu beobachten, wie Menschen, die diese Stellen bekleiden, die Kommunikation mit den vielgestaltigen zivilgesellschaftlichen Gruppen verbesserten. Hierbei ist es wichtig, diese Stellen zu verstetigen. Für die Verbesserung der Zusammenarbeit ist es auch wichtig, wie diese Stellen im Alltag ausgefüllt werden: um eine Amtsbeziehung, die mit Distanz einhergeht, zu vermeiden, sollen die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber auf die zivilgesellschaftlichen Gruppen zu gehen, zu ihren Treffen kommen und nach Unterstützungsbedarf fragen. Die Kommunikation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen muss sich wesentlich außerhalb amtlicher Kontexte ereignen.

Solche Stellen, die mit Personen besetzt werden die in beiden Welten zu Hause sind, müssen überall in den kommunalen Verwaltungen geschaffen werden. Notwendig ist es, dass sie ein Handlungsrepertoire entwickeln, das nicht mehr durch das alte Amtsverständnis geprägt ist. Vielmehr kommt es darauf an, dass die Beschäftigten der Verwaltungen sich in die Welt der Ehrenamtlichen einfügen und die ehrenamtlichen gleichzeitig das Handlungsrepertoire der Verwaltungen akzeptieren. Hierfür braucht es solche sichtbaren Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Verwaltungen.

4. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen mit der Welt der Ehrenamtlichen und Geflüchteten vertraut machen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen der Kommunen und der Länder haben in den letzten Jahren gelernt mit Ehrenamtlichen umzugehen, ihr Engagement auch als Ressource wahrzunehmen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch als unverzichtbares Element in den Kommunen anzuerkennen. Mit den Geflüchteten aus unterschiedlichsten Ländern und Kulturen kommt ein neues Element hinzu: die Vielfalt wird größer und die Herausforderung steigt, mit dieser Vielfalt auch angemessen umzugehen. Dazu ist es notwendig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen mit *Diversity* in der eigenen Organisation, aber auch in der Gesellschaft konstruktiv umzugehen. Dies betrifft auch die Freiwilligen in den Helfergruppen und in den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Verwaltungen und die zivilgesellschaftlichen Gruppen sind Teil eines Lernprozesses, den die Gesellschaft insgesamt aufgrund der verstärkten Zuwanderung unternimmt. Solche Lernprozesse müssen nicht naturwüchsig ablaufen, sondern können organisiert werden. Sie betreffen nicht die ganze Gesellschaft, auch die Unternehmen, die zu lernen haben, die den Herausforderungen der neuen größeren Vielfalt umzugehen, weil sie die Orte der Teilnahme am Arbeitsmarkt sind. Dies betrifft vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die noch nicht in dem Maße wie Großunternehmen eine Kultur der *Diversity* entwickelt haben.

5. Ausbau bestehender kommunaler und staatlicher Organisationen

Mit dem Technischen Hilfswerk (THW), dem Bundesfreiwilligendienst, dem Deutschen Roten Kreuz (das keine staatliche, doch eine zwischenstaatliche Organisation ist) sowie den Freiwilligen Feuerwehren auf der kommunalen Ebene besteht bereits eine ausgebaute Struktur von Organisationen, mit deren Hilfe die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in konkreten Notfällen organisiert werden kann. Hinzu kommen die Wohlfahrtsverbände, die eigentlich aus der Zivilgesellschaft kommen, doch über die wohlfahrtstaatliche Praxis der letzten Jahrzehnte sehr intensiv die staatlichen Hilfsstrukturen eingebunden sind. Diese staatlichen und kommunalen Organisationen können die Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Gruppen ausbauen, um in konkreten Notfällen besser zusammenzuarbeiten.

Für Beratungsleistungen und Hilfsangebote ist es wichtig, dass sie verlässlich und dauerhaft angeboten werden können. Ein wichtiger Aspekt dabei ist es, dass Helfergruppen und Initiativen im lokalen Raum eine feste Adresse und damit Anlaufstelle haben. Für die Kommunen ist es daher angebracht, diesen Gruppen zu ermöglichen, Orte des Zusammentreffens, Büros und Versammlungsräume einzurichten. Denn die Erfahrung zeigt, dass das Engagement dieser Gruppen durch das Vorhandensein solcher Orte erleichtert und stabilisiert wird.

6. Verbesserung kommunaler Hilfsstrukturen

Die kommunalen Hilfsstrukturen können verbessert werden, wenn die zivilgesellschaftlichen Gruppen stärker einbezogen werden. Dazu ist es notwendig, dass diese ihre Strukturen stabilisieren können. Teilweise sind die Gruppen schon dabei, Hilfsstrukturen anzubieten, die über die Hilfe für Geflüchtete hinausgehen und sich an alle Bürgerinnen und Bürger richten. Zu Stabilisierung dieser Angebote ist es notwendig, dass es Orte gibt, an denen sich die Freiwilligen versammeln können. Dies setzt wiederum voraus, dass von den Kommunen Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden. In der Regel ist dies nur ein „Anschub“ oder ein kleiner Betrag, weil der große Teil der weiteren Ressourcen durch Spenden und ehrenamtliches Engagement aufgebracht werden. Notwendig ist aber, dass die Kommunen und andere Akteure die Helfergruppen bei den Transformationsprozessen, die bereits im Gange sind, unterstützen. Denn es ist an keinem Ort zu beobachten, dass sich die Helfergruppen aufgelöst hätten, vielmehr versuchen sie sich zu verändern und den neuen Anforderungen anzupassen.

Die Stadt Bocholt kann ein gutes Beispiel dafür sein, wie die Sozialpolitik auf kommunaler Ebene professionalisieren wird. Bocholt hat die gesamte Sozialpolitik in ein eigenes Unternehmen ausgelagert wobei nur noch die hoheitlichen Aufgaben bei der Stadtverwaltung selbst verblieben. Das Unternehmen, das auch Geflüchtete betreut, hat größere Handlungsfreiheit und kann auch professionelle Hilfsleistungen freier gestalten. Es ist zwar an die gesetzlichen Vorgaben gebunden, doch die Art der Leistungserbringung bleibt selbst überlassen. Entsprechend ist dieses Unternehmen auch die erste Adresse für die konkrete Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

7. Die zivilgesellschaftliche Infrastruktur weiterentwickeln

Die Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft muss immer wieder aktualisiert und hergestellt werden. Insbesondere gilt dies für plötzlich auftretende Notfälle und Katastrophen. Im vorliegenden Fall der Hilfe für Geflüchtete wurde dies erleichtert durch bestehende zivilgesellschaftliche Organisationsstrukturen in den Kommunen. Teilweise gab es bereits seit längerem bestehende Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete, teilweise waren es Kirchengemeinden und bestehenden Nachbarschaften, die die Unterstützung von Geflüchteten in ihr Handlungsrepertoire aufgenommen haben. Es zeigt sich, dass es vielfach bereits bestehende und aktive zivilgesellschaftliche Strukturen waren, die den Nährboden bildeten für die spontane Hilfe. Dies bedeutet, dass es vor allem bei künftigen Ereignissen darauf ankommt, eine lebendige und aktive zivilgesellschaftliche Infrastruktur in den Kommunen zu haben.

Diese Infrastruktur bildet auch die Basis für das Engagement von Geflüchteten und für ihren Weg in die Gesellschaft. Aufgabe ist es daher, eine lebendige zivilgesellschaftliche Infrastruktur zu fördern und zu schaffen, weil damit die Resilienz der Gesellschaft aktiviert wird. Eine solche Infrastrukturpolitik zivilgesellschaftliche Art trägt nicht nur Früchte bei diesen besonderen Ereignissen, sondern erhöht auch allgemein die Lebensqualität im lokalen Raum, weil damit ein Netzwerk von sozialen Kontakten geschaffen wird, das von allen genutzt werden kann.

8. Beratung und Angebote zur Weiterentwicklung der Helfergruppen

Es ist erstaunlich und war nicht zu erwarten, dass alle zivilgesellschaftlichen Helfergruppen weiterbestehen. Sie bestehen nicht nur einfach weiter, sondern sehen sich von neuen Herausforderungen und passen sich diesen soweit es ihnen möglich ist an. Diesen Transformationsprozess gilt es zu unterstützen, denn die Helfergruppen sind eine wichtige Ressource für die Kommunen, für künftige Ereignisse und für die Gesellschaft insgesamt. Die Helfergruppen und Initiativen benötigen Organisationsberatung, Coaching für Ehrenamtliche, die im Umgang mit Geflüchteten vor neuen Herausforderungen stehen. Die Initiativen benötigen aber auch Hilfen beim Umgang mit Spenden, bis hin zur Verwaltung von Geldern durch Dritte, weil dies für viele Initiativen rechtlich gar nicht möglich ist. Das Leistungsangebot der Helfergruppen und Initiativen differenziert sich immer mehr aus, daher ist es notwendig, dass auch Rechtsberatung, Sprachunterricht, und Beratung in den zentralen Integrationsbereichen (Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung, Wohnen) angeboten werden können.

9. Neue kommunale Plattformen

In den Kommunen, gerade in den kleineren, sollten Plattformen geschaffen werden, in denen sich Gruppen treffen können, die zu verschiedenen Themen gegensätzliche Auffassungen haben. Dies betrifft vor allem das Thema Zuwanderung und Geflüchtete. Mit diesen Plattformen sollten Diskussionen und ein Ausgleich von unterschiedlichen Positionen möglich werden. In solchen Bürgerplattformen sollten sich die unterschiedlichsten Positionen finden können, auch diejenigen, die sich gegen eine zivilgesellschaftliche Verständigung aussprechen. Solche kommunalen Plattformen sind an die Größe der jeweiligen Örtlichkeiten anzupassen. Wichtig dabei ist es, dass persönliche Beziehungen, *face to face*-Beziehungen noch möglich sind. Damit soll es möglich werden, dass kontroverse Themen, die eigentlich schon auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene als unverrückbare Gegensätze diskutiert werden (Aufnah-

me von Geflüchteten vs. Schließung der Grenzen), wieder flüssig und diskursiv bearbeitet werden.

10. Bessere Zugänge zum Arbeitsmarkt

Die Teilnahme am Arbeitsmarkt hat sich für Deutschland als ein wichtiger Weg zur Integration entwickelt. Ein großer Teil der Geflüchteten – nicht alle – suchen nach Arbeits- und Ausbildungsgelegenheiten. Dies ist voraussetzungsvoll und nicht überall im gleichen Maße möglich, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Regionen Deutschlands ganz unterschiedlich ist. Viele Helfergruppen haben Strukturen ausgebildet, um den Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete zu verbessern. Ein Element dieser Strukturen besteht in der Zusammenarbeit mit den staatlichen bzw. kommunalen Stellen zur Arbeitsvermittlung. Diese Zusammenarbeit sollte ausgebaut und weiterentwickelt werden. Helfergruppen, die sich mit diesem Themengebiet beschäftigen, sollen weiterqualifiziert werden, damit Beratungs- und Vermittlungsleistungen erbringen können, die zu einem nachhaltigen Erfolg in der Arbeitsmarktintegration führen.

11. Die Unternehmen stärker einbeziehen

Integration ist ein Prozess, der viel Zeit benötigt und viele Dimensionen hat. Der Zugang zur Arbeitswelt gehört dazu. An vielen Orten wird daran bereits intensiv gearbeitet. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Job-Center, den Zugang zur Arbeitswelt für Geflüchtete zu organisieren. Vielmehr haben Helfergruppen erkannt, dass hier ein wichtiger Bereich für ihr Engagement liegt. Es zeigt sich, dass der Erfolg in diesem Bereich von vielen Faktoren abhängt, natürlich vor allem auch davon, ob es eine Nachfrage nach Arbeitskräften gibt, oder ob die Arbeitslosigkeit so hoch ist, dass fast alle Bemühungen scheitern. Wenn aber die Bedingungen einigermaßen günstig sind, dann ist es sinnvoll, dass die Helfergruppen mit dem Job-Center zusammenarbeiten, Kontakte zu Unternehmen knüpfen, Beziehungen zu Kammern und Unternehmerverbänden aufbauen, um für die Geflüchteten den Weg in die Arbeitswelt zu bahnen. Hier liegt ein wichtiges Betätigungsfeld für die Helfergruppen, weil alle wissen, dass der Zugang zu Jobs auch über soziale Beziehungen vermittelt wird. Ein wesentliches Element dieser neuen Aufgabe ist es auch, Beziehungen zu Unternehmen, Kammern und Unternehmerverbänden aufzubauen und Vertrauen zu schaffen.

12. Auf Bundes- und Länderebene anders denken

Ein Missverhältnis oder gar Frust lässt sich auf der lokalen Ebene also kaum erkennen. Das ist gut und wichtig, denn Engagement findet vielfach im Nahraum statt, kann hier erlernt werden und hier trifft die öffentliche Hand richtigerweise auf die Bürgerschaft. Allerdings ist Frust dort spürbar, wo Entscheidungen getroffen werden, die mit der Wirklichkeit vor Ort nicht zu vereinbaren sind. Dies betrifft beispielsweise das Handeln von Innenministern, die sich über eine Entscheidung der Härtefall-Kommission hinwegzusetzen, unterschiedliche Formen von Fehlinformationen und die Verteilung öffentlicher Gelder.

Wenn der Staat Engagement-Politik ernst nehmen will, muss er auch seine Förderprogramm- matik überdenken. Das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Verwaltung scheint auch deshalb gut, weil die Verwaltungsmitarbeiter ihr *Know-How* in der Antrags- stellung und -Abwicklung zur Verfügung stellen. Es ist zwar eine große Hilfe, diesen admin- istrativen Part zu übernehmen, aber zum einen ist er (noch) nicht selbstverständlich und zum anderen gehen die Förderungen oft an den tatsächlichen Bedarfen vorbei. Dies stellt bereits ein Problem für die öffentliche Hand dar, die aber Lücken möglicherweise noch über- brücken kann. Für zivilgesellschaftliche Aktivitäten kann es das Aus sein: wenn beispielswei- se ein arbeitsloser Ehrenamtlicher auf seine Kosten Geflüchtete zum Arzt fahren muss. Oder wenn „geselliges Beisammensein“, - ein Schlüsselement für den erfolgreichen Spracher- werb - als nicht „förderfähig“ gilt.

Literaturverzeichnis

Print

Bogumil, Jörg/Hafner, Jonas/Kastilan, André (2017): Städte und Gemeinden in der Flüchtlingspolitik. Welche Problemlagen gibt es - und wie kann man sie lösen? Im Auftrag der Stiftung Mercator, Essen.

Dathe, Dietmar (2011): Engagement: Unbegrenzte Ressource für die Zivilgesellschaft? in: Eckhard Priller/ Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Rudolf Speth, Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Münster, S. 41-56.

Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich. Wiesbaden: VS-Verlag.

Haug, Sonja/Currle, Edda/Lochner, Susanne/Huber, Dominik/Altenbuchner, Amelie (2017): Asylsuchende in Bayern. Eine quantitative und qualitative Studie, Hans Seidel Stiftung, München.

Heine, Hannes (2017): Sie wissen, was sie tun, in: Tagesspiegel, 16. Februar 2017, Nr.: 23030

Hirschman, Albert (1984): Engagement und Enttäuschung, Frankfurt.

Miller, David (2016): Strangers in our Midst. The political philosophy of Immigration, Cambridge: Harvard University Press.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2016): Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen, Berlin.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2017): Chancen in der Krise: Zur Zukunft der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa, Jahrgutachten 2017, Berlin.

Internetquellen

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Auf einen Blick. URL: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/> (abgerufen am 12.12.2017)

Amt für Statistik: Fachkräfteportal Brandenburg. URL: <http://www.fachkraefteportal-brandenburg.de/online-wegweiser/brandenburg.html> (abgerufen am 12.12.2017)

Amt Gransee: Statistiken. URL: <https://www.gransee.de/seite/1176/statistiken.html> (abgerufen am 12.12.2017)

Aus Politik und Zeitgeschehen (bpb) (2015): Engagement, 65. Jahrgang, 14-15 /2015. URL: <http://www.bpb.de/apuz/203529/engagement> (abgerufen am 12.12.2017)

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) (Hrsg.) (2016): „So machen wir das“ – Workshops und Konferenz zum Engagement für und mit Geflüchteten. URL: http://fluechtlingshelfer.info/fileadmin/user_upload/PDF/Dokumentation-Tagung_so_machem_wir_das.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (2013): Öffentliche Hand. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20246/oeffentliche-hand>, (abgerufen am 31.03.2016)

Das Global Forum on Migration and Development (GFMD) (2017): Migration rechtebasiert und entwicklungsorientiert gestalten – Forderungen der deutschen Zivilgesellschaft an die Bundesregierung. URL: http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/GFMD_Positionspapier2017_Web-final-V03.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

DIW Wochenbericht (2017): Stimmungsbarometer zu Geflüchteten. URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.556677.de/17-17.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

Elsaeßer, Miriam/ Bönsel, Matthias (2016): Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen – Strategische Leitlinien und Best Practices. URL: [http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20\(DLT\)%20Integration%20von%20FI%C3%BCchtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf](http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20(DLT)%20Integration%20von%20FI%C3%BCchtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf) (abgerufen am 12.12.2017)

Fleischmann, Larissa (2016): Vom Flüchtling zum Mitbürger: Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft in Zukunft leisten? URL: http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz_dossiers/228570/zivilgesellschaft-und-integration (abgerufen am 12.12.2017)

Foroutan, Naika (2015): Die Einheit der Verschiedenen – Integration in der postmigrantisches Gesellschaft. URL: http://neue-deutsche-organisationen.de/fileadmin/user_upload/Kurzdossier_Integration_in_postmigrantisches_Gesellschaft_2015_1_.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

Heinrich-Böll-Stiftung (2017): „Welcome to Germany VI“: Arbeitsmarktintegration. URL: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/arbeitsintegration_pdf_06_2017.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

Institut für Demoskopie Allensbach (2016): Situation und Strategien in den Kommunen – Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden. URL: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Situation_und_Strategien_in_den_Kommunen_zur_Zuwanderung.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

- Knuth, Matthias (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen – Arbeitsmarktpolitik reformieren, Qualifikationen vermitteln. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12914.pdf> (abgerufen am 12.12.2017)
- McKinsey Global Institute (2016): People on the move: Global migration's impact and opportunities. URL: <http://www.regionalmms.org/images/sector/MGI-People-on-the-Move-Full-report.pdf> (abgerufen am 12.12.2017)
- McKinsey Global Institute (2016): Europe's new refugees: A roadmap for better integration outcomes. URL: <http://www.mckinsey.com/global-themes/employment-and-growth/a-roadmap-for-integrating-europes-refugees> (abgerufen am 12.12.2017)
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2016): Maßnahmen des MASGF zur Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Informationspapier. URL: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Informationspapier_Integrationsma%C3%9Fnahmen_MASGF_Stand_Oktober_2016.pdf (abgerufen am 12.12.2017)
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2016): Golze: Herausforderung wurde angenommen – Zuwanderung große Chance für Brandenburg. Online verfügbar unter: <http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.186635.de> (abgerufen am 12.12.2017)
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2017a): Integrationsbeirat neu konstituiert. URL: <http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.516429.de> (abgerufen am 12.12.2017)
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2017b): Zuwanderung, Integration und Asyl. URL: <http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.438853.de> (abgerufen am 12.12.2017)
- Mutz, Gerard et. al. (2015): Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss, München. URL: <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/10/newsletter-21-abschlussbericht.pdf> (abgerufen am 12.12.2017)
- Nagel, Alexander K./ El-Menouar, Yasemin (2017): Engagement für Geflüchtete – Eine Sache des Glaubens? Die Rolle der Religion für die Flüchtlingshilfe. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/BSt_ReligionsmonitorFluechtlingshilfe_3_2017_web.pdf (abgerufen am 12.12.2017)
- Patze-Diordichyuk, P./ Smettan, J./ Renner, P./ Föhr, T.(Hrsg) (2017): Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung – Beteiligungsprozesse erfolgreich planen, München. URL: http://www.ciando.com/img/books/extract/3960061633_lp.pdf (abgerufen am 12.12.2017)

- Politik und Kultur – Zeitung des deutschen Kulturrats (2017): Kulturelle Integration, 2/2017.
URL: <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2017/02/puk02-17.pdf>
(abgerufen am 12.12.2017)
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2017): Chancen in der Krise: Zur Zukunft der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa. URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/04/SVR_Jahresgutachten_2017.pdf (abgerufen am 12.12.2017)
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2017): Vielfalt im Klassenzimmer: Wie Lehrkräfte gute Leistung fördern können. URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/07/R_FB_Vielfalt_im_Klassenzimmer.pdf (abgerufen am 12.12.2017)
- Schiffauer, Werner/ Eilert, Anne/ Rudloff, Marlene (Hrsg.) (2017): So schaffen wir das – Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch – 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten, Bielefeld. URL: https://www.awo.org/sites/default/files/2017-04/201703_So%20schaffen%20wir%20das_Eine%20Zivilgesellschaft%20im%20Aufbruch_Schiffauer_1.pdf (abgerufen am 12.12.2017)
- Simonson, Julia/ Vogel, Claudia/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2014): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der deutsche Freiwilligensurvey 2014. URL: <https://www.rudern.de/sites/default/files/downloads/deutscher-freiwilligensurvey-2014.pdf> (abgerufen am 12.12.2017)
- Speth, Rudolf/ Becker, Elke (2016): Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, Berlin, Opusculum N. 92. URL: www.maecenata.eu/publikationen-institut/reihe-opuscula (abgerufen am 12.12.2017)
- Stadt Forst: Zahlen und Fakten. URL: http://www.forst-lausitz.de/sixcms/list.php?page=seite_zahlen_allg (abgerufen am 12.12.2017)
- Uslucan, Haci-Halil (2015): Freiwilliges Engagement von Zuwanderern, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 65. Jahrgang, 14-15 /2015, S.28-34. URL: <http://www.bpb.de/apuz/203529/engagement> (abgerufen am 12.12.2017)
- Vodafone-Stiftung (2017): Chancen und Voraussetzungen für ein Integrationsministerium auf Bundesebene: URL: https://www.vodafone-stiftung.de/alle_publicationen.html?&tx_newsjson_pi1%5BshowUid%5D=102&cHash=03e4eed9ad0f7201892c3f9caa16c07d (abgerufen am 12.12.2017)

Anhang

Geführte Interviews

Bayern

Interview Georg Strasser, Herrsching, 8. Mai 2017

Interview, Karl Roth, Landrat, Sabine Neumann, Leiterin Fachbereich Asyl, Landratsamt Starnberg, 8. Mai 2017

Interview Sabine Mach, Kobe Starnberg 8. Mai 2017

Interview, Nandl Schultheiß, Starnberg, 8. Mai 2017

Interview Ofner, Freund statt fremd, Bamberg, 13. Juli 2017

Interview Michael Schmitt, Carithek Bamberg, 13. Juli 2017

Interview Bertrand Eitel, Stadt Bamberg, 13. Juli 2017

Interview Friederike Straub, Landratsamt Bamberg, 14. Juli 2017

Brandenburg

Interview Ines Richter „Willkommen in Gransee“, Klaus Pölitz, stellvertretender Bürgermeister und „Willkommen in Gransee“ sowie Cordula Pett, Amt Gransee, 22. Mai 2017

Interview Pfarrer Christian Guth, Evangelische Kirchengemeinde Gransee, 22. Mai 2017

Interview Mario Gruschinske, Bürgermeister Gransee, 16. Juni 2017

Interview Dorothea Röger, Thomas Fleming, Forster Brücke, 20. Juni 2017

Interview Annett Noack, Landratsamt Forst, 20. Juni 2017

Interview Kathleen Hubrich, Quartiersmanagement Forst, 20. Juni 2017

Nordrhein-Westfalen

Interview Hanning, Stadtverwaltung Bocholt, 31. Aug. 2017

Interview Methling, Stadtverwaltung Bocholt, 5. Juli 2017

Interview Elisabeth Löckener, Bocholt, 31. Juli 2017

Interview Jan Dworatssek, Gelsenkirchen, 4. Juli 2017

Interview Uwe Gerwin, Stadtverwaltung Gelsenkirchen, 5. Juli 2017

Interview Bora Ergin, Stadtverwaltung Gelsenkirchen, 5. Juli 2017

Interview Jürgen Hansen, Taskforce, Gelsenkirchen, 5. Juli 2017

Interview Admir Bulic, AWO Gelsenkirchen, 6. Juli 2017

Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf www.opuscula.maecenata.eu

2015	Nr. 87	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Zivilgesellschaft Über den Einfluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beim Aufbau einer Zivilgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD <i>Jasmin Heyer</i>
2016	Nr.88	Die Schirmherrin Zur Geschichte der Schirmfrau <i>Gunter Stemmler</i>
	Nr.89	Bewegter Ruhestand: Ehrenamt im Rentenalter Eine empirische Betrachtung im Gesundheitsbereich <i>Luise Burkhardt</i>
	Nr. 90	Die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main Ausdruck des Protests gegen die preußische Staatsmacht? <i>Claudia Eller</i>
	Nr. 91	Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern in deutschen Museen <i>Franziska Götz</i>
	Nr. 92	Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen <i>Rudolf Speth, Elke Becker</i>
	Nr. 93	Kulturstiftungen im Wandel? Konsequenzen für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland <i>Andrea Wenger</i>
	Nr.94	Hospizbewegung und Stiftungen Zur Institutionalisierung der Hospizarbeit und den Potenzialen von Stiftungen, im Rahmen dieser Entwicklungen. <i>Christiane Strathaus</i>
	Nr. 95	Voluntary work in Germany and Norway: a comparative study <i>Nina Antonov</i>
2017	Nr. 96	(Un-)Abhängigkeit operativer Stiftungen? Eine organisationssoziologische Betrachtung am Beispiel der Stiftung Studienfonds OWL <i>Linda Hagemann</i>
	Nr. 97	Mission Investing – Hype oder Revolution des Stiftungssektors? Zweckbezogenes Investieren als strategische Option für Stiftungen im Niedrigzinsumfeld <i>Phillip Kratschmer</i>
	Nr. 98	Islamische Stiftungen in Deutschland <i>Sarah Echter, Linda Mattes</i>
	Nr. 99	Foundation owned firms a comparative study of stakeholder approaches <i>Matthias Draheim, Günter Franke</i>
	Nr. 100	Visualizing the knowledge of Voluntary and Nonprofit Sector Research: Panorama and Foundation <i>Min Chen, Chao Min</i>
	Nr. 101	Transparenz in deutschen Sportstiftungen Eine Untersuchung anhand der Kriterien der "Initiative Transparente Zivilgesellschaft" <i>Oliver Grubert, Matthias Kasper, Daniel Priller</i>
	Nr. 102	Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten <i>Stephanie Alberding</i>
	Nr. 103	Flüchtlingshilfe und sorgende Gemeinschaft Kirchengemeinden auf dem Weg in die Zivilgesellschaft <i>Henning von Vieregge</i>
	Nr. 104	The Space for Civil Society: Shrinking? Growing? Changing? <i>Mareike Alscher, Eckhard Priller, Susanne Ratka, Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 105	Legitime Institution oder bloß legale Einrichtung? <i>Harm Hendrik Esser</i>
	Nr. 106	Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Wie zivilgesellschaftliche Online Plattformen die Öffentlichkeit innovativ nutzen können <i>Lea Frank-Gretic</i>
